

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 20. November 1906.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Anzeigen- oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schließel-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Insetze für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus, Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Verkehrsliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Fleischnot nicht dringlich!

Als heute, Montag, im Reichstag die Fleischnot-Interpellation zur Sprache gebracht werden sollten, glänzte des Reiches redelustiger Kanzler durch Abwesenheit. Der würdige Bosa erklärte an seiner Stelle, daß die Regierung sich heute noch nicht zu den Interpellationen äußern könne, doch werde sie geruhen, im Laufe von 14 Tagen Stellung zu nehmen! Und der Grund dieser Verschleppung der momentanen dringlichsten Frage der inneren Politik? Bosa's Nachfolger sei noch nicht zur Stelle und ohne neuen Landwirtschaftsminister könne die Regierung in dieser Angelegenheit nichts unternehmen!

Der Regierung erscheint also die Fleischnot nicht sonderlich dringlich. Sie setzt die Verschleppungstat fort, die bei der Verabschiedung Bosa's Triumphe der Volksverhöhnung gefeiert! Das ganze Land, mit Ausnahme von ein paar hunderttausend Brot- und Fleischwucher-Stipendiaten, verlangte seit dem Tappeler-Standal die Entlassung des ministeriellen Mitinteressenten des monopolisierten Kolonialwuchers. Bosa blieb — weil des Volkes Wille niemals als oberstes Gesetz gelten darf. Aber das man ihm nur eine Galgenfrist gewähren konnte, stand schon damals fest. Man hatte also mehrere Monate Zeit, sich nach einem Nachfolger Bosa's anzusehen! Aber man beistete sich nicht. Je später dieser Nachfolger auf der Bildfläche erschien, desto länger konnte man ja die Frage des Fleischwuchers verschleppen, desto länger sicherte man unseren Junkern die Wucherprofite aus den Taschen des ausgehungerten Volkes!

Heute nun ist endlich der neue Mann gefunden worden. Er stammt aus dem Geschlechte der Arnim, deren einer seinerzeit über die Arbeiterkassette den dreisten Junkerhohn von den „vollgeoffenen Kerlen“ ausgegossen hatte. Es ist ein Herr v. Arnim-Griewen, eine politisch noch wenig hervorgetretene Persönlichkeit, der erst kürzlich die Ehre zuteil wurde, ins Herrenhaus berufen zu werden. Was freilich von dem neuen Landwirtschaftsminister, der heute vom Kaiser empfangen wurde, sonst bekannt ist, ist keineswegs geeignet, dem Volke besonderes Zutrauen einzufloßen. Er ist einer der Leiter der Spirituszentrale und der Spiritusverwertungs-Gesellschaft, Mitglied des Deutschen Landwirtschaftsrates und des Preussischen Landesökonomie-Kollegiums, also Angehöriger gerade derjenigen Körperschaften, in denen die agrarische Politik des Brot- und Fleischwuchers field Anregung und rücksichtslose Förderung erfahren hat. Obendrein soll er zu den Vertrauten des verabschiedeten Landwirtschaftsministers gehören und von Bosa selbst für seine Nachfolge empfohlen sein! Es ist also hundert gegen eins zu wetten, daß v. Arnim-Griewen alles aufbietet wird, um sich gleich seinem Vorgänger den Dank seiner agrarischen Junkerengenossen zu verdienen und jede Maßnahme zu hintertreiben, die die unerhörte Fleischsteuer wirklich zu lindern vermöchte!

Wie stark die agrarischen Einflüsse sind und wessen man sich von dem neuen Landwirtschaftsminister zu gewärtigen hat, verrät zudem folgende offiziöse Notiz in der Sonntagsnummer des Scherlblattes, jenes Blattes also, dessen sich Bosa mit Vorliebe zu seinen Kluggebungen bediente, vermutlich, weil es das einzige deutsche Blatt ist, das dem Kaiser vollinhaltlich zu Gesicht kommt. Diese Notiz lautete:

„Zahlreich in allen Ministerien, die ja sämtlich mehr oder weniger bei der Angelegenheit beteiligt sind, alles Material zur Vorbereitung der Entscheidung in großer Menge gesammelt und sorgsam geprüft werden. Das Kriegsministerium und das Reichsmarineamt wünschen zum Beispiel naturgemäß im Interesse einer billigeren Friedensversorgung der Truppen eine baldige Herabsetzung der Fleischpreise; andererseits müssen sie sich aber sagen, daß Deutschland, wenn seine Viehbestände durch Seuchen dezimiert würden, im Falle eines Krieges leicht in die Lage einer belagerten Festung geraten könnte, die vom Feinde ausgehungert wird. — Auch die Frage der Veterinäruntersuchung der aus dem Ausland einzuführenden Tiere und Fleischstücke, die Errichtung von Grenzschlachthäusern, in denen sehr große Viehmengen geschlachtet werden können, zwingt zu vorherigen eingehenden Beratungen. Dazu kommt, daß man noch gar nicht absehen kann, wie teuer das ausländische Vieh sein wird, wenn erst eine sehr große Nachfrage von deutscher Seite sich geltend macht. Die Angaben des letzten amtlichen Marktberichts zeigen, daß in Berlin die Engrospreise zurzeit nicht erheblich höher sind als im Auslande an den Grenzen, und es sind bei einem dorthin Einkauff noch der Transport und die Kosten an der Grenze zu berücksichtigen. — Die Mitglieder des Staatsministeriums können auch während der jetzigen Bilanz des Landwirtschaftsministeriums — der Minister des Innern v. Bethmann-Hollweg ist bekanntlich nur mit der vorübergehenden Vertretung betraut — einen Wechsel nicht lassen, da die Ansicht des künftigen Ministers, als des Vertreters der preussischen Landwirtschaft wegen der Folgen der Entscheidung, von besonderer Bedeutung sein wird. Deshalb dürfte sich auch der Reichskanzler zur Beantwortung der von verschiedenen Parteien eingebrachten Interpellationen in betreff der Fleischnot erst bereit erklären, wenn der neue Landwirtschaftsminister ernannt sein wird. Diese Ernennung ist jedoch in den nächsten Tagen zu erwarten.“

Der Verlauf der heutigen Reichstagsdebatte hat ja bewiesen, wie trefflich das Scherlblatt unterrichtet war. Ganz, wie es hier angekündigt war, hat Bosa's Nachfolger die sofortige Beantwortung der Fleischnot-Interpellationen abgelehnt, sogar

mit der im Scherlblatt gegebenen Begründung. Es ist also kaum noch ein Zweifel möglich, daß auch die übrigen Informationen der Anschauung und der Absicht der Regierung entsprechen! Ist das aber der Fall, so besteht keinerlei ernste Absicht, den Protesten des empörten Volkes irgendwie nachzugeben! Dafür ist zu erwarten, daß die Regierung sich in der Tat die ebenso läppischen wie frivolen Einwendungen des Scherl-Offiziosus zu eigen machen wird! Es ist deshalb am Platze, schon heute gegen eine solche Argumentation den nachdrücklichsten Einspruch zu erheben. Gibt es einen gemeingefährlicheren Widsinn als die Furcht, bei der Öffnung der Grenzen durch Seucheneinschleppung die heimische Viehproduktion derart gefährden zu können, daß in einem Kriegsfall Deutschland „ausgehungert“ werden könne? Ganz abgesehen von dem Junkermärchen von der Verfeuchung des ausländischen Viehes — würde etwa in einem Kriegsfall die österreichische, die holländische und die dänische Grenze für uns gesperrt sein? Und besteht nicht eine viel größere Gefahr der militärischen Schwächung Deutschlands darin, daß infolge der wachsenden Unterernährung des deutschen Volkes die Gesundheit der Nation untergraben wird?

Aber noch frecherer Junkerhohn spricht aus dem Einwand, daß durch eine „sehr große Nachfrage“ auch bei einem infolge der Grenzöffnung steigenden Fleisch- und Viehangebot der Fleischpreis nicht herabgehen werde. Man befürchtet also, daß die Arbeiter sich durch einen übermäßigen Fleischgenuß Magenbeschwerden zuziehen würden! Welcher Zynismus von Leuten, die sich — anspruchslos, wie sie nun einmal sind — mit einem Diner mit drei oder vier Fleischspeisen zu begnügen pflegen!

Die Stimme der Massen ist offenbar noch nicht deutlich gehört worden. Das Volk muß es deshalb machen wie die Agrarier: es muß noch viel lauter schreien, es muß noch viel energischeren Protest erheben, um den Junkern das Spiel zu verderben!

Die Fleischpreise sind ins unerträgliche gestiegen, als Folge macht sich immer rapider Rückgang des Fleischverbrauchs bemerkbar. Ist doch der gesamte Fleischverbrauch im 3. Quartal 1906 gegen das entsprechende Quartal des Jahres 1904 von 577.518 Tonnen auf 546.765 Tonnen zurückgegangen. Und das trotz eines Bevölkerungszuwachses von mindestens einer Million!

Die Junker reißen sich bereits schmunzelnd die Hände. Die Vorkämpferin des deutschen Brot- und Fleischwuchers, die „Deutsche Tagesztg.“, begrüßt die Verurteilung des neuen Landwirtschaftsministers von Arnim mit den Worten: „Der Nachfolger des Staatsministers hat in praktischen Fragen der Landwirtschaft ein hervorragendes Verständnis bewiesen. Es ist zu hoffen, daß er sich dementsprechend auch als Wirtschaftspolitiker bewähren wird.“

Will sich das Volk länger zum Vorteil einer kleinen Minorität ausbeuten und aushungern lassen? Soll die Aera Arnim nur eine agrarische Transaktion des Tappel-Gründers Bosa darstellen?!

Die russische Revolution.

Das Geständnis.

Petersburg, 15. November. (Eig. Ber.) Also doch bankrott! So muß man unweilfürlich ausrufen, wenn man die in den hiesigen Blättern abgedruckten Auszüge aus einer Denkschrift des Finanzministeriums über die Finanzlage liest, die nun den Weg in die Öffentlichkeit gefunden hat und gewiß nicht verfehlen wird, selbst die verworrensten Köpfe über den Bankrott der russischen Staatswirtschaft aufzuklären. Es handelt sich da um Weisungen des Finanzministers an die Budgetkommissionen der verschiedenen Verwaltungen, denen klargemacht wird, daß die finanzielle Lage jede Erhöhung in den Voranschlägen unmöglich mache.

Gleich eingangs der Schrift erklärt der Finanzminister, daß nur bei äußerster Vorsicht bei der Aufstellung der Ausgabenposten es möglich sein werde, das kommende Jahr ohne ein bedeutendes Defizit abzuschließen! Die verschiedenen Verwaltungszweige fordern aber immer neue Kredite, oder sie verlangen die Wiederherstellung der alten, die während des Krieges ausgeschaltet waren. Der Krieg mit Japan hat allein die Zinsenlast des Reiches um 95 Millionen vergrößert. In derselben Zeit ist aber die russische Wirtschaft auch durch die inneren Wirren arg mitgenommen worden. Der Finanzminister sagt wörtlich:

„Für das wirtschaftliche Leben des Landes haben diese Wirren eine noch schädlichere Wirkung gehabt als der Krieg, was unter anderem auch deutlich ihre Wirkung auf die Preise der Warenwerte zeigt, die noch nie so tief gefallen waren wie jetzt. Eine solche Lage droht mit den schwersten Verwicklungen, und wenn diese Wirren fortleben, so können bald selbst die Mittel für die notwendigsten Bedürfnisse fehlen. Man muß im Auge behalten, daß das Jahr 1906 mit einem rechnerischen Fehlbetrag von 481 Millionen Rubel abschließt. In Wirklichkeit wird diese Ziffer eine viel bedeutendere sein, weil in einigen Orten die Agrarunruhen fortbauern. Dazu kommt noch die Mißernte in vielen Gouvernements, die auf den Zufluß der Abgaben äußerst schädlich einwirken wird. Gleichzeitig damit werden aber größere Ausgaben für Volksernährung in den Mißerntegerenden auf den Staat gewälzt werden.“

Wände Einnahmequellen hörten, so heißt es weiter, vom nächsten Jahre an überhaupt auf, wie z. B. die sog. Bauernloskaufgelder, das sind etwa 35 bis 40 Millionen. Auch die japanischen Forderungen seien noch nicht erledigt, und doch zwingt die politische Lage im fernem Osten den Zarismus, seine militärische Streitmacht dort zu vergrößern. Mit den Anleihen sieht es ganz schwach. Die Anleihe dieses Jahres sei nur unter großen

Schwierigkeiten und unter sehr unvorteilhaften Bedingungen abgeschlossen worden. Obgleich die aus der Anleihe erhaltene Summe eine recht bedeutende sei, so genüge sie nicht einmal zur Bedeckung des Fehlbetrages vom vorigen Jahre.

Es folgt nun ein Passus, der von sehr aktueller Bedeutung ist; denn er spricht offen die Unmöglichkeit einer neuen Anleihe aus:

„Die Vereinbarung einer neuen Anleihe 1906—1907 ist für uns sowohl im Ausland als im Inland unmöglich aus Gründen, die im allgemeinen Zustand des Geldmarktes und in unserer ungeklärten Lage liegen.“

Das Finanzministerium gibt, so wird zum Schluß konstatiert, auch jede Hoffnung auf neue Steuern auf. Es war schon lange kein Geheimnis mehr, daß die Lage verzweifelt ist — das hatte Stoloffzow auch in der Dumakommission zur Feststellung der Summe für Verpflegungszwecke in den Mißerntegerenden ausgesprochen —, daß aber nun die Bureauftraite offen eingestekt, daß ihr alle Wege abgeschnitten sind, das hat übertraucht. Schon heute zirkulieren Gerüchte, daß, wenn nicht in letzter Stunde eine Anleihe gelingt, die Regierung eine Zwangsliquidation der Renten vornehmen werde! Zur Stunde ist allerdings schwer zu sagen, ob hinter all diesen Gerüchten nicht eine finanzpolitische Intrige steckt, die einen Druck auf die französischen Regierungs- und Finanzkreise ausüben soll, wie das ja bei der letzten Anleihe der Fall war. Das ist aber doch kaum anzunehmen; denn der Trick hätte diesmal wohl nicht die von ihm erwartete Wirkung. Wenn man also die Denkschrift des Finanzministeriums auch mit kritischen Augen betrachtet und vielleicht manches darin tendenziös dargestellt finden könnte (etwa um die Veranschlagungskommissionen „zur größeren Einsicht“ zu zwingen), selbst unter diesem Gesichtswinkel gesehen bleibt in ihr noch so viel übrig, daß auf Grund jenes Schriftstückes nur ein Urteil übrig bleibt: das Geständnis des Bankrotts!

Die Reaktion.

Am Sonntag hielt der „Verband vom 30. Oktober“ in Petersburg seine Generalversammlung ab. Wir versagen es uns, die Ausführungen der einzelnen Redner wiederzugeben. Wir glauben das Entsewolle jener Versammlung nicht besser charakterisieren zu können als durch Abdruck folgender Wolff-Depeche:

Petersburg, 19. November. (Von einem besonderen Korrespondenten.) Die gestrige Versammlung des Oktoberverbandes gewinnt an Interesse dadurch, daß die gehaltenen Reden nicht nur den früheren Ausführungen des Organs des Ministerpräsidenten Stolopin, der „Nostija“, entsprechen, sondern, wie aus guter Quelle verlautet, auch die gegenwärtigen Anschauungen der Regierung wiedergeben. Das erklärt auch den Umstand, daß der Beamte zu besonderen Aufträgen im Ministerium des Innern, Polowzew, der gestrigen Versammlung beiwohnte und sich in längerer Rede im Sinne des Oktoberistenprogramms äußerte. — — —

Ein Jahr der Diktatur.

Die „Russ. Korresp.“ stellt folgende, nach dem 30. Oktober 1905 erlassenen amtlichen Verordnungen zusammen:

„Scharfe Patronen nicht sparen! Unterzeichnet General Trepow.“ — „Unberühlig mit Feuerwaffen die Aufreißer austrotten und im Falle eines Widerstandes ihre Wohnungen anstecken. Verhaftungen erreichen nicht ihr Ziel; beurteilen kann man Hunderte, aber nicht Tausende. Das einzige, was jetzt notwendig ist, ist, daß das Heer diese Bestimmungen sich zu eigen macht. Unterzeichnet Minister des Innern Durnowo.“ — „Die Bewohner einiger Ortschaften erlauben sich, Drohungen von bevorstehenden Unruhen zu verbreiten; falls die Dorfgemeinden oder auch nur einige ihrer Mitglieder sich erdreisten sollten, solche Drohungen in Erfüllung zu bringen, so werden sämtliche Wohnhäuser der betreffenden Gemeinde mit all ihrem Gut auf meinen Befehl verbrannt. Unterzeichnet: Moskauer Generalgouverneur Dubassow.“ — „Für einen Schuldigen werden 10 Unschuldige bestraft werden. Unterzeichnet: Kasakaiser, Generalgouverneur Altschanow.“ — „Verhaften Sie weniger und schicken Sie nieder. Unterzeichnet: Tambower Bischof Bogdanow.“ — „Diejenigen Ortschaften, deren Einwohner sich irgend welche Gewalttat erlauben, sollen durch Artilleriefeuer beschossen werden. Unterzeichnet: Der Generalgouverneur von Armentischug.“ — „Für eine bei jemandem gefundene Flinte wird das ganze Dorf völlig vernichtet. Unterzeichnet: Der Generalgouverneur von Gori (Kaukasus) Bauer.“ — „Versammlungsbesucher, die von den Soldaten nicht niedergeschossen sind, werden vor das Kriegsgericht gestellt werden. Unterzeichnet: Der Generalgouverneur von Tiflis Timofejew.“ — „Die Ueberredungsversuche können Sie unterlassen, sperieren Sie nur mit dem Feuertgewehr. Je mehr Lote, desto größer Ihre Verdienste bei Ihren Vorgesetzten. Machen Sie auf die Bevölkerung Eindruck! Bezirksvorsteher Lomandly.“

Diese Verordnungen übten nicht nur auf dem Papier, wie es mit dem Manifest vom 30. Oktober der Fall war, sondern wurden „pflichtgemäß“ und eifrig in die Praxis eingeführt und verwirklicht. So tritt die Regierung in die Wahlen, Danfagung und Anerkennung der Bürger erwartend. Wie groß wird ihre Enttäuschung sein! —

Die Eisenbahner.

Die hundertjährige „Volkszeitung“ (Nr. 103) meldet, daß das Polizeidepartement an die Eisenbahndirektoren ein geheimes Rundschreiben folgenden Inhalts versandt hat:

„Gemäß den eingelaufenen Meldungen werden in der letzten Zeit auf den Eisenbahnen Konferenzen und Kongresse der territorialen Organisationen des Eisenbahnerverbandes abgehalten, wobei diejenigen Fragen erörtert werden, welche auf dem bevorstehenden Eisenbahnerkongress im November zur Beratung gelangen sollen. Sie und Delegierte für diesen Eisenbahnerkongress gewählt werden. So werden esucht, weils Entscheidung des Ories der Beratungen Maßregeln zu ergreifen und sofort, wenn die Beteiligten während einer Versammlung erseppt worden sind, den Organisationen ein Ende zu machen.“

Petersburg, 10. November. Anlässlich des Jahresfestes der Einführung der Sonntagsruhe sollte gestern auf Anregung der...

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. November.

Ein Tag für die Agrarier und Zünftler!

Die Sorge um die Agrarier lastet gegenwärtig schwer auf der Regierung. Empörung über die künstliche Verteuerung der Nahrungsmittel, speziell der Fleischnahrung, schreitet durch das Reich...

Auch die Interpellation des Abg. Speck (Zentrum), betreffend Verwendung der als 'Futtergerste' verzogeten Gerste als 'Malzgerste', wurde auf die Erklärung des Schatzsekretärs v. Stengel hin...

Wie trefflich die Regierung für die Agrarier sorgt, davon legte die erste Beratung des Gesetzentwurfes, betreffend die Bemessung des Kontingentsfußes für landwirtschaftliche Brennereien, Zeugnis ab...

Der Vogelstanzgesetzentwurf wurde ohne Debatte an eine Kommission verwiesen.

Darauf begann die zweite Beratung des Gesetzentwurfes zur Abänderung der Gewerbeordnung in Verbindung mit den Beschlüssen der Petitionskommission, betreffend den Befähigungsnachweis für das Handwerk...

Landtagswahlen und Schulreform in Württemberg.

Stuttgart, 15. November. (Fig. Ver.)

In der Wahlbewegung, die im vollen Gange ist, steht die Frage der Schulreform, als der wichtigsten Aufgabe, die dem neuen Landtag gestellt werden wird, im Vordergrund. Jede Partei ist gezwungen, sich über ihre Stellung in dieser Frage zu erklären...

Der Geist des bekannten Tübinger Stifts wirkt lächelnd auf den Gang der württembergischen Politik ein, da sowohl das höhere Beamtenum wie auch die politischen Führer des Bürgertums ihn als Bildungsgrundlage in sich angenommen haben...

Nicht zu verwundern ist natürlich die pleistifische Tonart, die den Wahlkreis des Bauernbundes vor allen anderen auszeichnet. Schlimmer steht es schon um die Deutsche Partei, die württembergische Spielart des Nationalliberalismus, die in ihrem Programm verkündet: 'Die sittlich-religiöse Grundlage der Jugendzuchtung werden wir nicht antasten lassen'...

fassung, daß die Schule dazu da ist Wissen und Erkenntnis zu verbreiten, wird nun Märchen aus allen Zeiten.

Zwischen dem deutschparteilichen und dem Zentrumprogramm zeigt sich hier eine große Befehdverwandtschaft, wenn gleich die Formulierung des Zentrums natürlich noch viel apodiktischer ist. Da heißt es: 'Das wichtigste Kampfsfeld zwischen Ungläube und Christentum bildet die Schule.'...

Wie erquickend wäre es, wenn angefaßt dieses nackten Bestrebens, die Religion als Mittel politischer und sozialer Herrschaft über das Volk anzuwenden, wenigstens eine bürgerliche Partei vorhanden wäre, die jede Gemeinschaft mit solchen Bestrebungen weit von sich wiese...

Das ist nur zu richtig, wenn gleich natürlich die Deutsche Partei am allerwenigsten zu einer solchen Kapuzinerpredigt berufen ist. Doch sie doch in einem Artikel der Berliner 'Nationalzeitung' über ihre Stellung im bevorstehenden Landtagswahlkampf erklären: 'Die deutsche Partei muß sich ihrer ganzen Natur und ihrer historischen Stellung nach den Ansprüchen nach rechts offen halten...'...

Deutsches Reich.

Auch eine Arbeiterlandung.

Im Circus Busch hatte sich am Sonntag ein gemischtes Publikum versammelt. Angeblich waren es christlich-nationale Arbeiter, die den Raum 'bis unter Dach' gefüllt haben, wer aber die Stärke besagter christlicher Arbeiterbewegung kennt, der wird nicht daran zweifeln, daß selbst bei fleißiger Heranzuhaltung auswärtiger Kräfte, die in den Vereinen zugegeben wird, noch viele Leute, die als Pöhlmaterial dagewesen sein müssen, sich sehr pfeifert fühlen würden...

Die Reden des Lic. Rumm, der Reichstagsabgeordneten Hofprediger a. D. Stöder und Arbeitersekretär Giesberts, R. Glöckner sowie des Prof. Dr. Adolf Wagner feierten natürlich die Tat, die diese kaiserliche Volkshaus bedeutet haben soll, in lobenden Worten. Daneben gab es allerlei Klagen und Entschuldigungsverfahren über die böse Sozialdemokratie, die die Hand des Kaisers schände zurückgestoßen und ihm mit Beschimpfungen geantwortet habe...

Überdem ward noch eine Resolution angenommen folgenden Wortlauts: 'Wir erkennen dankbar an, was Staat und Parlament an Sozialreform geschaffen haben. Wir verurteilen die Verfleinerungs- sacht und Verächtlichmachung dieser Kräfte geistlicher Sozialreform durch die Sozialdemokratie...'...

Das interessanteste an der Kundgebung war die Rede des Herrn Giesberts. Sie war die Rede eines Zentrumsmannes. Vorn sankt oppositionelle Töne, hinten rosarotes Vertrauen. Reum Reumtel

der Rede war eine Aufzählung von Beschwerden über die Mangelhaftigkeit der Sozialreform, über die Verflümmung des Koalitionsrechts, über die Gollströme der Vereinsgesetzgebungen usw., zum Schluß aber kam die Entbedung, daß der Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine ein Schritt zum Ziele eines - freieren Reichsvereins-gesetzes sei! Dieser Gesetzentwurf, der in der Tat ein veritables Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter ist, wurde von Herrn Giesberts für das Angehen eines 'Umschwunges' erklärt, diesen legitimen Sproßling der Zukunftsborlage bezeichnete der Herr Reichstags-Abgeordnete für Essen als den Beweis, daß die Periode der Zukunftsborlage vorbei sei! Einzelne Bestimmungen der Borlage stellten einen erheblichen Fortschritt dar. Von den Ungeheuerlichkeiten der Borlage, daß sie großen Kreisen der Arbeiter das bisher innegehabte Koalitionsrecht nehmen will, daß sie den Landarbeitern den Zugang zum Koalitionsrecht noch fester ver-rammeln will, davon sagte Herr Giesberts kein Wort. Man kam dann schließlich, wie sich das Zentrum zu dem Entwurf stellen wird, wenn sich schon einer der Leiter der christlichen Gewerkschaften also äußert. Und man kann daraus ersehen, wie ernst es diesen Herren war, als sie, um den christlichen Arbeitern den Brot- und Fleischwucher schmackhaft zu machen, versprochen, für die Gewährung des Koalitionsrechts an die Landarbeiter eintreten zu wollen. Auch ein Versprechen, das nicht eingelöst werden wird. Sie sprechen mit gespaltener Zunge, diese christlichen Arbeitervertreter und an dieser Doppelzüngigkeit, wozu ihre schiefe Stellung sie verurteilt, wird die sogenannte christlich-nationale Bewegung, die keine Arbeiterbewegung ist, zugrunde gehen.

Von der Fleischnot, von der Lebensmittelverteuerung hat man im Circus Busch, dem Schauplatz der Landtags-Versammlungen nicht geredet. Obgleich das so nahelegend gewesen ist, wo Arbeiter sich in dieser Zeit versammeln. Aber die Erwähnung der Post- und Grenzposten-Buchpraktiken hätte in das Loblied auf das 'soziale Königtum' einen argen Risikang gebracht. Und was hätten die Reichstagsabgeordneten von der Rechten und vom Zentrum dazu sagen wollen! -

Eigenartige Arbeiterfreunde.

Die bürgerliche Presse, an der Spitze die Kronsbainloake, die 'Post', kann sich im Anschluß an die Auseinandersetzung des Genossen Fischer mit Reichhäuser nicht genug tun in blöden Beschimpfungen der Sozialdemokratie. Nicht nur entzweit sich die 'Post', deren Knutensthemerei schon ans Herberse grenzt, über Fischers 'Knutensthemerei', seine 'Thranerei' und seine 'Despoten-loune', sondern sie selbst sich auch im Pöhlertum allerlei über die Thranerei der Sozialdemokratie überhaupt zusammen. Aber nicht nur die Blätter für gewerbmäßige Sozialisten-äpöbelung, sondern auch liberale Organe schaufrierten sich im schönsten Mugdanesentum über die in sozialdemokratischen Betrieben an den Arbeitern geübte 'Thranerei'.

Wir wollen demgegenüber nur feststellen, daß Reichhäuser selbst zugeben mußte, daß die Verhältnisse in der Vorwärtsdruckerei, was Entlohnung, Arbeitszeit, Ferien usw. anlangt, mindestens so gute seien, wie in irgend einem kapitalistischen Zeitungsbetrieb. Aber nicht nur die Druckerei des Zentralorgans gewöhnt den Arbeitern derartig günstige Bedingungen, sondern die sozialdemokratische Presse überhaupt ist den bürgerlichen Zeitungsbetrieben auf diesem Gebiete weit voraus. Im Jahre 1904 hatte der sozialdemokratische Parteivorstand eine Erhebung über die Verhältnisse in den sozialdemokratischen Zeitungsbetrieben angestellt. Es ergab sich folgendes Resultat:

Table with 2 columns: Druckerien gewährt den Wählern, Druckerien gewährt eine Arbeitszeit von. Rows show percentages for 1904 and 1905.

Ferner gewährten 26 sozialdemokratische Druckerien ihren Lesern je eine Woche Ferien; 5 Druckerien je 3 Tage Ferien, nur in 16 Geschäften waren Ferien noch nicht eingeführt.

In der auf Veranlassung des Parteivorstandes am 18. und 19. März 1904 abgehaltenen Zusammenkunft der Geschäftsleiter derjenigen Druckerien, in denen Parteiblätter hergestellt werden, wurde beschlossen, den Arbeitsordnungen folgende Bestimmungen beizufügen:

- 1. Arbeiter, die mindestens ein Jahr ununterbrochen im Dienste der Parteibuchdruckereien beschäftigt sind, erhalten bei militärischen Leistungen den Lohn nicht mehr als 14 Tagen zwei Drittel des Lohnes, wenn sie verheiratet oder Er-nährer von Familienangehörigen sind.
2. Allen Arbeitern wird bei Arbeitsüberhäufnis infolge von Teilnahme an Kontrollversammlungen, Aushebungen und Musterungen sowie infolge von Erfüllung staatsbürgerlicher Pflichten für die Dauer der hierzu notwendigen Abwesenheit der Lohn weiter gewährt (abzüglich der für solche Funktionen anderweitig gewährten Entschädigungen).

Des weitern wurde bei dieser Zusammenkunft der Geschäftsleiter der Parteibuchdruckereien folgende Resolution angenommen:

- Die Parteigeschäfte verpflichten sich, tunlichst bald a) die achtstündige effektive Arbeitszeit in ihren Betrieben einzuführen;
b) für alle mindestens ein Jahr im Betrieb beschäftigten Arbeiter Ferien bis zur Dauer von einer Woche zu gewähren unter Fortzahlung des Lohnes;
c) die Beiträge zur Invalidenversicherung ganz zu bezahlen;
d) die Differenz zwischen Lohn- und Kranken-lassenentschädigung bei im Geschäft erlittenen Unfällen zu vergüten.

Eine neuerliche Statistik wird zweifellos ergeben, daß bereits die Mehrheit der Parteigeschäfte diese Forderungen zur Ausführung gebracht hat.

Blättern vom Schlage der 'Post', des 'Reich' usw. wollen wir nicht zumuten, ihren Lesern von diesen Tatsachen Kenntnis zu geben. Sie mögen getrost fortfahren, die Rechte der Arbeiter gegen die Thranerei - in sozialdemokratischen Betrieben zu verteidigen! Über die liberale Presse hat vielleicht die Liebesswürdigkeit, uns nachzuweisen daß diese in sozialdemokratischen Betrieben dem Personal gewährten Bedingungen auch in der Mehrzahl der liberalen Zeitungsbetriebe durchgeführt sind! Haben sie diesen Beweis erbracht, so wollen wir gern in eine weitere Konkurrenz mit ihnen eintreten!

Stöder, Post, und wie Reichhäusers Konfession alle heißen, haben, wie übrigens schon kurz erwähnt, in die Welt hinausposaunt: dem Geschäftsführer der Vorwärtsbuchdruckerei Fischer sei die Procura entzogen worden, ergo seien die Verleumdungen Reichhäusers wahr. Diesem verführten Nubel liegt faktisch eine Tatsache zugrunde: Die Procura des Genossen Fischer für die Buchhandlung Vorwärts ist tatsächlich letzter Tage im Handelsregister gelöscht worden. Und zwar aus ganz einfachen Gründen. Als Fischer bei Gründung der Druckerei die Zeitung derselben übernahm, beauftragte er die Buchhandlung bei. Im selben Jahre nun, wie die Druckerei sich vergrößerte - im letzten Jahre betrug ihr Umsatz über 1 1/2 Millionen Mark - konnte er sich der Buchhandlung

Weniger und schließlich gar nicht mehr widmen, und seit vorzigem Herbst hat Fischer auch formal den Posten aufgegeben. Es ist daher nur selbstverständlich, wenn in der Buchhandlung deren tatfächlicher Leiter, Genosse Brund, auch die Prokura erhielt. Die Roburpost- und Depeschengeldbriefen, die Stöckers „Reich“ und Genossen zur Weiterverbreitung dieses wichtigen Ereignisses ausgaben, sind also wegge worfenes Geld! Und der „Reichsbote“ und die „Post“ haben es doch so nötig! —

Die Hamburger Polizei auf der Anklagebank.

Die Polizeischlacht nach der großen Wahlrechtsdemonstration unserer Hamburger Genossen vom 17. Januar dieses Jahres bildet den Hintergrund des Prozesses gegen die bürgerliche Frauenrechtlerin Fräulein Dr. Anita Augsburg, der am Montag vor der Strafkammer I des Landgerichts Hamburg begann. Wie unser Genosse Wabersky vom „Hamburger Echo“, der vor längerer Zeit schon wegen der Kritik der Polizei in jener Strafschlichte neben einer hohen Geldstrafe zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, soll auch Fräulein Dr. Augsburg die brave Hamburger Polizei beleidigt haben. Einmal durch eine Sprechsaalnotiz, die sie im „Hamburger General-Anzeiger“ veröffentlichte. Außerdem soll sie aber auch, so behaupten Polizei und Anklage, als sie am Abend jenes „roten Mittwochs“ dem Treiben der Schülerteile nach, auf die drabten Sicherheitswächter „geschimpft“ haben, was sie indes entschieden bestreitet.

In ihrer Vernehmung sagte die Angeklagte u. a., sie habe, auf der Treppe des Lokals „Siedenbräu“ stehend, genau gesehen, wie ein etwa 25jähriger Mann von fünf bis sechs Schülerteile zu Boden gestoßen und von dem einen mit dem Säbel traktiert wurde. Dann sei der Verletzte hochgehoben und nach dem Alsterdamm geschoben worden. Kurz darauf kam derselbe Mann zurück und versuchte in eine andere Straße einzubiegen; er habe schrecklich ausgesehen und wie eine vom Hintertopf bis zur Stirn reichende, mehrere Zentimeter breite Verletzung auf, aus der das Blut in Strömen hervorquoll. Ihre Begleiterin, Fräulein Yvonne Heymann, sei von einem Beamten beim Arm gepackt und von der Treppe des Lokals geschleudert worden. Auf sie habe das Vorgehen der Polizeibeamten den Eindruck gemacht, als wenn sie unter dem Einfluß von reichlichem Alkoholgenuss stände. Die Beamten sollen ja auch im Rathaus, während der Bürgerchaftsverhandlung, Getränke auf Staatskosten erhalten haben. . .

Am Schluß der Vernehmung stellte der Staatsanwalt die Frage: Ich möchte fragen, ob Fräulein Augsburg schon öfter Kopfweiden gesehen hat? — Angell: Nein. — Staatsanw.: Sie sind doch Studentin gewesen, haben Sie vielleicht einer Verbindung angehört? — Angell: Ich war bei keiner schlagenden Verbindung. (Heiterkeit.) — Staatsanw.: Ich wollte dies nur anführen, um darauf hinzuweisen, daß auch geringfügige Verletzungen das Fleisch offenlegen können. — Angell: Ich wollte nicht sagen, daß die Verletzungen des Mannes schwere waren; aber er war total blutüberströmt.

In der Zeugenvernehmung erklärte Polizeihauptmann Niemann, daß die Beamten erst spät am Abend ein bis zwei Flaschen Bier und Butterbrot erhalten hätten, also nicht berauscht sein konnten. Von den 250 Beamten, die an dem Tage im Dienst waren, hätten 75 Mann Verwundungen gehabt, zum Teil schwere.

Der Zeuge Polizeiwachtmeister Schmidt hatte das Kommando bei Sieden. Ein Schuttmann habe ihm gesagt, daß eine Dame auf der Treppe bei Sieden geschimpft habe; er wisse aber nicht, was. Zeuge selbst hat gehört, wie einige Herren riefen: Wir wollen keine Weibewirtschaft, schmeißt die Weiber in die Alster! (Heiterkeit.) Mehrere Herren aus dem Publikum erhoben sich, als die Damen mit Weidewerben drohten, zu Zeugen. Seines Wissens sei auch der Polizeiknäppel an diesem Tage von den Schülerteilen nicht gezogen worden.

Zeuge Schuttmann Sauerlich hat gegen einen Mann, der sich zur Wehr setzte, blank gezogen, aber von dem Säbel nicht Gebrauch gemacht. Der Mann sei dann zu Boden gefallen und es sei möglich, daß er sich dabei blutig geschlagen habe. Zwei Herren wollten zu Sieden hinein, man habe sie durchgelassen, der eine Herr wollte dann aber anders wohin gehen und wurde zurückgewiesen. Er verlangte meine Nummer, die ich ihm gab. Ich hörte, wie die Angeklagte sagte: Lassen Sie sich das nicht gefallen, ich bin Zeugin! Ich hörte, wie eine Dame, Fräulein Augsburg, sagte: „Sehen Sie sich diese Gefellen an! Diese Frechheit! Schuftigkeit! Die Wölfe fallen sie über die Menschen her.“ Das tief sie den Herren zu, die für uns Partei genommen hatten. — Vorsitzender: Wie weit waren Sie entfernt? — Zeuge: Drei Schritte. — Vors.: Ist es sicher, daß die Worte von der Angeklagten gefallen sind? — Zeuge: Jawohl. Ich wußte nicht, wie die Dame heißt. Aber als die Damen weggegangen waren, sagte ein Herr: Wissen Sie, mit wem Sie zu tun hatten? Das waren die Augsburg und Heymann. — Vors. (zur Angeklagten): Wollen Sie vortreten. Herr Zeuge, sehen Sie sich die Angeklagte an. Können Sie bestimmen sagen, daß die Angeklagte die Worte gebraucht hat? — Zeuge: Jawohl. — Vors.: Können Sie das auf Ihren Eid nehmen? — Zeuge: Jawohl. — Vors.: Wissen Sie genau, daß Fräulein Heymann ähnliche Schimpfworte gebraucht hat? — Zeuge: Jawohl. Infolge des Ständlerens forderten wir die Damen auf, von der Treppe wegzugehen, sie weigerten sich aber. Ich und ein anderer saßen jeder eine der Damen am Arm und führten sie die Treppe herunter. — Vors.: Fräulein Augsburg sagt, daß sie von keinem Schuttmann fortgeführt sei, sie sei freiwillig hinuntergegangen. — Zeuge: Ich habe sie tatsächlich am Arm gefaßt und zwei Stufen heruntergezogen.

Dasselbe behaupten noch mehrere Schülerteile. Alle wollen erst dann Gewalt angewendet haben, wenn einer die Schuttmannskette zu durchbrechen suchte. Schuttmann Ersthorb bezeugt: Zwei Damen schimpften. Es fielen die Worte: Schäfte, Halmten, dumme Gefellen usw. Ich stand zwei Schritte von der Treppe. Besonders das Fräulein mit den langgeschorenen Haaren schimpfte fortwährend. Das andere, größere Fräulein mit den langen Haaren (Fräulein Heymann) schimpfte auch und rief: Schäfte, Halmten! — Vors.: Nehmen Sie keine Veranlassung einzufahren? — Zeuge: Wir sollten möglichst wenig Sittierungen vornehmen. Die Damen suchten das Volk aufzureizen, deshalb wurden sie aufgefordert, wegzugehen. Da dies aber nichts half, suchte sie bloß und noch ein Schuttmann am Arm und zogen sie herunter.

Die Zeugen Kaufmann Meinert, Leutnant a. D. Graf Sahn-Wafedow behaupten, daß sie die Schülerteile sehr häßlich benommen hätten und daß sie deshalb sich freiwillig den Schülerteilen bei Verhören als Zeugen angeboten haben. Kaufmann Andresen stand auf der Treppe neben den Damen. Beide waren sehr erbost, schimpften und gestikulierten. Als er der Augsburg sagte, sie würden eingelockt werden, wenn sie weiter schimpften, antwortete diese: „Das sollen sie nur machen, die Waide.“ — Vors.: Sie soll auch gesagt haben, daß sie ja schlimmer wie in Rußland. — Zeuge: Jawohl. — Vors.: Wie erlitten Ihnen das Vorgehen der Schülerteile? — Zeuge: Die Schülerteile gingen mit Lammegebild vor. — Vors.: Was sagen Sie zu dieser Aussage? — Angell: Ich habe nichts gesagt.

Zeugin Frau Regina Kuben bekundet, daß sie gesehen habe, wie verschiedene Leute von den Schülerteilen gepackt und gestochen wurden. Ein Mann, der von der Bergstraße kam, wurde geschlagen, daß er zu Boden fiel, später sah sie den Mann mit Blut bespritzt. — Verteidiger: Wollen Sie, wahren Sie, daß die Schülerteile, wenn Frau Augsburg geschimpft hätte, sich ihr gegenüber ruhig verhalten hätten. — Zeugin: Wenn die Angeklagte laut gesprochen hätte, würde sie mindestens 10 Säbelstiche bekommen haben. (Heiterkeit.) — Vors.: Ich bitte, doch nicht allzusehr Ihrer Phantasie freien Spielraum zu lassen. — Zeugin: Das ist meine feste Ueberzeugung.

Zeugin Fräulein Gustava Heymann hat gesehen, wie 3 bis 4 Schülerteile über einen Mann herfielen, und ihn mit ihren Polizeiknäppeln bearbeiteten. — Vors.: Wir haben aber hier gehört, daß die Knüttel garnicht gezogen worden sind. — Zeugin: Ich habe es doch aber mit meinen eigenen Augen gesehen. — Vors.: Die Beamten haben aber alle gestritten, den Knüttel gezogen zu haben. — Zeugin: Eine Täuschung meinerseits ist ausgeschlossen. — Nach weiteren belanglosen Zeugenansagen wurden die Verhandlungen auf Dienstag vertagt.

Gewerkschaftsführer und Scharfmacher.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Düsseldorf sind in der zweiten Abteilung die Ultramontanen gegen die Liberalen mit 800 Stimmen weniger unterlegen. So ist Herr Matthias Schiffer, der in der dritten Abteilung als Zentrum-Stadtverordneter gewählt worden ist, von der Gesamtheit der christlichen Gewerkschaften, vor dem Schicksal bewahrt geblieben, Arm in Arm mit Herrn Schlossermeister Krieger, dem Führer der kleinen Scharfmacher von Rheinland-Westfalen, in das Düsseldorf-Stadtparlament einzuziehen. —

Die Protestbewegung gegen den Lebensmittelwucher.

In Baden ist jetzt eine umfassendere Bewegung gegen den Lebensmittelwucher, wie gegen die reichspolitischen Zustände überhaupt, im Gange. Von der badischen Landesorganisation sind ca. 130 bis 140 Versammlungen arrangiert worden, die sich auf das ganze Land verteilen; dabei ist der große Mannheimer Kreis noch nicht einmal eingerechnet, der bei Gelegenheit des Parteitag eine große Zahl Versammlungen abhielt und auch jetzt selbständig an der Protestbewegung teilnimmt. Soweit Versammlungen bereits stattgefunden haben (wir haben schon über einige berichtet. Die Red.) wird allgemein sehr starker Besuch und guter Verlauf gemeldet. Es ist selbstverständlich, daß der Protest in städtischen Kreisen einen lebhaften Widerhall findet — haben doch auch in Baden die Oberbürgermeister vor kurzem eine ziemlich entschiedene Eingabe an die Regierung um Abhilfe der Fleischnot gerichtet — aber auch in rein ländlichen Kreisen verläßt man sich der Einsicht nicht, daß es so nicht weiter gehen kann. Die agrarische Agitation, die in Baden wesentlich vom Zentrum mit allen Mitteln des gewissenlosesten Volksbetruges getrieben wurde, hat eine Zeitlang selbst die Kleinbauern fortziehen können. Jetzt kommt die Ernüchterung, diese kleinen Partisanenbauern, die weder Getreide noch im nennenswerten Umfange Vieh für den Markt produzieren, sehen ein, daß sie keinen Nutzen von der agrarischen Tatzpolitik haben und sie können lebhaft zu, wenn unsere Redner ihnen auseinandersetzen, daß es ganz andere, wirtschaftliche und politische Mittel gibt, den wirklich notleidenden Kleinbauern zu helfen, als den Lebensmittelwucher, unter dem Millionen Industriearbeiter und sie selbst mitleiden. Die Erfolge der jetzigen Bewegung zeigen sich in der Gründung sozialdemokratischer Vereine, einem schönen Mitgliedszunahme bei den bestehenden Vereinen und zahlreichen neuen Abonnenten auf unsere Parteiblätter. —

Ausland.

Oesterreich.

Brinn, 19. November. Landtagswahlen. Bei den gestrigen engeren Wahlen zum mährischen Landtag sind in neun tschechischen Wahlbezirken sechs Tschechen und drei Sozialdemokraten, darunter ein Tscheche in zwei Wahlbezirken, gewählt worden. In drei deutschen Wahlbezirken sind drei Deutsch-Christliche gewählt worden. —

Frankreich.

Der Abschluß der kirchenpolitischen Debatte.

Paris, den 14. November. (Fig. Ber.)

Die Regierung — oder genauer: Briand — hat gestern für ihre Kirchenpolitik ein Vertrauensvotum von einer ungenügenden Majorität erzwungen. Denn wir es unlängst als das Wesen der gegenwärtigen bürgerlichen Politik bezeichnet haben, daß der kleinbürgerliche Radikalismus nicht mehr den Willen zur verantwortlichen Herrschaft hat und sie in die Hände einer demokratischen Diktatur niederlegte, so brachte die gestrige Abstimmung den schlagenden Beweis dafür. Die Bourgeoisparteiern segneten, was sie bisher und bis in die letzte Stunde verflucht hatten. Wäre das Ministerium ein Ausläufer der Mehrheitspartei, so hätte Briand seinen Plan, den Katholiken noch ein Jahr Frist zur Gründung von Kultusassoziationen mit Anspruch auf die Kirchengüter zu gewähren, fallen lassen müssen. Aber Briand blieb fest, und die Radikalen hatten nicht die Energie, ihre Meinung in der Abstimmung gegen das Ministerium zu betätigen. Damit soll nun keineswegs gesagt sein, daß das Resultat bedauerlich sei. Vielmehr repräsentiert Briand gegenüber dem radikalen Wurf, kessel die politische Vernunft und in gewissem Sinne auch den sozialen Fortschritt. Sein Sachverstand, der allerdings der Ergänzung durch einen großen historischen Blick bedurft hätte, um ihn vor dem Wege zur persönlichen Erfolgspolitik zu bewahren, hält ihn von dem trivialen Pfaffenrespectum fern, das den verfaulenden Rest des Jakobinismus darstellt.

Daß das kirchenpolitische Problem im Sinne der Toleranz gelöst werden muß, wenn die Bahn für die soziale Reform frei werden soll, hat auch Jaurès in einer großen Rede ausgeführt. Unserem Genossen ist es jedenfalls zu danken, daß der Blick des Parlaments auf einen — vom Kultusminister bisher selbstamerweise verbrückten — Punkt gelenkt wurde, von dem möglicherweise eine friedliche Lösung des Konflikts mit der Kirche ausgehen wird. Der Erzbischof von Bordeaux hat nämlich eine Assoziation gegründet, die bei der Handhabung des Trennungsgesetzes von großer Bedeutung sein kann. Diese diözesane Assoziation ist nicht mit den Pfarr-Assoziationen im Sinne des Gesetzes von 1906 zu verwechseln, sie hat sich jedoch in ihren Statuten den entscheidenden Bestimmungen dieses Gesetzes angepaßt. Zwar hat auch sie die Aufgabe, wenn auch nicht direkt, für die Aufrechterhaltung des katholischen Kultus zu sorgen, aber sie kann in keinem Falle Anspruch auf die Kirchengüter erheben. Doch würde sie tatsächlich eine vom Minister anerkannte kirchliche Aufsichtsbehörde bei der Organisation der neuen Kultusassoziationen darstellen, um diese an der Verletzung kanonischer Grundsätze zu hindern. Briand hat gestern erklärt, daß er nichts dagegen einzuwenden habe, daß eine solche diözesane Assoziation nur aus Geistlichen bestehe. Da der Papst als Haupteinwand gegen das Trennungsgesetz die Gefährdung der geistlichen Autorität in der Kirche geltend gemacht hat, fielen bei einer rechts-gültigen Wirksamkeit solcher vom Bischof geleiteter diözesanen Assoziationen ein wichtiges Argument der Ultraliberalen gegen die Kultusassoziationen weg. So wäre eine Ausfaltung der Kirchengüter an diese von der Anerkennung durch die diözesanen Assoziationen abhängig, also vor allem die Beteiligung schismatischer Gründungen mit Gütern ausgeschlossen, die bisher zur Verfügung der katholischen Kirche gestanden haben.

Die sozialistische Partei hat sich auch bei der gestrigen Abstimmung gehalten. 18 ihrer Mitglieder stimmten für das Vertrauensvotum, 27 — darunter Allémane, Allard, Guédo, Sembat, Vaillant — dagegen; 7 enthielten sich, darunter Jaurès und Pressensé. Unter den Gegnern des Ver-

trauensvotums waren solche, die einer bürgerlichen Regierung prinzipiell das Vertrauen verweigern, während manche wohl ihre besondere antireligiöse Tendenz zum Ausdruck bringen wollten.

Ein neuer Antimilitaristenprozel.

Paris, 17. November. (Fig. Ber.) Das Organ der Arbeitskonföderation, die „Bois du Peuple“, hat anläßlich der Einrückung der Rekruten in diesem Jahre eine illustrierte Sondernummer herausgegeben, die einige Beiträge aus der im vorigen Jahre konföderierten Nummer reproduziert. Die noch unter dem Kriegsminister Etienne eingeleitete Strafuntersuchung hat zur Erhebung einer Anklage geführt, die vor den Geschworenen des Seine-Departements zur Verhandlung kommen wird. Angeklagt sind der verantwortliche Redakteur Brigneau und die Sozialisten Defoille, Desplanches und Yvetot wegen Verleumdung der Armee und Aufreizung von Soldaten zum Ungehörig. Der Zeichner Grandjean, der das Blatt illustriert hat, wird nur wegen Armeebeleidigung angeklagt. Die Verteidigung haben die Anwälte Herzé und Lafont übernommen. —

Allerhand Sozialisten.

Die „Unabhängigen“ und ihre Unterarten. — Das Zerzett der Minister. — Ein renommiertem Defektor.

Paris, 17. November. (Fig. Ber.)

Gestern stellte sich Viviani den Senatoren vor. Seine Antikritik war die Antwort auf den Angriff des Generals Lamazelle, eines der gebildeteren Konservativen, der nicht ganz mit Unrecht auf den Widerspruch der marxistischen Geschichtsauffassung und der humanitär-demokratischen Betrachtungsweise Vivianis hinwies. Doch wollte er in Vivianis Ablehnung der Gewalt eine Preisbeurteilung finden. Am liebsten aber griff er die atheistische Erklärung Vivianis an. Die Antwort des Ministers war in diesem Punkte ein wenig verlegen, da Vivianis neuliche Erklärung, die Republik sei nicht antireligiös, sondern nur areligiös (religiöslos), ihn recht deutlich desavouiert hatte. So mußte er sich mit der Gegenüberstellung der „göttlichen“ und der „menschlichen“ Religion und mit der Unterscheidung zwischen Religion und Merikatismus befassen. Im übrigen wiederholte er seine Kammerrede und schloß mit einem Appell an die alten Republikaner, die „Republik der Brüderlichkeit“ zu errichten.

Eine bemerkenswerte Episode ergab sich, als der Arbeitsminister sagte: „Ich bin Sozialist und der Ministerpräsident nicht. Was liegt daran?“ Clemenceau rief nämlich dazwischen: „Verzeihen Sie. Ich bilde mir ein, Sozialist zu sein!“ worauf der Redner sagte: „Ich nehme diesen Beitritt zur Kenntnis.“ — Bekanntlich hat sich Clemenceau schon unlängst den Leuten des Südens als „unabhängiger Sozialist“ präsentiert. Man wird also jetzt zwischen den eigentlichen „unabhängigen Sozialisten“ wie Briand, Gernault Richard usw. und den uneigentlichen wie Clemenceau unterscheiden müssen. —

Die „Eigentlichen“ hielten gestern zu Ehren ihrer zwei Minister Briand und Viviani ein Banquet ab, bei dem auch Millerand das Wort ergriff und die beiden Geehrten der Unterstützung der parlamentarischen Sozialisten versicherte. Da Millerand, wie jedermann weiß, zu dieser Regierungspartei trotz seiner formellen Zugehörigkeit nur sehr lose Beziehungen hat, mit den Reaktionären aber sehr oft zusammenarbeitet und Herrn Clemenceau selbst nicht grün ist, so kann man sich vorstellen, welche Bedeutung die gestrige Bratenreberei hat.

Die Bourgeoisblätter haben eine sensationelle Nachricht aus der sozialistischen Partei empfangen: Der ehemalige Sekretär des „Parti Socialiste Français“, Orny, hat der geeinigten Partei den Rücken gekehrt und fordert seine alten Parteigenossen auf, ihm zu folgen und die aufgelöste Organisation wiederherzustellen. Der förmliche Rufus hat offenbar sehr selbstbewußten Mannes wird — ebenso wie der Eifer, den die bürgerliche Presse daran setzt, um ihn zu verbreiten — bei den Parteigenossen den verdienten Heiterkeitserfolg haben. —

Paris, 19. November. Die Inventarisierungen haben heute —

wie angekündigt — in den verschiedenen Departements begonnen. Aus Riort sind 150 Mann des 7. Fusarenregiments nach Dreux abgegangen, um dort die Inventarisierung vorzunehmen. In Perpignan sind die Truppen zusammengezogen, um eventuell bei zwei Inventarisierungen in demselben Bezirk und bei drei in dem Bezirk von Ardes mitzuwirken. In Villonne haben sich die Gläubigen in der Kirche eingeschlossen, nachdem sie alle Wertgegenstände entfernt haben. Man befürchtet hier ernste Unruhen. Mehrere Abteilungen Infanterie und Genietruppen sind aus Avignon abgegangen, um die Inventarisierungen in Corporetz und Orange vorzunehmen. Es heißt, daß der Kabinettschef Clemenceau beschlossen habe, die Inventarisierungen unterzögig in allen Departements mit ernstem Nachdruck vornehmen zu lassen und die kirchlichen Behörden von seinem Beschlusse informiert und andererseits die Gemeindebehörden aufgefordert habe, die notwendigen Maßregeln zur Durchführung des Gesetzes zu treffen. —

England.

London, 17. November. Der junge jüdische Fischling, der vor wenigen Wochen aus Warschau in Grimsby eingetroffen und auf Antrag der russischen Behörden verhaftet worden war, wurde jetzt nach einer Woche Haft außer Verfolgung gesetzt. Der Polizeirichter kam zu der Ueberzeugung, daß der Verhaftete nicht mit dem Bombenwerfer identisch sein kann. —

Schweden.

Ergänzungswahlen zur zweiten Kammer fanden am Freitag in Stockholm im ersten und im vierten Wahlkreis statt. Im ersten Wahlkreis, der bisher liberal vertreten war, siegte der sozialdemokratische Kandidat Charles Lindley mit 1971 Stimmen über den Liberalen, Dr. Elmquist, der 1193 Stimmen erhielt. Seit den allgemeinen Wahlen im vorigen Jahre ist die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen hier um 666 gewachsen. Genosse Lindley war früher Seemann und hat — abgesehen von seiner Tätigkeit für die politische Bewegung — mit großem Eifer für die Organisation der Seeleute und den Transportarbeiterverband gewirkt, dessen Vertrauensmann er ist. Am Wahltag wurde durch die Straßen am Hafen auf einem Wagen ein großes Boot gefahren, dessen Segel in riesigen Buchstaben die Aufforderung, für Lindley zu stimmen, aufwies. Dem Herde vor dem Wagen hatten die Arbeiter den Namen „Klassenkampf“ gegeben.

Im vierten Wahlkreis siegte der konservative Kandidat Karl Gildbrand mit 1898 Stimmen über den Liberalen Büsk, der 1584, und den Sozialdemokraten Räckström, der 998 Stimmen erhielt. — Es wäre den Liberalen möglich gewesen, diesen konservativen Wahltag zu verhindern und sich eins der beiden Mandate zu sichern. Da ihre beiden Kandidaten als ziemlich radikale und sozial gesinnte Männer bekannt sind, waren unsere Parteigenossen bereit, im vierten Wahlkreis auf einen eigenen Kandidaten zu verzichten, aber die Liberalen lehnten ein solches Abverständnis ab. — Am selben Tage fand Ergänzungswahl in Växjö statt. Hier siegte, wie bei der Hauptwahl, der konservative Kandidat über den Liberalen. —

Gewerkchaftliches.

Der Belegschaftswechsel auf den Ruhrzechen.

Im zweiten Quartal 1908 war der Belegschaftswechsel ein recht starker gewesen; es gingen zu 86 910, es kehrten ab 86 594 Personen; der Gesamtwechsel betrug mithin 75 504. Da kamen die Besonderen her und verhängten die Sperrre. Das Wort hat keinen guten Klang und ist verpöht in der Öffentlichkeit, darum haben die Freuherrn für ihre Maßregel nunmehr die Bezeichnung „freundlich nachbarliche Abmachung“ erfinden. Allerdings ist auch in der Sache ein Unterschied vorhanden. Zur Zeit der eigentlichen Sperrre konnte der abgehende Bergmann auf keiner anderen Zeche mehr in Arbeit treten, es war geächtet und mußte seinen

Veruf aufgeben. Bei der „freundnachbarlichen Abmachung“ handelt es sich auch um eine Sperre, aber um ein anderes System. Der abkehrende Bergmann wird noch zur Bergarbeit zugelassen, aber nicht auf den Felsen in einem gewissen Umkreise seiner bisherigen Arbeitsstelle. Durch die „freundnachbarliche Abmachung“ soll der Bergmann gezwungen werden, mit der Arbeitsstelle auch seinen Wohnort zu wechseln. Will der Bergmann abkehren, dann sollen ihm auch jedesmal die Kosten des Umzuges entstehen. Diese Kosten des Umzuges sollen die Strafe sein für das Verbrechen, daß der Bergmann es wagt, seine Arbeitsstelle zu wechseln. Und durch diese Strafe soll nicht nur der Bergmann, sondern auch seine Familie empfindlich getroffen werden.

Die Felsenbesitzer suchen ihre Maßregel der Dessenlichkeit gegenüber zu rechtfertigen; sie führen an, die „freundnachbarliche Abmachung“ sei geboten, um eine ständige und gesunde Belegschaft zu erhalten; der starke Wechsel erhöhe die Unfallgefahr und heinträchtige die Leistung des Bergmanns. Das ist alles ganz richtig. Wir haben immer die Nachteile des starken Belegschaftswechsels hervorgehoben; wir haben es immer verurteilt, wenn Felsenbesitzer das beschwerdeverleitende Vergleite mit der brutalen Redensart abfertigten: „Wenn es Euch nicht paßt, könnt Ihr ja gehen!“ Es stimmt vollständig, daß durch den starken Belegschaftswechsel die Unfallgefahr steigt; der abgehende Bergmann ist eben mit den Eigentümlichkeiten der Gebirgsverhältnisse seiner neuen Arbeitsstelle nicht vertraut. In der Tagespresse des Industriebezirks kann man sehr oft lesen: „Der Bergmann R. ist durch Steinfall aus dem Hangeln zu Tode gekommen. Der Bergwerksteiger war erst seit dem 1. dieses Monats auf der Beche in Arbeit getreten.“ Und bei der Kohlegewinnung gilt es auch jedesmal neues zu lernen, und so dauert es immer eine gewisse Zeit, ehe man von dem neuangelegten Bergmann volle Leistung beanspruchen kann. Die Vorteile einer ständigen Belegschaft werden von uns also keineswegs verkannt, nicht bloß der Unternehmer, auch der Arbeiter profitiert dabei. Es wäre auch gar nicht so schwer, eine ständige Belegschaft zu schaffen, es liegt nur an dem guten Willen der Unternehmer. Sollten sie nur ein wenig ihren Herrenstandpunkt außer acht lassen, würden sie die berechtigten Forderungen der Vergleite anerkennen, die Mißstände beseitigen und für eine menschenwürdige Behandlung der Vergleite Sorge tragen, dann hätten sie eine ständige Belegschaft. Das gibt's aber nicht, einen solch vernünftigen Standpunkt darf man von unseren Grubenprognen nicht erwarten. Sie sinnen auf andere Mittel und treffen „freundnachbarliche Abmachungen“. Sie schränken die Freizügigkeit ein und strafen den Wechsel der Arbeitsstelle mit einem kostspieligen Umzug, zu dem der abkehrende Bergmann gezwungen ist, wenn er in seinem Verufe weiterhin Beschäftigung haben will.

Kann aber weiter. Es entsteht nun die Frage, war die „freundnachbarliche Abmachung“ der Felsenbesitzer ein taugliches Mittel, den starken Belegschaftswechsel einzuklemmen? Die loben vom Allgemeinen Knappheitsverein zu Bochum herausgegebene Nachweisung über den Belegschaftswechsel im 2. Quartal 1906“ gibt die Antwort. Sie ist eine deutliche Antwort, eine vernichtende Antwort für die Unternehmer. Der Belegschaftswechsel hat nicht abgenommen, er ist nicht mal auf der Höhe des 2. Quartals stehen geblieben, sondern ist noch ganz erheblich stärker geworden! Und zwar hat er sich wie folgt vollzogen:

	Zugang	Abgang
im Juli	12 888	12 273
• August	13 579	11 872
• September	15 437	13 624
Summa	41 884	37 769

Es ist also im dritten Quartal ein Gesamtbelegschaftswechsel von 79 673 zu verzeichnen. Er hat einen Umfang angenommen, den man im übrigen Deutschland sich nur schwer wird vorstellen können. Es sei vorweg bemerkt, daß der größere Zugang eine Vermehrung der Gesamtbelegschaft von rund 4000 Personen bedeutet. Im zweiten Quartal war eine nennenswerte Vermehrung der Belegschaft nicht zu verzeichnen, im Monat Mai war der Abgang sogar größer gewesen wie der Zugang.

Was soll man nun dazu sagen, daß trotz der „freundnachbarlichen Abmachungen“ der Belegschaftswechsel noch immer größer geworden ist? Zunächst: Schon zu ruhigen Zeiten wechselt der Bergmann niemals zum Vergnügen die Arbeitsstelle, stets nur notgedrungen. Und immer war der Wechsel der Arbeitsstelle noch besonderen Erschwernissen, sehr oft mit kostspieligem Wohnungswechsel verknüpft. Da ist gerade durch den starken Belegschaftswechsel der Beweis erbracht, daß die Vergleite bis auf Blut geschunden, bis zum Erzech ausgedehnt werden und daß die Mißstände zum Himmel schreien müssen. Die Nachweisung des Allgemeinen Knappheitsvereins über den Belegschaftswechsel im dritten Quartal ist neues Anlagematerial gegen die Grubenprognen. Die Zahlen reden hier eine deutliche Sprache, sie legen Zeugnis ab für die Verächtlichkeit der Unzufriedenheit der Bergarbeiter.

Es ist nun nicht uninteressant, daß in der „Nachweisung“ diejenigen Felsen den größten Belegschaftswechsel verzeichnen haben, die sonst mit ihren Mißständen die Spalten der Arbeiterpresse des Ruhrreviers füllen. Die Mißstände werden zwar regelmäßig bestritten, die Arbeiterpresse wird unter Mißbrauch des berühmten § 11 des Preßgesetzes mit „Verachtigungen“ förmlich bombardiert, aber das verschlingt nichts. Es wird eben laut Beschluß der Felsenbesitzer alles bestritten und alles „berichtigt“, das weiß die Dessenlichkeit längst. Die Mißstände sind doch vorhanden, sie sind greulicher denn je, dafür zeugt der ungeheure Belegschaftswechsel, den die „freundnachbarlichen Abmachungen“ nicht einzuklemmen vermochten.

Einige größere Felsen mit starkem Belegschaftswechsel seien hier mit ihrem Zugang und Abgang namentlich angeführt: „Adolf von Hanielmann“ 489; 202; „Wachtstraße“ 342; 339; „Concordia“ 1417; 921; „Konfession“ 717; 777; „Konstantin der Große“ 603; 839; „Dahlbusch“ 839; 300; „Dannenbaum“ 886; 562; „Deutscher Kaiser“ (Häufen) 2386; 1785; „Dorfstraße“ 613; 819; „Gewald“ 521; 540; „Friedrich der Große“ 466; 319; „Glabbend“ (instaltische Gruben) 614; 550; „Graf Bismarck“ 366; 354; „Graf Roltke“ 847; 579; „Gammibal“ 405; 411; „Hannover“ 447; 340; „Holland“ 522; 509; „Hugo“ 580; 479; „Kaiserstuhl“ 811; 682; „König Ludwig“ 567; 634; „Königsborn“ 377; 425; „König Wilhelm“ 552; 476; „Mathias Stinnes“ 645; 368; „Neue Hirschloh“ 306; 364; „Monte Genis“ 368; 373; „Reinhold“ 1056; 815; „Oberhausen“ 1781; 1568; „Pluto“ 585; 564; „Präsident“ 483; 400; „Reußen“ 357; 362; „Prosper“ 925; 525; „Redinghausen“ 481; 580; „Rheinstraße“ 470; 508; „Scharnhorst“ 321; 284; „Schlagel und Eien“ 395; 521; „Samrod“ 686; 684; „Viktor“ 284; 423; „Wesfede“ 540; 487; „Wollverein“ 542; 630.

Diese Auslese einer Anzahl Felsen aus allen Bezirken des Ruhrreviers wird genügen, um den Lesern das Bild der gefährlichen Zustände zu vervollständigen. Bemerkenswert ist aber, daß wir der Stärke halber die verschiedenen Schächte der Felsen nicht einzeln, sondern auf den gemeinsamen Felsenamen geführt haben.

Dieser Belegschaftswechsel bedeutet unter den bewandten Umständen im wahren Sinne des Wortes eine Wüsterwanderung. Und wenn der Leser sich nun vergegenwärtigt, daß in der übrigen Industrie des Ruhrreviers ein ähnlicher Wechsel und Wandel herrscht, daß außerdem täglich Tausende aus allen Gegenden und Ländern der Erde zuziehen, um sich den Grubenunternehmen als willige Ausbeutungsobjekte anzuliefer, dann wird er begreifen, daß im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sich eine Wüsterwanderung vollzieht, wie sie in solchem Umfange wohl kaum jemals zuvor erlebt worden ist.

Das erklärt auch die außerordentliche Schwierigkeit der gewerkschaftlichen und politischen Auffklärungstätigkeit und der Organisation der

Massen im dortigen Gebiet. Mit unfaßlicher Mühe und unter den schwersten Kämpfen muß dort aufgebaut werden. Trotzdem geht es auch dort vorwärts und es fehlt auch nicht an Erfolgen. Und sicherlich kommt auch für das Ruhrrevier der Tag, wo das hochmütige Unternehmertum gebeugt wird, wo das Kapital durch die Macht des Proletariats bezwungen am Boden liegen wird. Dann wird sich die Arbeiterklasse ihre Menschenrechte selbst nehmen und selbst den Frieden diktieren.

Berlin und Umgegend.
Ächtung! Klempner!

Am Donnerstag, den 22. November, finden im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c, die Delegiertenwahlen zur Ortskrankenkasse der Klempner statt. Es ist Pflicht jedes organisierten Kollegen, welcher Mitglied der Kasse ist, daß er an der Wahl teilnimmt.

Jur Legitimation müssen die Mitglieder sich von ihrem Arbeitgeber das Krankentafelbuch geben lassen, ohne dasselbe kann niemand wählen. Die Agitationskommission. J. A.: K. Weigel.

Zur Aussperrung in der mechanischen Schuhindustrie ist schon vorige Woche berichtet worden, daß verschiedene Schuhfabrikanten bei Wiederaufnahme der Arbeit die Zeit genommen glaubten, ihnen mißliebige Personen aus den Betrieben zu entfernen, ohne darauf zu achten, daß der Fabrikantenverband die Bedingung, Maßregelungen nicht vorzunehmen, stillschweigend akzeptiert hatte. Auf eine Besprechung des Verbandes der Schuhmacher beim Fabrikantenverbande erwiderte der Vorsitzende, daß er die Angelegenheit der Generalversammlung seines Verbandes vorlegen werde, und wünschte, daß die Sache bis dahin ruhen gelassen werde. Dem letzteren Wunsch konnte seitens der Gehülften nicht entsprochen werden, da einzelne Firmen in ihrer Maßregelungswut sehr weit gegangen waren, auch war nicht angegeben, wann diese Generalversammlung zusammenzutreten werde und keinerlei Gewähr geboten, ob den berechtigten Beschwerden der Arbeiter Gehör geschenkt werde. Die verhängten Sperren haben wenigstens das gezeitigt, daß die Firma Binner zunächst große Annoncen in der „Volkszeitung“ los ließ, und dadurch dokumentierte, daß sie wohl Arbeiter gebrauchte, und nur Willkür sie veranlaßte, 31 ihrer Leute auf den Index zu setzen, sie aber auch deronachte, Verhandlungen anzubahnen. Ergaben diese Verhandlungen auch kein zufriedenstellendes Resultat, so wurde doch eine Einigung erzielt, und wurde die Arbeit Montag in dieser Fabrik aufgenommen. Auch bei der Firma Kufsch wurden weitere Einstellungen vorgenommen. Infolgedessen wird die Sperre über sämtliche Firmen, mit Ausnahme der Firma Schlieve, Brunnenstr. 24, aufgehoben. Letztere Firma will ihren Betrieb erst im Januar wieder eröffnen, ein Verfahren, daß dem Grundfach Maßregelungen nicht vorzunehmen, vollständig ins Gesicht schlägt. Die Sperre über den Arbeitsnachweis des Fabrikantenverbandes wird gleichfalls aufgehoben, um diesem Verbands-Gewähr zu geben, seinerseits zu dem Wortbruch seiner Mitglieder Stellung zu nehmen. Ein weiterer Konflikt ist bei der Firma Pfarrer, Adersstr. 14, ausgebrochen. Die vier Arbeitswilligen genießen die größte Freiheit im Fabrikloale, während dreißig eheliche Arbeiter den Mund zu halten haben. Da Versicherungen vorliegen, daß bei den Anrempelungen von jener Seite schließlich auch den Aussperrten die Schuld ausgeben könne, legten dieselben die Arbeit wieder nieder, denn eine Aklamation bei dem Arbeitgeber selbst hatte keinen Erfolg. Wir ersuchen, die Firmen Schlieve und Pfarrer nach wie vor zu meiden. Zentralverband der Schuhmacher. Ortsverwaltung Berlin.

Die Pianofabrik von Bell u. Co., die sich seit nicht weniger als 14 Wochen im Kampfe mit ihren Arbeitern befindet, firmiert jetzt plötzlich Neugebauer Nachfolger. Es wird notwendig sein, daß sich die Klavierarbeiter dadurch nicht täuschen lassen. Zugang von der Firma Bell u. Co. alias Neugebauer Nachfolger ist fernzuhalten.

Deutsches Reich.
Ächtung! Fabrikarbeiter!

Sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Gummitanni-Kompagnie Limmer-Hannover und der Wächstuchfabrik von Beneke, Binkhorst bei Hannover, befinden sich wegen Lohnabzügen resp. wegen Forderung einer Lohnerhöhung im Streit. Kollegen allerorts! Sorgt für Fernhaltung des Zugabes, das ist die beste Unterstützung in diesem Kampfe. Fabrikarbeiterverband, Zahlstelle Hannover und Umg.

Die badischen Eisenbahner

Stehen wieder vor einer neuen Lohnordnung, nachdem der vom Arbeiterausschuß eingeführte Tarif bei den Verhandlungen der zweiten Kammer als ungerichtet dargestellt worden ist. Gemäß dem Beschlusse des Landtages findet nun in dieser Woche eine Sitzung der Vertreter der Regierung und der Arbeiterschaft statt. Nach dem von der Eisenbahnbekörde vorgelegten Vorschle sollen die Akkordlöhne beseitigt und soll ein Lohnsystem mit bestimmten Anfangslöhnen und einem nach 15 Jahren zu erreichenden Höchsthöhe eingerichtet werden. Das Lohndienalter beginnt mit dem zwanzigsten Lebensjahre der Handwerker, der Anfangslohn ist nach drei verschiedenen Orklassen auf 4,50, 4,80, 4,10 M., mit Zulagen bis 7 resp. 6,80, 6,60 M. vorsehen. Die nichtgewerbllichen Arbeiter, deren Lohndienalter auf 18 Jahre festgesetzt ist, sollen Anfangslöhne von 3,50, 3,30, 3,10 M. erhalten, mit Maximalzulagen bis 5,—, 4,50, 4,60 M. Für die Veraltungen sind vier Tage vorsehen.

Buchdruckerbewegung.

In einer am Sonntag zu Hattingen abgehaltenen Bezirksversammlung nahm der Bezirk Bochum des Verbandes der Deutschen Buchdrucker abermals Stellung zum neuen Buchdruckerentart und dem Organisationsvertrag. Redakteur Schorer-Essen hatte das Referat übernommen. Mit dem materiellen Teile des Tarifies, sagte Redner, können wir schließlich noch zufrieden sein, wenn auch die Erhöhung keine solche ist, wie sie den gesteigerten Lebensverhältnissen entspricht. Wir müssen uns vergegenwärtigen, daß die Gehältsvertreter von der Gewerkschaftskonferenz den Antrag hatten, bis zu 10 Prozent Lohnerhöhung herunterzugehen, um einen Kampf zu vermeiden. Auch auf die Verkürzung der Arbeitszeit sollte aus demselben Grunde verzichtet werden. Auf den Organisationsvertrag übergehend, den der Redner gründlich gerpflügte, meinte er: Niemand ist in der 40jährigen Geschichte des Buchdruckerverbandes so von oben herunter behandelt worden, wie hier. Deshalb müssen wir in dieser Hinsicht den Essener Protest aufrecht halten. Die Aufnahme des Passus, daß auch andere Organisationen an dem Tarifadkommen partizipieren können, ist eine Sache der Zentrum-druckereibesitzer, geschaffen, um die christliche Buchdruckerorganisation zur Geltung zu verhelfen. Auf der rheinisch-westfälischen Prinzipalversammlung ist das ziemlich überflüssig ausgesprochen worden. Wir müssen alle Hebel in Bewegung setzen, den Organisationsvertrag außer Kraft zu setzen, aber, wenn das nicht möglich, dem Zentralverband verbieten, nochmals einen derartigen Vertrag abzuschließen. Was den Juristen anbetrifft, so müssen wir diese Einrichtung äußerst pessimistisch ansehen. Schon die Tatsache, daß der Jurist, Rechtsampalt Kämmerlein, ein ausgesprochener Freund des Herrn Buzenschein ist, gibt uns dazu Veranlassung. Auch die Pastpflicht gibt zu vielen Bedenken Anlaß. Sturmische Entrüstung entstand, als der Redner sagte: Es sind noch mündliche Vereinbarungen getroffen, von denen wir nichts erfahren!!! Auf eine Anfrage des bekannten Scharfmachers Reismann-Grone („Rheinisch-Westfälische Zeitung“) hat Buzenschein erklärt, ein Prinzipal kann aus der Prinzipals-Organisation austreten, ohne Tarifbruch zu begehen.

Die Diskussion war äußerst lebhaft. Kolb-Bochum protestierte gegen die unqualifizierten Angriffe gegen die oppositenden Kollegen, durch den Zentralverband und „Korrespondent“.

Er wandte sich scharf dagegen, daß man einem so alten, verdienstlichen Veteranen wie Schorer von Berlin aus vorwerfe: Es sei in seiner Weißesverfassung um 50 Prozent gesunken. Ferner machte er politische Bedenken gegen den Vertrag geltend und plädierte für abermalige Ablehnung des Tarifies samt Vertrag. Auf den gleichen Standpunkt stellten sich Rebler, Steinberg und Meyer-Bochum. Schließlich wurde mit großer Mehrheit eine Resolution angenommen, die den materiellen Teil des Tarifies annimmt, den ideellen aber entschieden ablehnt und die sofortige Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung forderte.

Die Bergarbeiterbewegung.

Das Kreisamt des die Provinzen Schlesien, Posen, Ost- und Westpreußen umfassenden Kreises IXa der Deutschen Buchdrucker-Tarifgemeinschaft befaßte sich in einer am Sonntag in Welesau abgehaltenen Sitzung mit der Festsetzung von Lokalausschlägen auf den neuen Buchdruckerentart. Es wurde beschlossen, die Zuschlag: für Posen auf 2½, für Bromberg auf 2½, für Katowitz auf 2½ Prozent zu erhöhen und für Joppat, Lütitz und Wroblew einen Lokalausschlag von 5, für Bologau und Graudenz einen solchen von 2½ Prozent neu einzuführen.

Am Sonntag tagte in Lugau die Landeskonferenz der sächsischen Bergarbeiter, soweit dieselben dem deutschen Bergarbeiterverbande angehören. Es wurde eine Resolution angenommen, nach der die Versammlung sich mit den von den vereinigten Organisationsvorständen am 9. November 1906 in Essen gefaßten Beschlüssen einverstanden erklärt. In der Resolution heißt es weiter:

Die Konferenz beschließt, an den gestellten Forderungen festzuhalten, überläßt aber die Entscheidung der am 21. November stattfindenden Konferenz der größeren Bezirke. Im übrigen verspricht sie, in allen Fragen der Lohnbewegung ihr weiteres Verhalten nur nach den anderen größeren Bezirken einzurichten. Die Konferenz spricht ihre schärfste Entrüstung über die ablehnende Haltung der Besitzber gegenüber den Forderungen der Bergarbeiter sowie über die Nichtanerkennung der Bergarbeiterverbände aus. Die Konferenz steht auf dem Standpunkte, daß es den Grubenbesitzern bei einigermaßen gutem Willen wohl möglich gewesen wäre, sich mit den Vertretern der Arbeiter in Verbindung zu setzen und den notwendigen Frieden herbeizuführen.

Eine zweite Resolution wendet sich scharf gegen den eben veröffentlichten Entwurf des Gesetzes über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Sie lautet wie folgt:

Die heutige Landeskonferenz der Bergarbeiter Sachsens protestiert entschieden gegen die der Arbeiterschaft hohnsprechenden Bestimmungen des Gesetzentwurfes über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Die Konferenz beurteilt einmütig, daß die Regierung versucht, Bestimmungen in das Gesetz hineinzubringen, die dem Spiegel- und Demuziantentum Tür und Tor öffnet, andererseits aber auch das bisherige Koalitionsrecht der Arbeiter, insbesondere aber der Bergarbeiter, zugrunde richtet. Die Anwesenden ersuchen deshalb die Vorstände der Bergarbeiterverbände Deutschlands, sofort Schritte einzusetzen, daß ein solches gegen die Arbeiterklasse, insbesondere aber gegen die Bergarbeiter gerichtetes Ausnahmengesetz niemals Annahme findet.

Die Tabakarbeiter der Karlsruher Firma Gauß erhielten nach Verhandlungen, welche der Gauleiter Heising-Stratzburg führte, eine Verbesserung ihrer Akkord- und Stundenlöhne vom 17. November an. Die Firma anerkannte die Berechtigung der Forderungen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Eine passende Dekoration.

Berlin, 19. November. (B. L. B.) gibt eine lange Liste der anlässlich des Dänenbesuchs mit einem Orden Dekorierten bekannt. Die ganze Liste wollen wir unseren Lesern ersparen. Interessant ist jedoch die Verleihung des dänischen Elefantensordens an den Reichszentraler Fürsten Bülow. Nach seinem Auspruch auf ein Diplom mit einer Rhinoceroshaut gepanzert sein. Da Dänemark nur einen Orden aus der Klasse der Dickhäuter zu vergeben hat, so muß Bülow sich schon damit bescheiden.

Eine rührende Geschichte.

Hamburg, 19. November. (B. L. B.) Die „Deutsche Arbeit-geberzeitung“ berichtet: In der Nacht vom Sonntag zum Montag wurde der Dampfer „Berolina“, der mit vier Kähnen der Berliner Vloed-Aktiengesellschaft bei Wiehe vor Anker lag, von einer Anzahl Männer überfallen. Die Angreifer begaben sich mit Handfägen an Bord der genannten Fahrzeuge, schnitten die Schlepptrassen ab, gerhachten sie mit Weilen, warfen dann einen Teil der aus Stüdegläser bestehenden Kahnladungen ins Wasser und bedrohten die Besatzung mit Tatllichkeiten. In dem eingangs angeführten Waite heißt es weiter: Es handelt sich bei dem Ausnahm die Absicht, die Schiffahrtsgesellschaften ganz und gar unter die Vormahigkeit des sozialdemokratischen Oafenarbeiterverbandes zu bringen und darum wird der Ausnahm mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verfolgt. Angesichts dessen wird es den von dem Ausnahm betroffenen Gesellschaften auf die Dauer unmöglich sein, auch den beschränkten Betrieb in Zukunft aufrecht zu erhalten, da sie nicht instand sind, für die Ablieferung der ihnen übergebenen Ladungen eine Garantie zu übernehmen. Es dürfte demgemäß den Gesellschaften kaum noch etwas anderes übrig bleiben, als nunmehr zum Überleben, ihnen noch zur Verfügung stehenden Mittel zu greifen und eine Totalaussperrung eintreten zu lassen. (Da die „Arbeitgeberzeitung“ sich fast in allen die Arbeiterbewegung betreffenden Dingen als Prusanstalt für Entenfälle erwiesen hat, ist obiges Schauermärchen nur als das zu bewerten, was es ist, als Scharfmacherschwanzel, in die Welt gesetzt, um zu beweisen, wie nötig eine Aussperrung sei. D. R.)

Für das Frauenstimmrecht.

London, 19. November. (B. L. B.) Eine Anzahl von Frauenstimmrechtlerinnen drang heute nachmittag in den Hof des Parlamentsgebäudes; die Polizei trieb sie auseinander und verhaftete eine Frau. Die Schwester des Generals French zu verhaften, die bei dem Aufritt eine führende Rolle spielte, lehnte die Polizei trotz der an sie ergangenen Aufforderung hierzu ab.

Wie Ordnung geschaffen wird.

Barcelona, 19. November. (B. L. B.) Zwischen Merikalen und Republikanern fanden heute hier Schlägereien statt. Die Zivilgarde machte, als sie zur Herstellung der Ordnung einsetzte, von der Schußwaffe Gebrauch. Mehrere Personen wurden verwundet, zahlreiche verhaftet.

Ministertrife.

Genève, 19. November. (Mitteilung des Wiener I. L. Teleg.-Korresp.-Bureaus.) Das Ministerium hat demissioniert; der Fürst hat das Demissionsgesuch angenommen.

Attentat und Selbstmord.

Grodno, 19. November. (B. L. B.) Der Leutnant Jwanoff eines hier in Garnison stehenden Bataillons verunruhigt durch zwei Revolverwürffe seinen Bataillonschef Luroff gefährlich in der Brust und tötete sich dann selbst.

Reichstag.

121. Sitzung, Montag, den 10. November, nachmittags 3 Uhr.

Am Tisch des Bundesrats: Graf v. Posadowsky, v. Stengel. Auf der Tagesordnung stehen zunächst die beiden Interpellationen über die gegenwärtige Fleischsteuer.

Graf v. Posadowsky: Der Herr Reichskanzler ist bereit, beide Interpellationen zu beantworten. Er hofft, daß die Beantwortung beider Interpellationen im Laufe der nächsten vierzehn Tage wird erfolgen können.

Auf der Tagesordnung steht ferner die Interpellation Speck betr. die Verwendung der als „Futtergerste“ bezollten Gerste als „Malzgerste“.

Reichskanzler v. Stengel: Der Reichskanzler ist bereit, die Interpellation zu beantworten. Der Inhalt der Interpellation hat zwischen den Beteiligten Verhandlungen zu einigen weiteren Erörterungen gegeben. Diese Erörterungen und Erhebungen sind gegenwärtig noch nicht zum Abschluß gediehen. Sobald dies der Fall ist, wird der Herr Reichskanzler die Ehre haben, dem Herrn Präsidenten Mitteilung zu machen, an welchem Tage er bereit ist, die Interpellation zu beantworten.

Es folgt die erste Beratung eines Gesetzentwurfes, wonach die Höchstkontingente der Alkoholmengen für neu entstehende oder sich vergrößernde Brennereien beschränkt werden, und zwar für landwirtschaftliche Brennereien von 80.000 Liter auf 50.000 Liter.

Abg. v. Brodhausen (L.): Meine Freunde werden für das Gesetz stimmen, weil dadurch eine Unbilligkeit des Branntweinsteuergesetzes beseitigt wird, durch welche die neuen Brennereien vor den bestehenden bevorzugt wurden. Eine Kommissionsberatung halten wir für überflüssig. (Ruf links: Curra!)

Abg. Speck (Z.): Auch meine Freunde haben keine Bedenken gegen das Gesetz. Dagegen halten wir es für angebracht, bei dieser Gelegenheit wieder die alte Forderung der Aufhebung der Rückvergütung der Malzschottischsteuer zu erheben.

Reichschatzsekretär Febr. v. Stengel: Der vorliegende Gesetzentwurf ist ein Warnungssignal für in nächster Zeit neu zu errichtende Brennereien, damit sie nicht auf eine Lücke in dem bestehenden Gesetz bauen. Ich kann erklären, daß an der Absicht festgehalten wird, wovon ich in diesem Jahre den angelegten Gesetzentwurf wegen Verrückung der Malzschottischsteuer an den Reichstag zu bringen.

Abg. Baasche (natl.): Falls der Abg. Speck im Namen seiner Fraktion gesprochen hätte, würden wir dem Antrage auf Kommissionsberatung nicht widerstehen. Inzwischen wäre die Erörterung der von ihm angeregten Fragen bei Gelegenheit dieses Gesetzentwurfes doch mehr akademischer Art, während sie bei dem angekündigten Gesetzentwurf praktische Bedeutung haben.

Abg. Wurm (Soz.):

Wir sind für die Kommissionsberatung des Gesetzentwurfes. Der Gesetzentwurf ist nur eingebracht, um es überhaupt zu ermöglichen, den tatsächlichen Zustand, der sich durch unsere Branntwein-gesetzgebung herausgebildet hat, noch eine Zeitlang aufrechtzuerhalten; es soll durch den Entwurf namentlich demantelt werden, daß das heutige Gesetz der Spiritusbesteuerung haltbar gemacht werden soll auf längere Zeit hinaus, damit es noch so weiter gehen kann wie bisher, daß jährlich 45 Millionen Mark aus den Taschen der Bevölkerung in die Taschen der großen Branntweimbrenner wandert. Das Kontingentensystem ist ein sehr fein ausgelegtes und verzwicktes System, und wenn da eine Waise reißt, so ist die Möglichkeit vorhanden, daß das Ganze nicht mehr aufrecht zu erhalten ist. Es ist ja nur zu dem Zweck gemacht worden, daß nur keine Überproduktion entsteht, die den Preis herabdrücken könnte. Der Staat gibt als fürsorglicher Vater eben an, wie viel zu produzieren er für notwendig hält. Das ganze System hat den Zweck, daß den Kontingentbrennern für 50 M. Steuern, die sie zahlen, 70 M. herausgezahlt werden! Seit Jahren ist uns das immer bestritten worden, daß diese 20 M. in die Taschen der Branntweimbrenner fließen. Vor kurzem wurde uns noch hier vorgelegt, daß wenn ein Branntweimbrenner 100 Hektoliter Kontingentspiritus brennt und 100 Liter nicht kontingentierten, daß dann seine Rückvergütung im Durchschnitt ja nur 10 M. beträgt. Aber erstens beträgt der kontingentierte Spiritus 72 Prozent des gesamten Exports, der nichtkontingentiertere nur 28 Prozent, und zweitens könnte man ja mit demselben Recht, mit welchem man den nichtkontingentierten Spiritus hier hineinzurechnen will, auch die sonstigen landwirtschaftlichen Unkosten — die für Schweinezucht, Ochsenzucht usw. — in dieselbe Rechnung mit hineinrechnen. Nein, meine Herren, soviel man sich auch Mühe gibt, der Bevölkerung zu verschleiern, daß dieses Kontingentensystem zum Schaden der großen Massen in raffiniertester Weise ausgelegt ist, so sehr bleibt es doch wahr, daß es den Brennern große Vorteile auf Kosten der Bevölkerung gewährt.

Neben der Viehesgabe von 45 Millionen jährlich haben wir noch die Malzschottischsteuerrückvergütung. Seit länger als 10 Jahren weise ich auf diese Prämie hin; damals betrug sie 3-4 M., jetzt 7-8 M., 17 1/2 Millionen Mark jährlich fließen durch diese Prämie aus der Tasche der Bevölkerung in die Tasche der Branntweimbrenner zurück. Wer zahlt die Brennerei? Der Brenner legt sie doch nur aus; gezahlt wird sie von demjenigen, der den Spiritus braucht. Auch hierin liegt wieder eine Belastung der Armen; denn die großen Massen des durch schlechte Löhne verblendeten Volkes sind es, die den Spiritus brauchen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ist denn der Verbrauch der Kartoffeln für die Spiritusproduktion ein so bedeutender, daß von der Kartoffelbrennerei das Gedeihen der Landwirtschaft abhängt? Im Jahre 1904, als eine Missernte in Kartoffeln war, sind 30 Millionen Tonnen Kartoffeln produziert worden. Davon sind für die Spiritusbrennerei verbraucht worden 2 1/2 Millionen Tonnen, nur 8 Prozent. Und da will man dem Volke einreden, daß von dem Gedeihen der Spiritusproduktion, von ihrer Aufrechterhaltung durch Steuergaben die ganze Landwirtschaft abhängig sei. Dazu kommt weiter: Ist es denn wahr, daß die Verwendung der Kartoffeln für Spirituszwecke heute noch so rationell ist, wie man in manchen landwirtschaftlichen Kreisen denkt? Ich nein, es ist nur das interessierte Kapital, das die Brenner zwingt, noch weiter Kartoffeln zu brennen. In Wirklichkeit wäre es viel rationeller, die Kartoffeln durch die gegenwärtig sehr vervollkommenen Trockensätze zu trocknen. Wenn man auf diesem Gebiete Preise ausgesetzt hätte — wie z. B. für Pferdemehl —, dann würden wir sicher bereits so vollkommene Trockensätze erhalten haben, daß die so getrockneten Kartoffeln als, wenn auch minderwertiges, Nahrungsmittel verwendet werden könnten.

Wir werden gegen die Vorlage stimmen, weil wir gegen jede Kontingentierung sind. Es könnte als ein Widerspruch erscheinen, daß wir durch unsere Erklärung der Vorlage widersprechen, daß wir für die neuen Brennereien sogar noch ein höheres Kontingent, als es die Vorlage will, gilt. Dieser Widerspruch löst sich aber dahin auf, daß wir die Kräfte, die in dieser schlechten Spiritusgesetzgebung liegen, enttesseln wollen. Sie, die erklären, daß das Branntwein-gesetz mit seinem hohen Kontingent notwendig sei, um die Landwirtschaft zu erhalten, Sie sagen hier: „Beati possidentes!“ („Glücklich die Bestehenden!“) Wir wollen nicht, daß die neuen Brennereien aus diesem Nutzen Vorteil haben. Das mögen die Herren Agrarier unter sich anmachen. Wir haben nur bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß dieses Gesetz wieder beweist, wie richtig unsere Wortworte und Anklagen gegen das Branntwein-gesetz gewesen sind. Auch die Spirituszentrale hat sich vergewiß-

benigt, den Verbrauch von denaturiertem Spiritus zu heben. Wenn man Spiritus zu technischen Zwecken produzieren will, kann man ihn eben nicht aus Kartoffeln produzieren, weil die Kartoffel dazu zu teuer ist; billiger technischer Spiritus kann man nur aus Melasse gewinnen. Um den Inlandspreis für Spiritus zu halten, ist die Spirituszentrale soweit gegangen, Spiritus nach dem Auslande zu Spottpreisen zu exportieren. Es kam soweit, daß die Kölner Eau de Cologne-Fabrik ihren Absatz nach Indien verlor, weil aus einmal von England aus die Ware billiger geliefert wurde. Eine ganze Anzahl inländischer Industrien, vor allem die Zelluloseindustrie, leidet darunter, daß der denaturierte Spiritus zu teuer ist. Verbieht doch die Spirituszentrale, die wieder noch ein Kontingent im Kontingent bildet, ihren Mitgliedern; soviel Spiritus zu brennen, wie gesetzlich erlaubt ist, damit ein möglichst hoher Preis erzielt wird. Das alles geschieht auf Kosten der Branntweintrinker, auf Kosten der Industrie. Wenn es nicht anders geht, wird die Industrie zum Benzin ihre Ansprüche nehmen müssen, das vom Auslande bezogen werden muß. Des Klammers alles die Herren, die sonst vom Schutze der nationalen Arbeit reden, nicht; sie stehen auf dem Standpunkte: „Nach uns die Sintflut!“ wenn sie nur ihren Vorteil haben. (Sehr wahr! b. d. Soziald.) Wir dagegen wünschen dringend, daß die Spiritusgesetzgebung von Grund aus geändert, nicht aber daß irgend ein kleiner Fiktion aufgesetzt wird, etwa bei der Malzschottischsteuer. Wir wollen auch die Steuern retten, aber nicht für die Herren Branntweintrinker, sondern indem wir sie in die Taschen des Volkes zurückbringen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aber die Majorität, welche die Branntweinstrafsteuer und den Vollwucher bewilligt hat, stimmt alles wieder, was von unserer Seite zugunsten der Bevölkerung beantragt wird. Soweit wir Einfluss haben, werden wir dafür sorgen, daß dieses Gesetz nicht zustande kommt, daß vielmehr eine Abänderung der gesamten Spiritus-gesetzgebung in Angriff genommen wird. Weiter wollen wir dafür sorgen, daß die ungeheuren Summen, welche die Branntweintrinker-gesetzgebung gegenwärtig einbringt, nicht für militärische Zwecke ausgegeben werden, sondern im allgemeinen Kulturinteresse. Positive Maßnahmen zugunsten der Bevölkerung, eine gesunde Arbeiterergänzung, das ist der beste Kampf gegen den Alkoholismus. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Daß man dieses Gesetz ein-zubringen sich erlaubt, zeigt offenkundig, daß Ihre Moral ab-gewirtschaftet hat. Man muß es als unmoralisch bezeichnen, daß Gesetze zugunsten einer Gruppe von Interessenten gemacht werden. Daß man aber jetzt, wo die Halbseligkeit des gegenwärtigen Zu-standes offenkundig wird, auch wieder nur mit diesem Gesetz einen Fiktion aufsetzen will, zeigt deutlich, daß von der Regierung nichts zu erwarten ist. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Holz (Sp.): Das Gesetz soll nicht die gesamte Landwirt-schaft treffen — eine solche Überbetreibung hat niemand behauptet — es soll lediglich einer Lücke in der Spiritusgesetzgebung abhelfen.

Abg. Dr. Bahndt (fr. Vg.): Wir werden dem Antrag auf Kommissionsberatung zustimmen, weil wir dort bessere Gründe für das Gesetz hören wollen.

Abg. Dr. Wiemer (fr. Sp.): Auch wir sind für Kommissions-beratung, weil wir eine gründliche Erörterung der ganzen Materie wünschen. So harmlos wie die Begründung es hinstellt, scheint uns das Gesetz nicht. Eine Reform der ganzen Kontingentierung ist dringend notwendig.

Abg. Speck (Z.) tritt für schleunige Erledigung des Gesetzes ein. Abg. v. Brodhausen (L.) will sich in nähere Ausführungen über die Materie mit Rücksicht auf die zu erwartende Kommissionsberatung nicht einlassen.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Speck, die Vor-lage einer Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen, wird an-genommen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung, das Vogelschuh-gesetz, wird auf Antrag des Abg. Wolff-Metternich (Z.) einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes betr. Abänderung der Gewerbeordnung (Keiner Befähigungsnachweis) in Ver-bindung mit den Kommissionsberichten über die Petitionen betr. den Befähigungsnachweis für das Handwerk und die Einführung obli-gatorischer Fortbildungsschulen für weibliche Gehilfen etc.

Die Vorlage, die von der Kommission angenommen ist, ver-leihet der Landeszentralbehörde das Recht, einem Baunternehmer oder Bauleiter den Betrieb des Bauwerkes oder seiner einzelnen Zweige wegen Unzuverlässigkeit zu untersagen.

Außerdem hat die Kommission folgende Resolutionen an-genommen:

Die Regierung um tunnächst baldige Vorlegung eines Geset-zentwurfes auf Verrückung der Gewerbeordnung zu ersuchen, worin vorgeschrieben wird, daß für die Baukontrolle besondere Beamte in genügender Zahl angestellt und gewählte Vertreter der Arbeiter bei der Kontrolle zugezogen werden. — Ferner werden Bestimmungen zum Schutze der Bauarbeiter auf Grund des § 120b der Gewerbe-ordnung genehmigt und weiter ein Gesetz verlangt, das den ge-werblichen Gehilfen, jugendlichen Arbeitern und Arbeitsunfähigen den Besuch einer Fortbildungsschule zur gesetzlichen Pflicht macht. Schließlich erucht die Kommission um schnelle Vorlage eines Gesetzentwurfes, welcher das Recht zur Anleitung von Lehrlingen nur solchen Handwerkern gewährt, die zur Führung des Meistertitels berechtigt sind.

Abg. Teimborn (L.) beantragt, den Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß sich die verbündeten Regierungen über eine möglichst gleichmäßige Durchführung eines obligatorischen gewerb-lichen Fortbildungsnachweises verständigen.

Ferner beantragen Börsenrat und Gen. (Soz.), den ersten Artikel des Gesetzes in folgender Weise zu fassen:

„Der Betrieb des Gewerbes als Baunternehmer und Bauleiter sowie der Betrieb einzelner Zweige des Bauwerkes ist zu unter-sagen, wenn Tatsachen vorliegen, welche gröbliche, aus Mangel an technischer Befähigung oder aus Leichtsinne resp. Gewissenlosigkeit resultierende Verstöße gegen die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst oder gegen die gesetzlichen, polizeilichen oder beruf-s-genossenschaftlichen Unfallverhütungsvorschriften oder Arbeiterschutzbestimmungen oder betrügerische Geschäftspraktiken bei der Bau-ausführung dartun.“

Ferner der Gewerbeordnung folgende Paragraphen beizufügen:

„Die Baunternehmer und Bauherren sind solidarisch ver-pflichtet, die Materialien, Gerüste, Schutzvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften in solcher Güte anzuliefern, so einzurichten und zu unterhalten und den Betrieb so zu regeln, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit geschützt sind. Wenn im Winterhalbjahre im Innern der Bauten Arbeiter (Auer, Statuteure, Ofenheizer, Maler usw.) beschäftigt werden, so sind die Tür- und Fensteröffnungen derjenigen Räume, in denen ge-arbeitet wird, wind- und wetterdicht zu verschließen. Die Anwendung der offenen Kofelofen (Kofelörde) zur Aus-trocknung und Erwärmung einzelner Räume ist verboten, ebenso offene Holzofen bei Klempner- und Mechaniker-arbeiten im Innern der Bauten. Säuren, Laugen, giftige Stoffe und explosionsfähige Stoffe sind in sicheren Gefäßen und gefonderten Räumen unter Verschluss zu halten und nur von den in Absatz 5 dieses Paragraphen ge-nannten verantwortlichen Personen herauszugeben, und zwar in Mengen, die sofort benutzt werden sollen. Die Vaulleitung hat Fürsorge zu treffen, daß täglich vor Arbeitsbeginn die Laufpoden, Leitern, Leitergänge, Gerüste, Maschinen und sonstige Gerätschaften sowie Schutzvorrichtungen aller Art auf ihre Standfestigkeit und Sicherheit geprüft werden, daß die Benutzung mangelhafter befundener Gerüste, Geräte und sonstiger Betriebsmittel unterbleibt. Diese Fürsorge hat sich auch auf Unterkunftsräume, Bedürfnisanstalten und sonstige dem sanitären

Schutze der Arbeiter dienende Einrichtungen zu erstrecken. Insbesondere ist für genügendes, gesundes und frisches Trink-wasser Sorge zu tragen. Die Prüfung und Sicherung der Gerüste usw. besorgt, sofern der Baunternehmer sie nicht selbst aus-führt, der Polier oder, falls er nicht vorhanden ist, die von der Bau-leitung besonders beauftragte Person, die mit dem Gerüstbau und der Durchführung der Sicherheitsvorschriften völlig vertraut sein muß. Diese Personen sind den jeweilig beschäftigten Arbeitern und der Baupolizei bekannt zu geben. Normalvorschriften sind zu erlassen: für Sicherheitsvorrichtungen bei Abbrucharbeiten, Ausschachtung der Baugruben, Hoch- und Tief-bauten, Herstellung der Gerüste und Transportwege und für den Auf- oder Abstieg jeglicher Bauten unter Verantwortlichkeit ihrer Eigen-arten und des zu verwendenden Materials.

Zur Befolgung dieser Vorschriften ist in dem Bezirk jeder höheren Verwaltungsbehörde eine Kommission zu wählen, zu der Vertreter der Unternehmer und Arbeiter des Bauwerkes zu gleichen Teilen hinzuzuziehen sind und die auf Grund der Normalvorschriften Unfallverhütungsvorschriften für ihren Bezirk zu erlassen und jährlich mindestens einmal nachzuprüfen hat.

Die Aufsicht über die Ausführung der Bauten und die Durch-führung der Vorschriften untersteht besonderen Baupolizei-behörden, die von den Landesregierungen in der Regel für jede Gemeinde mit mehr als 10.000 Einwohnern eingerichtet werden. Diese Behörde besteht aus Baupolizeuleuten und technischen Beamten. Die Zahl der Baupolizeuleute ist so zu bemessen, daß jeder Bau mindestens einmal wöchentlich kontrolliert werden kann. Die Baupolizeuleute werden von den baugewerblichen Arbeitern nach dem Wahlverfahren der Gewerbevereine gewählt. Die Geschäftsführung der Baupolizei-behörden unterliegt der Oberaufsicht des Reiches. Ihre amtlichen Jahresberichte sind dem Bundesrat und dem Reichstage vorzulegen.“

Abg. Teimborn (Z.):

Detaillierte Vorschläge zur Einführung des allgemeinen Befähigungsnachweises sind in der Kommission nicht zutage getreten. Das lag wohl daran, daß die verbündeten Regierungen auf das Bestimmteste erklärt haben, daß sie sich auf einen solchen allgemeinen Befähigungsnachweis im Bauwesen unter keinen Umständen einlassen würden. Ferner spielte dabei wohl auch die Erwägung mit, daß das Handwerk sich nicht in allen seinen Teilen über diese Frage einig ist. Im Sinne des Reichstages hat viel-mehr ein allgemeiner Vorstoß nach dem kleinen Befähigungsnachweis in den Kreisen des Handwerks stattgefunden, der auch in der Kommission seinen Widerhall fand. Graf Posadowsky stellte eine Erklärung zu der Frage des kleinen Befähigungsnachweises in Aus-sicht. — Was die Vorlage selbst anlangt, so ist anzugeben, daß sie in weitem Umfang eine Sicherheit für solides Bauen schafft, als es durch den Befähigungsnachweis möglich gewesen. Freilich wird ihr der Vorwurf gemacht, daß sie der polizeilichen Aufsicht zu großen Spielraum läßt. Aber dieser Nachteil muß in Anbetracht genommen werden, wenn man die Gefahr einengen will, die daraus entspringt, daß ungeeignete Personen als Baunternehmer und Bauleiter auftreten. Der sozialdemokratische Antrag will jetzt schon bestimmte Schutzvorrichtungen in die Gewerbeordnung ein-führen; doch geschieht das wohl besser bei Gelegenheit des von der Kommission genehmigten Gesetzentwurfes über die Einführung von Vor-lagen. Meine Freunde stellen sich einstimmig auf den Boden des Gesetzentwurfes. (Bravo! im Zentrum.)

Graf v. Posadowsky: Ich möchte heute schon die Erklärung ab-geben, daß dem Bundesrat in den aller-nächsten Tagen eine Gesetzes-vorlage zugehen wird, inhaltlich deren das Recht zur Au-sbildung von Lehrlingen an die Erwerbung des Meistertitels ge-bunden wird. Es ist in dieser Vorlage auch vorgesehen, daß dem Titel „Baumeister“ oder „Baugewerksmeister“ in Zukunft ein ent-sprechender geschlicher Schutz beigelegt wird.

Darauf tritt Vertagung ein. Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung. Zweite Beratung des Gesetzentwurfes betreffend das Urheberrecht an Photographien.

Schluß 6 1/4 Uhr.

Der letzte Generalsekretär der Inter-nationalen.

Am Montag, den 20. Oktober, ist Genosse F. A. Sorge, der letzte Generalsekretär der Internationalen Arbeiterassoziation, in New York zur letzten Ruhe beilattet worden. Eine größere Zahl von Genossen und Freunden des Verstorbenen, so berichtet die „New Yorker Volkszeitung“, hatte sich zusammengefunden, um ihm die letzte Ehre zu erweisen. Besonders stark waren die Reste der Mitglieder der früheren Sektionen der Internationalen Arbeiterassoziation vertreten, in denen Sorge seinerzeit seine agitatorische Tätigkeit entwickelt hat und die dem Verstorbenen meistens persönlich nahegestanden sind. Im Namen der sozialistischen Partei Amerikas hielt Genosse Morris Hillquit eine meisterhafte Ansprache an die Trauerversammlung, in der er den Verstorbenen als einen Pionier der sozialistischen Bewegung in diesem Lande feierte und hervorhob, wieviel leichter von uns Nachfolgern dieser Pioniere die Agitation betrieben werden könne, nachdem die Bewegung große Massen der Arbeiterschaft ergriffe habe. Auf Hillquit folgte Ge-nosse Hermann Schlichter mit einer Rede, in der er den Kampf-character des Verstorbenen hervorhob und besonders auch seine Tätig-keit in der Sklavenfrage betonte, bei der der Verstorbene ein unermüd-licher Infortworter des schärfsten Vorgehens gegen die Sklavenfrage gewesen ist. Zusammen mit anderen radikalen Deutschen, wie Karl Heinzen u. a., bekämpfte Sorge damals das zahme Vorgehen der republikanischen Partei, die nur mit halbem Herzen gegen die Schmach der Sklaverei vorging und erst zu energischem Vorgehen gedrängt werden mußte. Nach Schlichter nahm noch ein Freund des Verstorbenen aus New Jersey das Wort, der auf die pädagogische Tätigkeit Sorges einging und die guten Charaktereigenschaften des Verstorbenen hervorhob. Dann wurde der Sarg geschlossen, in den Leichenwagen gehoben und zum Krematorium nach Fresh Pond gebracht, wo die Feuerbestattung vorgenommen wurde.

Die „New Yorker Volkszeitung“, die das treue Wirken des Entschlafenen aus jahrzehntelangen gemeinsamen Er-leben am besten zu würdigen vermag, hat ihm folgenden ehrenden Nachruf gewidmet:

„Der Abgang des Todes hat eine Innoceze Eide gefüllt. Ein Mann ist dahingegangen, der vor wenig Wochen noch durch seine Frische und Kraft, durch seine Weisheit und durch seine lebhafteste Teilnahme an allem, was mit dem Befreiungskampfe der Arbeiterklasse zusammenhing, die Freude seiner Freunde war. Mit Friedrich Adoff Sorge ist einer der letzten Ver-treter der ersten Generation der internationalen Arbeiterbewegung gestorben. Sie werden nicht, die Reihen jener Männer, die der Sturm des Jahres 1848 an Americas Strand geschleudert hat; nicht er aber noch wird die Ehre jener Kreuze, die auch im Alter sich ihr jugendliches Herz gewährt haben, die auch in der Neuen Welt eine neue Welt erstrebten, die diesseits des Wassers fallenden helfen, was sie drüben über dem Ocean in jungen Jahren be-

Kannan. Mit F. A. Sorge ist einer ihrer letzten Vertreter, wenn nicht der letzte von uns gegangen.

In dem Leben, das jetzt abgeschlossen vor uns liegt, hat der Kampf der Arbeiterklasse eine Rolle gespielt, wie in wenigen Leben nur. Bis zu den Tagen, in denen der Körper den Befehlen des Geistes nicht mehr gehorchen wollte, in denen der Geist selbst schon mürbe ward — bis zu den letzten Tagen dieses langen Lebens also, hat der Verkörperung jede Regung der Arbeiterbewegung mit klarem Auge verfolgt, jede Phase derselben kritisch betrachtet, hat er dem internationalen Befreiungskampfe des Proletariats seine vollste Aufmerksamkeit gewidmet.

Der Kampf der Arbeiterklasse — das war sein Element; das war es, was seinem Leben Inhalt gab. Ihm war das Wort, daß die Befreiung der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiter selbst sein muß, in Fleisch und Blut übergegangen, und nichts konnte mehr seinen Horn erregen, als wenn irgend jemand aus bürgerlicher Hand Gaben für das Proletariat erwartete.

Wie hätte er die bürgerlichen Reformer, die sich der Arbeiterbewegung zu bemächtigen suchten, um ihre eigenen kleinen Zwecke zu fördern! Wie zornig konnte Sorge werden, wenn jemand auch nur Nebenwünschliches für die Arbeiter vom freisinnigen Bürgerium erwartete! Es war etwas Stilles in diesem knorrigen Charakter, ein gewisser Zug, der nichts Halbdes zuließ, und Sorge ist denn auch nie ein Vertreter der Halben gewesen.

Die volle Liebe dieses Mannes gehörte dem kämpfenden Proletariat. Dessen Kampf zu fördern, galt all sein Streben. Die Zusammengehörigkeit der Arbeiter aller Nationen war ihm selbstverständlich, und lange Jahre war seine Tätigkeit dem einen Ziele zugewandt, in der amerikanischen Arbeiterklasse den Ideen der Internationalen Boden zu geben. Wie oft sind die Vertreter und Wortführer der amerikanischen Arbeiter zu ihm, dem Deutschen, nach Hoboken hinübergewandert, um in Fragen der Arbeiterbewegung Rat und Hilfe bei ihm zu suchen!

Und nicht nur die Arbeiter Amerikas, nein, auch die Wortführer der Arbeiter Europas, des internationalen Proletariats haben sich oftmals an Sorge gewandt, um seinen Rat einzuholen, wenn es sich um einen wichtigen Schritt im Kampfe der Arbeit handelte. — Und Marx und Engels gaben etwas auf den Rat ihres Freundes.

Und nun ist auch dieser jenen beiden ins Reich der Schatten gefolgt, und F. A. Sorge ist von uns geschieden!

Er wird von dem kämpfenden Proletariat beider Welten nicht vergessen werden.

In einem Gedenkartikel entwirft unser New Yorker Parteiblatt ein Bild von dem reichen Leben des verdienten Kämpfers.

„Mehr als fünf Jahrzehnte lebte Sorge in Hoboken und dessen nächster Umgebung, bis er sich am Ersten dieses Monats (des Oktobers) zur Ueberföbelung nach New York, in das Haus eines Freundes, entschlief. Schon kränzlich, als er den Wohnungswechsel vornahm, wurde er bald darauf dauernd ans Bett gefesselt, bis er gestern ruhig und friedlich einschlummerte.“

Friedrich Adolph Sorge wurde am 9. November 1827 in Tschonewitz bei Wittenberg in Preussisch-Sachsen als Sohn eines kinderreichen Pfarrers geboren.

Sein Vater war trotz seines Berufes ein freisinniger Mann, der harte Kämpfe mit der orthodoxen Geistlichkeit durchzuführen hatte und der seinen Kindern eine vorzügliche Erziehung gab. Frühzeitig schon wurden die Kinder in das politische Leben eingeführt. Pfarrer Sorge war revolutionäres Geistes, und in den vierziger Jahren war sein Haus längere Zeit eine Station der „unterirdischen Eisenbahn“, die von Frankreich und Belgien durch Deutschland nach Polen führte, wie man den geheimen Weg bezeichnete, auf dem man die revolutionären Agenten Polens von Station zu Station beförderte, um sie nicht den Behörden in die Hände fallen zu lassen.

In dieser Umgebung und unter diesem Einfluß wuchs unser F. A. Sorge auf, der, nachdem er der Schule des Vaters entwachsen war, im Französischen Stift in Halle seine weitere Ausbildung erhielt.

War es bei der Umgebung, in der Sorge aufwuchs, ein Wunder, daß der junge Mann, als der revolutionäre Sturm des Jahres 1849 losbrach, voll Interesse und voller Eifer sich in die freiheitliche Bewegung warf, in der auch sein Vater als Redner und Agitator eine Rolle spielte?

Rommersche Truppen besetzten die Provinz Sachsen, und der junge Sorge beschloß, nachdem er sich einen Militärlausub erwirkt hatte, in die Schweiz zu gehen, um die Entwicklung der Bewegung abzuwarten und helfend einzugreifen, wo Hülfen nötig machen möchte. Im Frühling 1849 reiste Sorge ab.

Kaum hatte er den Fuß auf schweizerischen Boden gesetzt, als die Nachricht eintraf, daß der Großherzog von Baden geflohen sei, daß das Militär sich empört habe und daß die revolutionäre Bewegung dort in hohen Flammen emporzuschlage. Sofort eilte Sorge, zusammen mit August Büllich, der im Sezessionskriege zum General ernannt wurde, nach Karlsruhe. Hier schloß er sich dem Karlsruher Freikorps an und beteiligte sich mit diesem an verschiedenen Gefechten gegen die Preußen, sowohl in der Pfalz, als auch auf badischem Boden, bis die revolutionäre Armee über die Schweizer Grenze ging und entwaflnet wurde.

Mit anderen seiner Kameraden vom Revolutionsheere wurde Sorge in Freiburg interniert. Von dort wandte er sich nach Genf, wo er im September 1849 anlangte.

In Genf herrschte damals ein reges Flüchtlingleben, an dem Sorge nun jugendfröhlich teilnahm. Er suchte seine Existenz durch Musikunterricht zu fristen, aber es ging ihm dabei recht kümmerlich, und recht oft darbt und hungerte er, wie viele seiner Kameraden. Hier war es, wo Sorge zuerst mit der Arbeiterbewegung in Verbindung kam. An der Spitze des Genfer „Deutschen Arbeiterbildungsvereins“ stand damals Wilhelm Liebknecht als Präsident. Diesem Verein schloß sich auch Sorge an und beteiligte sich lebhaft an den Sitzungen und Debatten des Vereins.

Hier in Genf war es auch, wo Sorge zuerst Einsicht in den proletarischen Kampf der Arbeiterklasse erhielt und wo er zuerst mit kommunistischen Ideen in Verbindung kam. Unter den in Genf lebenden Flüchtlingen befand sich ein gewisser Zmandt aus den Rheinländern, der in Genf eifrige Propaganda für den Kommunismus machte, dessen Ideen er sich aus den Schriften von Marx und aus der „Neuen Rheinischen Zeitung“ angeeignet hatte. Dieser Zmandt vermittelte Sorge die ersten kommunistischen Anschauungen und brachte ihm die ersten Begriffe über die theoretischen Grundlagen der Arbeiterbewegung bei.

In Genf trat Sorge mit einer ganzen Reihe von Männern in Verbindung, die damals schon einen bekannten Namen hatten, oder die sich später einen solchen erworben. Er verkehrte mit Albert Gaiser, dem Gründer des Schweizer Grüllvereins, dann mit dem Kommunisten Röske Gsch, mit Liebknecht, Dronke, J. Ph. Weyer, ferner mit Frey Kamm und Frey Jacoby, die beide in der New Yorker Arbeiterbewegung in den fünfziger Jahren eine Rolle spielten, und mit vielen anderen. Auch mit den leichtlebigen Leuten von der „Schwefelbände“ hatte Sorge Verkehr und beteiligte sich des öfteren an deren Streichen, die sich gegen Spießhüt, Regierung, Polizei und alle Welt richteten.

Sorge lebte in Genf bis zum 1. August 1851, nachdem die dortige Polizei ihm wie vielen anderen Flüchtlingen es nahegelegt hatte, daß es besser für ihn sei, wenn er Genf und die Schweiz verlasse.

Ueber Frankreich ging Sorge nun nach Belgien, nach Lüttich, wo ein Bruder von ihm lebte. Dort nahm er Arbeit in einer Schneidereiwerkstätte, dann erhielt er einen Posten in einer Privatschule als Lehrer der deutschen Sprache. Doch nicht für lange. Im März 1852 wurde er per Zwangspass aus Belgien ausgewiesen, nachdem er die ganze Zeit über unter Polizeiaufsicht gestanden hatte. Da Sorge von dem Kriegsgericht in Lüttich wegen seiner Beteiligung am badischen Feldzuge zum Tode verurteilt worden war, konnte er nicht nach Deutschland zurückkehren. Er wandte sich deshalb nach London, wo er Karl Marx aufsuchte, den er dort zum erstenmal sah. Friedrich Engels war er schon früher flüchtig begegnet. Bald zeigte sich, daß in Englands Hauptstadt nicht auf eine bürgerliche Existenz für den Flüchtling zu rechnen war. Er beschloß nun, nach Australien zu gehen. Der englischen Sprache unkundig und an einem Choleraanfall leidend, schiffte er sich an Bord eines Schiffes ein, das ihn dann aber nicht nach Australien, sondern nach — New York brachte, in dessen Hafen er am 21. Juni 1852 landete.

In New York hatte Sorge dieselben Erfahrungen zu machen, die Hunderttausende von eben Eingewanderten vor und nach ihm auch schon durchgemacht haben. Entbehrung und Not ärgster Art waren zu Beginn seines Aufenthalts in diesem Lande oftmals seine Begleiter. In den verschiedensten Gewerben war Sorge tätig, um seinen Lebensunterhalt zu erwerben. Er war Schneider, Weddler, Goldwarenarbeiter, er war Musiker und Hauslehrer und Viehgeschälte. Seine erste regelmäßige Arbeit erhielt er im Dezember 1852 in der Bundeshalle des Weillingschen Arbeiterbundes in Beekman Street, wo er auch später noch oft als Klavierpieler zu finden war.

Nach und nach glückte auch unserem Sorge die Schaffung einer bürgerlichen Existenz. Ein tüchtiger Musiker, der er war, gelang es ihm, sich als Lehrer der Musik einen geachteten Namen nicht nur, sondern auch eine erträgliche Existenz zu gründen. Hunderte seiner Schüler leben noch in New York, Hoboken und Umgegend, die ihre musikalische Ausbildung der Tüchtigkeit Sorges als Musiklehrer verdanken. Mehr als ein Jahrzehnt wirkte Sorge auch als Lehrer der Musik an der Hoboken Academie, zu deren Gründern er gehörte, wie er denn überhaupt in Hoboken eine rege öffentliche Tätigkeit entfaltete, nachdem er Mitte der fünfziger Jahre dahin übergesiedelt war. Im August 1854 verheiratete sich Sorge mit der Frau, die heute als Witwe an seinem Grabe weint. In mehr als fünfzigjähriger Ehe waren Sorge und sein treues Weib Nützliches vereint. Der Ehe entsprossen drei Kinder, zwei Söhne und eine Tochter, von denen ein Sohn und die Tochter, beide schon erwachsen, den Eltern im Tode vorangingen. Der älteste Sohn Adolph lebt in Chicago.

Bis zum Jahre 1857 hatte Sorge um die Eringung einer Existenz zu kämpfen und konnte sich deshalb nur nebenbei mit der Arbeiterbewegung beschäftigen. In diesem Jahre wurde der Kommunistenklub in New York durch Albert Rapp gegründet, und bald beteiligte sich Sorge lebhaft daran. Er vertrat den Verein auch in der Öffentlichkeit, z. B. als Redner auf einer Feier der Junischlacht. Nach Beendigung des Krieges, der die Arbeiterbewegung zunächst lähmte, finden wir Sorge hervorragend tätig im „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein“, der dann als Sektion I der Internationalen Arbeiterassoziation eine so hervorragende Rolle in der New Yorker Arbeiterbewegung spielte hat.

Vom Jahre 1868 bis 1878 ist der Name Sorges nicht bloß mit der New Yorker, sondern auch mit der Arbeiterbewegung des ganzen Landes aufs engste verknüpft. An der „Sozialen Partei“, die sich 1868 in New York bildete, nahm Sorge als Vorsitzender des Exekutivkomitees und als Redner lebhaftes, tätiges Anteil. Dann kam die Zeit der Internationale, die großen New Yorker Demonstrationen gegen den Krieg des Jahres 1870, die Kämpfe der jungen Arbeiterbewegung gegen das bürgerliche Reformertum, kurz, jene ganzen Vorgänge, die zusammen die Geschichte der Internationale in diesem Lande bilden. In allen diesen Vorgängen nahm Sorge tätigen Anteil, und oftmals war er der Führer im Kampfe.

Dann kam der Haager Kongress der Internationale, und Sorge wurde als einer der amerikanischen Delegaten nach Brüssel geschickt. Dort trat er nun in persönliche Beziehungen zu Karl Marx und Friedrich Engels, mit denen er schon seit einigen Jahren schriftlich verkehrte. Der Verkehr mit diesen beiden Männern erweiterte sich zu einem intimen Freundschaftsverhältnis, das angehalten hat, bis der Tod jenen beiden zuerst die Augen schloß.

Die Korrespondenz, die zwischen Marx, Engels und einigen anderen bekannten Sozialisten und F. A. Sorge geführt wurde, ist dieser Tage bei J. B. Diez in Stuttgart erschienen. Es ist Sorge leider nicht vergönnt gewesen, seinen Briefwechsel, der für die Geschichte der Arbeiterbewegung von bleibendem Werte ist, noch gedruckt vor Augen zu bekommen.

Als der Haager Kongress den Sitz des Generalsekretariats der Internationale nach New York verlegte, wurde Sorge bald mit dem Generalsekretariat desselben betraut, eine Stellung, für die er sich seiner Sprachkenntnis, seines Wissens, seines außerordentlichen Ordnungssinnes halber am besten eignete. Die Korrespondenz, die Sorge in dieser Stellung zu bewältigen hatte, war eine ganz außerordentliche, wie denn der jetzt Verstorbene bis zu seinem Lebensende in schriftlichem Verkehr mit zahlreichen Genossen in allen Ländern der Erde geblieben ist.

Als dann der Vereinigungskongress in Philadelphia im Jahre 1876 die verschiedenen Richtungen der sozialistischen Bewegung in diesem Lande zusammengebracht hatte, da verfolgte zwar Sorge die Bewegung noch mit aufmerksamer Auge, und unter der Hand suchte er wohl auch noch auf sie einzuwirken, aber von der öffentlichen Tätigkeit zog er sich immer mehr zurück. Er ward nur wenig noch in Versammlungen und öffentlichen Zusammenkünften gesehen, aber die paar Freunde, die regelmäßig mit ihm verkehrten, können bezeugen, welche großes Interesse er der Arbeiterbewegung in allen Ländern und in allen ihren Formen bis zu seinen letzten Lebensjahren entgegenbrachte.

Friedrich Adolph Sorges Namen ist mit einem der besten Abschnitte der amerikanischen Arbeiterbewegung aufs engste verknüpft. So lange es eine Arbeiterbewegung gibt, wird auch Sorges Namen damit verbunden sein, nicht bloß hier in Amerika, sondern in der ganzen Welt, soweit unterdrückte Arbeiter um eine bessere Zukunft ringen.

Die Landeskongress der Sozialdemokratie Polens und Litauens.

Warschau, 14. November. (Fig. Ver.)

Anfang November fand in Warschau unsere erste Landeskongress nach dem im Juni abgehaltenen 5. Parteitag statt. An der Konferenz nahmen 19 Personen teil, von denen 4 nur beratende Stimme hatten. Es waren anwesend zwei Delegierte von Lodz, zwei von Warschau, zwei vom Lubliner Kreis, zwei vom Gieschloß, einer vom Radomer, einer vom Lubliner Partei-

komitee, zwei von der Zentralkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften Polens, einer von der militär-revolutionären Organisation, vier vom Parteivorstand der Sozialdemokratie Polens-Litauens und Litauens und zwei vom Zentralkomitee des Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes.

Die Debatte über die Frage: „Wählen oder nicht wählen?“ bildete den wichtigsten Punkt der Verhandlungen, obwohl natürlich erst der Beschluß der allgemeinen Parteikonferenz für uns maßgebend sein wird. Wie bekannt, waren wir früher aktive Wahlkämpfer. Später geriet ein Teil der Genossen ins Schwanken. Sie bekehrten sich zu der Ansicht, daß der erste Wahlpunkt ein taktischer Fehler war, daß die Taktik der Sozialdemokratie Polens die Situation im ganzen Reich im Auge halten müsse und daß vom Standpunkte der Revolution aus fürs ganze Reich am richtigsten sei der Anschluß der revolutionären Bauern-Arbeitergarde an die Arbeiter-Avantgarde.

Eine zweite Gruppe von Genossen betrachtete den ersten Wahlakt nicht als einen Fehler, erklärte aber, daß die jetzige politische Situation unsere Teilnahme an den Wahlen erfordere. Früher wohlwollterten wir die Wahlen, jetzt will uns die Regierung behindern, an ihnen teilzunehmen! Wir müssen in die Duma gehen, um von der Höhe ihrer Tribune herab das Volk zum bewaffneten Aufstand für die Reichssituation aufzurufen. Wenn wir nicht wählen, so bleiben wir außerhalb jeder politischen Aktion.

Die dritte Gruppe von Genossen will den Boykott weiter durchführen. Ihr Hauptargument für den Boykott ist das folgende: Die Duma kommt zustande, weil in den Kreisen der russischen Bauern- Demokratie noch konstitutionelle Illusionen leben. Wir können aber unsere Taktik nicht nach den zurückgebliebenen Bevölkerungsanteilen richten. Wir haben keine Illusionen. Sagen wir es den Massen, und bleiben wir außerhalb der Duma. Im Moment, wo der Zusammenstoß der Regierung mit den Bauern erfolgt, werden sie sich an unsere Mahnworte erinnern.

Die Zahl der Wahlkämpfer auf der Parteikonferenz war gleich der Zahl der Anhänger der Teilnahme an den Wahlen. Es wurde kein Beschluß über die Wahlen gefaßt, da die Entscheidung ja sowieso in den Händen der allgemeinen Parteikonferenz liegt. Da sich jedoch alle Delegierten bemüht waren, daß die allgemeine Parteikonferenz höchst wahrscheinlich die Teilnahme an den Wahlen beschließen wird, so wurde eine Resolution gefaßt über die praktischen Schritte, die wir noch vor der Konferenz tun müssen, damit wir die spätere Teilnahme an den Wahlen ermöglichen.

Von großer Wichtigkeit war noch die Frage der Vereinigung mit dem Allgemeinen jüdischen Arbeiterbund auf dem Territorium von Polens-Litauen. Wegen der tatsächlichen Differenzen zwischen den beiden Organisationen kam keine Grundfrage für die Vereinigung zustande. — Es wurde dann die Frage der Vereinigung unserer Gewerkschaften mit denen des „Bund“ erörtert.

Der Bund gründet gleich sozialdemokratische Gewerkschaften, er ist wie wir Gegner des Nationalitätenprinzips in der Gewerkschaftsorganisation. Aus allen diesen Gründen ist die Vereinigung unserer Gewerkschaften mit denen des Bundes möglich. Der zu diesem Zwecke angenommenen Resolution gemäß wird die Zentralkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften Polens die Frage mit der Kommission der Gewerkschaften vom „Bund“ besprechen, wonach unsererseits ein definitiver Beschluß auf dem 1. Gewerkschaftskongress, der in nächster Zeit stattfinden wird, gefaßt werden soll. Nach einer kurzen Debatte über den Stand unserer Gewerkschaften wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Mit Freude bestätigt die Konferenz, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften trotz ihrer illegalen Existenzbedingungen nicht nur einen verhältnismäßig hohen Stand der Entwicklung erreicht, d. h. nicht nur eine stabile und wachsende Anzahl Mitglieder, die jetzt 35 000 beträgt, gewonnen und verhältnismäßig bedeutende Reservesfonds gesammelt haben, trotzdem sie regelmäßig die durch das Statut vorgeschriebenen Unterhaltungen ausgaben, sondern daß sie auch auf dem Wege schwerer und unermüdlicher Kämpfe trotz der ungeheuer schweren Handelskrisis in der kurzen Zeit ihrer Existenz für die Mitglieder der Gewerkschaften und die arbeitende Masse solche Verbesserungen in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen errungen haben, wie sie noch keine ausländische Gewerkschaft unter so schweren Bedingungen und in so kurzer Zeit erreicht hat.“

Die Konferenz bestätigt mit Nachdruck, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften ihre herrliche Entwicklung und ihre Errungenschaften trotz ihrer illegalen Existenzbedingungen und trotz der Handelskrisis ausschließlich der Kampfmethode und dem sie belebenden Geiste der revolutionären Sozialdemokratie verdanken.

Im auch ferner die intimste geistige Einheit der sozialdemokratischen Gewerkschaften mit der Sozialdemokratie, um den bisherigen revolutionären Geist zu erhalten, empfiehlt die Konferenz den Parteiorganisationen und den Vorständen der Gewerkschaften — außer den organisatorischen Mitteln, die auf dem Kongress der sozialdemokratischen Gewerkschaften unter Teilnahme der Partei beschlossen werden —, sich eifrig zu bemühen, 1. daß in den Gewerkschaften energisch die sozialdemokratische Propaganda entfaltet wird; 2. daß einerseits die Gewerkschaftler Parteimitglieder werden und am Parteileben als Mitglieder der Fabriks-Mahonorganisationen und Parteivereine Anteil nehmen, andererseits daß die Mitglieder der Partei in die Gewerkschaften eintreten.“

Der Arbeiter-Freund.

Voranschlag für den Etat der Landesversicherungsanstalt Berlin.

Der Ausschuss der Landesversicherungsanstalt Berlin beschäftigte sich in seiner Sitzung vom 12. November mit der Etatsberatung für 1907 und mit der Abnahme der Jahresabrechnung für das Jahr 1905. Der stellvertretende Vorsitzende Herr Barndt eröffnete die Sitzung mit der Mitteilung, daß ein Schreiben des ersten Vorsitzenden des Ausschusses, Ingenieur Herrn Verwardt, eingegangen ist, in welchem derselbe mitteilt, daß er — A. — sein Amt als Vorsitzender niederlegt, da ihm ein Zusammenarbeiten mit dem Vorsitzenden der Anstalt, dem Herrn Dr. Freund, nicht möglich sei. Ferner sind zwei Beschwerden der Angestellten der Anstalt Lichtenberg eingegangen. Eine dieser Beschwerden — eine Verfügung des Herrn Dr. Freund über die Verhaltensvorschriften für die Angestellten — ist im „Vorwärts“ bereits besprochen. (Nr. 237 vom 11. Oktober 1906.) Die zweite betraf das Verhalten eines Oberwärters.

Darauf leitete Dr. Freund die Verhandlungen zu den Voranschlägen des Etats für das Jahr 1907 ein. Er sagte etwa folgendes: Es sei allgemein die Ansicht verbreitet, daß die Anstalt im Gelde schwimme und zu ihrem Vermögen im Verhältnis wenig leiste. Das ist ein Irrtum. Die Einnahmen aus dem Markenerlöse werden auch für die Versicherten ausgegeben. Die Bilanz ergibt eine Einnahme von 9 000 000 M., und eine Ausgabe von 8 822 000 M. Ein Ueberschuß ergebe sich nur aus den Zinsen und den Erstattungen der Krankenlosen. Nicht unerwähnt wolle er lassen, daß die Berliner Anstalt für die anderen Anstalten in Deutschland die Kosten mit tragen helfe. Trotz der Kosten für die Heilanstalten, Jahnertsch, Invaliden- und Altersrenten, die fast die ganzen Einnahmen des Markenerlöses aufbrauchen, haben wir keine Beschränkungen zu beugen. Die Altersrenten sind im Verbesserungszustand eingetreten, der Höhepunkt ist bereits erreicht worden. Wenn auch die Zahl der Invalidrentner noch im Steigen begriffen ist, so ist dennoch ein bedeutender Rückgang in der Steigerung eingetreten; danach dürfte auch hier in einigen Jahren der Kulminationspunkt erreicht sein. Die Steigerung der Rentner ist von 26 000 auf 10 800 zurückgegangen. Der Bau der Lungenheilstätte Berlin ist beendet; nur das Sanatorium für weibliche Personen soll noch eine Ausdehnung erfahren und er (Redner) hoffe, daß dieses mit 3 000 000 M. zum Abschluß gebracht kann.

Bei dieser Gelegenheit wolle er nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß von verschiedenen Seiten und Parteien der Vorwurf erhoben wurde, daß die Veeliker Heilstätten zu luxuriös gebaut wären. Inzwischen in dem Bau des Wichows-Krankenhaus hat die Landesversicherungsanstalt Berlin eine glänzende Rechtfertigung erfahren, denn die Stadtgemeinde Berlin ist in unsere Fußstapfen getreten.

Große Schwierigkeiten bereitet die Fleischversorgung für die Anstalt. Infolge der Fleischverknappung ist es nicht nur schwer, Fleisch zu erhalten, sondern es gelingt auch nicht immer, gute Qualität des Fleisches zu bekommen.

Zum Schluß bemerkt Herr Dr. Freund noch, daß infolge einer Statistik, die auf Grund der umgelauchten Invalidentarten aufgenommen wurde, der Dienstbotenmangel bestätigt ist. Ohne Abgang der Beschäftigten ist durch die Statistik festgestellt, daß der Uebertritt von Dienstboten in die gewerblichen Berufe im Jahre 1904 von 2298 auf 2225 im Jahre 1905 gestiegen ist. Dadurch würden die gewerblichen Betriebe mit billigen Arbeitskräften übersättigt.

Hierauf nimmt Eugen Brückner, Vertreter der Versicherenden, das Wort. Der Redner fährt etwa folgendes aus: Bevor ich zum Etat selbst komme, möchte ich auf einige Ausführungen des Herrn Dr. Freund eingehen. Wir, die Arbeitnehmer, haben die Befürchtung, daß einmal die Ausgaben die Einnahmen übersteigen könnten, wie geteilt; wir sind uns darüber völlig klar, daß ein Beharrungsstand in der Zahl der Rentner früher oder später eintreten wird und muß. Wenn unsere Anstalt bis zu einem gewissen Grade die Ausgaben für andere Anstalten tragen muß, so liegt die Ursache hierfür besonders in den ungesunden Verhältnissen in den agrarischen Bezirken. Nicht selten sind hier die Hinterziehungen der Beiträge durch die Arbeitgeber — und oft in großem Maßstabe — zu verzeichnen. Daß hierdurch die Arbeiter besonders schwer geschädigt werden, indem dieselben um ihre Renten kommen, ist wohl einleuchtend. Wir sind einige Fälle bekannt, in welchen die Arbeiter um ihre Rechte gekommen sind, allweil die Arbeiter wohl die Beiträge abgezogen wurden, diese indeffen an die betreffende Landesversicherungsanstalt nicht abgeführt sind. Wir sind ferner der Meinung, daß für die Heilanstalten in nächster Zeit keine außergewöhnlich hohen Ausgaben mehr gemacht werden können, da nach Herrn Dr. Freund ja nur noch das Sanatorium für weibliche Personen eine Ausdehnung erfahren soll und hierfür die Summe von 8 000 000 M. zu reichend ist. Wenn weiter über die luxuriöse Ausstattung der Veeliker Anstalt in Veelitz geschrieben und gesprochen wurde, dann möchte ich Herrn Dr. Freund bemerken, daß es diejenigen Parteien waren, die gegen jeden Fortschritt sind. Dagegen hat die sozialdemokratische Partei mit ihrer Anerkennung für die Veeliker Heilstätten niemals zurückgehalten.

Ferner legen wir Wert darauf, daß Herr Dr. Freund in seiner amtlichen Eigenschaft als Vorsteher der Anstalt bestätigt hat, daß durch die Grenzsteuer die Fleischsteuerung derartige Dimensionen angenommen hat, daß die Fleischversorgung für die Heilstätten erschwert wird.

Was endlich den Uebertritt der Dienstboten in die gewerblichen Berufe betrifft, so soll hier einmal zum Ausdruck gebracht werden, daß die Ursache hierfür in der Gesamtbesetzung liegt. Sämtlichen dieser noch immer vorfindlichen Verhältnissen, nicht aber unserer modernen Zeit angepaßt ist. Wollen Sie nicht, daß die Dienstboten als Vollbrüder der gewerblichen Arbeiterinnen erscheinen, dann beseitigen Sie die Gesamtbesetzung, die in unserer modernen Zeit nur eine Schmach bedeutet.

Kun noch einiges zum Etat selbst. Bei dem Besoldungsplan können wir uns des Eindrucks nicht erwehren, daß die Gehaltsstufen ungleich ist, daß die Zulagen zugunsten der höheren Beamten bemessen und die unteren Beamten schlechter bedacht sind. Ganz besonders rügen wir bei den Mehrausgaben für Kanzleiarbeiten, daß es einzelne Beamte gibt, die neben ihrem Pflichtpensum noch so viel Ueberschüsse leisten konnten, daß der Verdienst der Ueberarbeit fast dem Gehalt gleichkommt. Wir wünschen dringend, daß dieser höchst ungesunde Zustand beseitigt wird. Weiter möchte ich daran erinnern, daß der Ausschuh im vorigen Jahre beschlossen hatte, für die weibliche Abteilung des Sanatoriums in Veelitz eine Vergin anzustellen. Der Vorstand der Anstalt wurde gebeten, der Anstellung eines weiblichen Arztes näher zu treten. Wir bedauern außerordentlich, daß der Vorstand den Beschlüssen und Wünschen des Ausschusses nicht Rechnung getragen hat, wir erheben hiermit den Wunsch, daß in Zukunft auf unsere Beschlüsse und Wünsche, die doch nur dem Interesse der Anstalt dienen, seitens des Vorstandes mehr Rücksicht genommen wird.

Redner bemängelte dann den Etat bezüglich der Heilstätte B I. In Veelitz sind die bürgerlichen Zeitungen in vier Exemplaren ausgelegt, der „Vorwärts“ dagegen wird nicht nur nicht ausgelegt, sondern es werden den Abonnenten des „Vorwärts“ auch noch Schwierigkeiten bereitet. Wir müssen verlangen, daß hier die strengste Parität gewahrt wird. Wir müssen ferner verlangen, daß der „Vorwärts“ nach unseren Satzungen auch Publikationsorgan ist, daß vom Vorstand eine Verfügung erlassen wird, daß sämtliche Publikationsorgane, also auch der „Vorwärts“, in der Anstalt ausgelegt werden.

Ich wende mich nun zu der rigorosen Verfügung für das Personal in Lichtenberg. Der Rimbud der Arbeiterfreundlichkeit des Herr Dr. Freund, mit welchem derselbe sich zu umgeben wählte, ist durch die Verfügung ein für allemal zerstört. Wenn es in dieser Verfügung heißt: „mit Ergebenheit seinen Vorgesetzten begegnen“, so hat die Anstalt als Arbeitgeber der Angestellten von denselben keine „Ergebenheit“, sondern nur Pflichterfüllung zu verlangen. Die Anstalt muß bei ihren Verfügungen doppelt vorsichtig sein, damit jeder Schein, als sollte den Angestellten das Koalitionsrecht verklümmert werden, von vornherein beseitigt wird. Derjenige, der Herrn Dr. Freund als Vorkämpfer auf sozialpolitischem Gebiet gehalten hat, ist durch die von Herrn Dr. Freund gebilligten Verfügungen eines anderen befehrt worden. Ferner bringt der Redner einen Fall der Heilstätte Gerodessee zur Sprache und tritt lebhaft für die Bewilligung des Beschwerdeerechts an die Kranken ein.

Redner interpellierte den Herrn Dr. Freund wegen der Entziehung der Hypothek, die für das Gemerkschaftshaus hergegeben war. In seiner bekannten Broschüre auf Seite 13 behauptet Herr Dr. Freund, daß das Gemerkschaftshaus ein sozialistisches Unternehmen sei. Die Partei hat nicht einen Pfennig zu dem Bau hergegeben. Wir sind Sozialdemokraten und sind stolz darauf, solche zu sein. Dessen ungeachtet werden die Fälle für jedermann ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit zu Veranstaltungen hergegeben. Das unterscheidet uns zu unserem Vorteil von den anderen Parteien. Das Gemerkschaftshaus mit der Herberge ist ein gemeinnütziges Unternehmen, welches sehr wohl die Unterstützung der Anstalt verdient. Es kommt mir darauf an, dieses hier festzustellen, weil Herr Dr. Freund die Entziehung der Hypothek vom Gemerkschaftshaus damit motiviert. Die Motivierung entspricht nicht den Tatsachen. Herr Dr. Freund erklärt, die famose Verfügung sei ohne sein Wissen und ohne seinen Willen in die Welt gegangen. Den Angestellten von Lichtenberg sollte durch die Verfügung nur der Weg nach der Redaktion des „Vorwärts“ verlegt werden. Die Arbeiter haben ihr Beschwerdeerecht, ihre Beschwerden werden entgegengenommen und gewissenhaft geprüft. Wenn die Verfügung heute noch besteht, so soll dieselbe vorläufig bestehen bleiben. Vor dem „Vorwärts“ soll es keine Angst. Die Aufhebung der Verfügung könnte indeffen leicht als Schwäche ausgelegt werden. Wenn die Arbeiter sich unter sich besprechen, so habe er nicht dagegen; kann es indes nicht dulden, wenn ein Handlanger erklärt, der Sachverhalte sei ein Streikbrecher, es soll sich niemand von ihm rollieren lassen. Die Verfügung sei ihm sehr unympathisch; er habe auch den betreffenden Beamten sofort rektifiziert. Wenn der „Vorwärts“ nicht in seiner bekannten (1911) Manier gehet hätte, sondern lediglich die Tatsachen gebracht, dann wäre die Verfügung längst aus der Welt.

Herr Israel, Vertreter der Arbeitgeber, wünscht, daß auch statistisch festgestellt würde, wieviel gewerbliche Arbeiterinnen zu den Dienstboten übergehen. (Zwischenruf: Reinel.) Er bespricht

es übrigens, daß die Gesamtbesetzung die Ursache für den Wechsel sei.

Dahne, Vertreter der Versicherenden: Alle die unangenehmen Differenzen wären vermieden worden, wenn Herr Dr. Freund dem mehrfachen und einstimmig gefassten Beschlusse des Ausschusses, Arbeiterausweise ins Leben zu rufen, nachgekommen wäre. Daß das Beschwerdeerecht des einzelnen Arbeiters nur eine Farce sei, ist doch nichts Neues.

Herr Mai, Arbeitgeber, pflichtet dem bei.

E. Fränker, Vertreter der Versicherenden, weist die Angriffe des Herrn Dr. Freund auf den „Vorwärts“ energisch zurück. Die Kommission in der gegebenen Art zu kritisieren, halte er einfach für seine Pflicht.

Simanowski, Vorstandsmitglied der Landesversicherungsanstalt, ist der Ansicht, daß die Anstalt auch nach Fertigstellung des Baus in Veelitz noch andere Heilstätten weiter belegen muß. Darauf wird der Etat einer Kommission zur Beratung überwiesen. In die Kommission werden je 4 Arbeitnehmer und Arbeitgeber und je ein Erntmann gewählt. Der Kommission sind sämtliche Schriftstücke vom Vorstand zu unterbreiten.

Darauf findet die Abnahme der Jahresrechnung für 1905 statt. Berichterstatter ist Herr Rothe, Vertreter der Arbeitgeber. Bei Titel 5 Kapitel X ist für die Inventarien die Ausgabe im Voranschlag auf 4100 M. vorgesehen. Dieser Betrag ist um 70 399,36 M. überschritten. Nach den vom Ausschuh angestellten Ermittlungen soll diese Ueberschreitung mit der Innenaussattung des Verwaltungsbüros zusammenhängen. Diese Ausgaben sollen auf Mehrausgaben zurückzuführen sein. Da hierfür insgesamt nur Beträge bis 50 000 M. ausgeworfen sind, so liegt hier eine Ueberschreitung des Etats von gar 20 000 M. vor. Weiter muß gerügt werden, und wir verlangen Aufklärung, ob es notwendig war, für Ueberstunden an das Bureau- und Kanzleipersonal 8400 M. auszugeben. Es ist festgestellt, daß ein Kanzlist in 25 Tagen täglich 12 Stunden gearbeitet hat. Das sind Zustände, deren Beseitigung dringend gefordert werden muß. Die Anstalt hat durch Beleihung des Gemerkschaftshaus durch die städtische Sparkasse 4 Proz. Zinsen derselben auf 4 Jahre im voraus = 2369 M. zahlen müssen. Daraus geht hervor, daß die Uebertragung der Hypothek für die Anstalt mit Kosten verbunden war. Dr. Freund teilt mit, daß unter den 70 000 M. die Ausgabe für das Automobil enthalten ist. Bezüglich der Ueberstunden bemerkt der Redner, daß dieselben notwendig waren, sollten die laufenden Arbeiten erledigt werden. Berücksichtigt man noch werden, daß Erkrankung unter den Beamten und der Urlaub mit zu Ueberstunden Anlaß gegeben haben.

Brückner, Vertreter der Versicherenden: Was bei der Ueberstundenarbeit am meisten befremdet, ist, daß die Anstalt die Heimarbeit eingeführt hat. (Zwischenruf.) Jawohl, Heimarbeit, meine Herren, denn die Beamten bekommen ihre Arbeit mit nach Hause. Dagegen müssen wir uns auf das entschließen wehren. Bezüglich der Hypothek kann wohl von einer Transaktion keine Rede sein. Ich muß bemerken, daß der Vorstand in diesem Falle die Gelder der Anstalt nicht verwaltet hat, wie ein Vormund die „Mündelgelder“ verwalten soll. Bemerken möchte ich noch, daß es besonders bedenklich war, wenn der Vorstand die Hypothek einem gemeinnützigen Institut entzieht, selbst wenn ihm dadurch Kosten entstehen, dagegen aber beträchtliche Summen an Private verleiht.

Brückner, Vertreter der Versicherenden: Was bei der Ueberstundenarbeit am meisten befremdet, ist, daß die Anstalt die Heimarbeit eingeführt hat. (Zwischenruf.) Jawohl, Heimarbeit, meine Herren, denn die Beamten bekommen ihre Arbeit mit nach Hause. Dagegen müssen wir uns auf das entschließen wehren. Bezüglich der Hypothek kann wohl von einer Transaktion keine Rede sein. Ich muß bemerken, daß der Vorstand in diesem Falle die Gelder der Anstalt nicht verwaltet hat, wie ein Vormund die „Mündelgelder“ verwalten soll. Bemerken möchte ich noch, daß es besonders bedenklich war, wenn der Vorstand die Hypothek einem gemeinnützigen Institut entzieht, selbst wenn ihm dadurch Kosten entstehen, dagegen aber beträchtliche Summen an Private verleiht.

Soziales.

Das Martyrium eines Hamburger Waisenknecht in Kiel.

Anfang Mai schilderten wir an dieser Stelle nach der Darstellung der „Schleswig-Volkszeitung“ die Leidensgeschichte eines in Kiel als Lehrling untergebrachten Hamburger Waisenknecht, der durch die Mißhandlungen und Quälereien seines Lehrherrn in den Tod getrieben worden war. Das unglückliche traurige Schicksal des armen, „von Gott und aller Welt verlassen“ Jungen wird gewiß noch manchem unserer Leser in schmerzlicher Erinnerung sein.

Im April d. J. wurde durch die Schraube eines Dampfers im Kieler Hafen die bereits stark in Verwesung übergegangene Leiche eines etwa 16-17 Jahre alten jungen Menschen aufgefunden. Die Behörde konnte alsbald feststellen, daß es sich um den beim Drechslermeister Hehne in Kiel in der Lehre gefahrenen Derrmann M a g, einen Jünger des Hamburger Waisenhauses, handelte. Alle Anzeichen deuteten darauf hin, daß der Ertrunkene freiwillig den Tod gesucht hatte. Unser Kieler Parteiorgan stellte sodann Ermittlungen an, die in der Veröffentlichung der auch von uns wiedergegebenen erschütternden Leidensgeschichte des Verstorbenen ihren Abschluß fanden. Daraus ging mit an Gewißheit grenzender Wahrscheinlichkeit hervor, daß der unglückliche Junge durch die systematischen Mißhandlungen seines Lehrherrn zu dem verzweifelten Schritt getrieben worden war. Kurz vor seinem Tode hatte er sich in höchster Not an seinen Prediger, den Pastor Michaelson in Kiel, der die Lehre vermittelt hatte, gewandt, aber auch dieser hatte ihm keinen Beistand gewähren können. Auch die Kieler Drechslerinnung hatte sich nicht veranlaßt gesehen, einzuschreiten, obwohl der Allgemeinheit des Gesellenausschusses die skandalöse Behandlung der Lehrlinge bei Hehne in einer Sitzung zur Sprache gebracht hatte; natürlich — ist doch Herr Hehne Obermeister der Innung! Nachdem dann der unglückliche M a g eines Abends im Februar wieder aufs unmenslichste geprügelt worden war, verstand er, kein Gahn hätte nach ihm getraut, wäre nicht circa 3 Monate später durch einen Zufall seine Leiche aus Tageslicht gefördert worden. Und auch dann noch wäre er ohne weiteres Russen verscharrt worden, hätte sich nicht die „Schleswig-Volkszeitung“ seiner Sache angenommen.

Die Veröffentlichungen unseres Kieler Parteiorganes haben seinerzeit in Kiel allgemeine Empörung über die darin aufgedeckte Schandwirtschaft hervorgerufen. Herr Hehne kündigte an, daß er das sozialdemokratische Blatt, das ihn an den Pranger gestellt hatte, wegen Verleumdung verklagen würde. Aber es kam anders. Die Staatsanwaltschaft konnte nicht unthin, sich mit der Sache zu beschäftigen, und das Ergebnis ihrer Untersuchungen war, daß sich Drechslermeister Hehne am Freitag vor der Kieler Strafammer wegen Körperverletzung mit gefährlichem Werkzeug, begangen in zahlreichen Fällen, zu verantworten hatte.

Die Anklagebehörde hatte einen umfangreichen Zeugenapparat aufgeboden. Die Beweisaufnahme, die sich bis in den späten Nachmittag hin zog, ergab ein wahrhaft grauenhaftes Bild von der Behandlung, der die jugendlichen Opfer des Angeklagten ausgesetzt waren. Danach war die Lehre beim Obermeister der Drechslerinnung für die passiv Beteiligten die reine Hölle. Den ganzen Tag über wurden die jungen Leute geschimpft und geschlagen. Die midelste Form der Mißhandlung waren Ohrfeigen, deren Spuren noch stundenlang zu sehen waren. Herr Hehne pflegte aber auch mit dem „ersten, besten“ Gegenstande, der ihm zur Hand war; mit Tischbeinen, Geländersprossen, Latzen und dergl. zuzuhauen. Einmal schlug er einen Lehrling mit einem Rattenende, in dem sich ein Nagel befand, ins Gesicht, so daß ein Verband angelegt werden mußte. Sein liebtes Mißhandlungsmittel aber war ein doppelt zusammengelegter Gummischlauch. Mindestens einmal in der Woche wurde ein Lehrling blutig geschlagen. Zu diesem Zwecke pflegte Hehne die Jungen mit in den Keller zu nehmen, weil man dort „ungehör“ war. Außerdem wurden die Jungen unmenslich abgerauft. Bis spät in die Nacht und Sonntags bis in den Nachmittag hinein mußten sie schreien, so daß sie schließlich, wie einer von ihnen als Zeuge bezeugt, nicht mehr wußten, wo ihnen der Kopf stand. In der Nachtbarkeit hersehete über das fortwährende Schimpfen und Gebote in der heuschrecke Werkst die größte Enttäuschung.

Der Gausmeister einer benachbarten Gastwirtschaft bekundete, daß Hehne den jungen M a g kurz vor dessen Verschwinden mit einer circa 5 Zentimeter dicken Geländersprosse geschlagen habe. Eine ganze Anzahl Drechslergesellen, von denen einer wegen der brutalen

Behandlung der Lehrlinge die Arbeit bei Hehne verlassen hatte, sagten übereinstimmend aus, daß sich die schlimmsten Mißhandlungen in der untern Werkstätte abspielten hätten. Man habe zwar nicht immer die Mißhandlung direkt wahrgenommen, aber man habe trotz des in dem Arbeitsraum herrschenden Getöses das Geschrei der Jungen und das Klatschen der Schläge oben hören können. Des öfteren sei ein Lehrling nach oben gekommen, aus Mund und Nase blutend. Der Lehrling Cohn habe einmal Verletzungen im Gesicht gehabt und das eine Ohr war ihm eingerissen. Bei einer anderen Gelegenheit habe er gebittet „wie ein Schwein“. Ein Junge sagte seine Einbrüche dahin zusammen, daß ein Droschkenkutscher unbedingt wegen Tierquälerei belangt werden würde, wenn er sein Pferd derartig behandelte, wie Hehne seine Lehrlinge. Stöße mit der geballten Faust gegen die Zähne, Ohrfeigen, daß der Kopf des Geschlagenen hin- und herflog, Schläge mit dem doppelt genommenen Gummischlauch und allen möglichen Gegenständen, Tritte mit den in Holzpantoffeln stehenden Füßen, sind nach der einmütigen Aussage sämtlicher Augenzeugen die tägliche Behandlung der Lehrlinge gewesen. Am schlimmsten sei dem unglücklichen M a g mitgegeben worden.

Der Angeklagte suchte zwar diesen und einen anderen Jungen, namens Cohn, dessen Behandlung gleichfalls eine wesentliche Rolle im Anlagematerial spielte, als besonders schmutzig und faul hinzustellen, indeffen konnte von sämtlichen Zeugen, die aus persönlicher Beobachtung ein Urteil über die beiden Lehrlinge abgaben, kein einziger etwas Nächstes über sie vorbringen. Der erkrankene M a g sei zwar etwas minder begabt, aber äußerst willig gewesen. Höchst bezeichnend war die Aussage eines Zeugen, daß den Kerntsen meistens dann eine Mißhandlung zuteil wurde, wenn sie, insbesondere bei der Arbeit, nicht das geringste Verschulden traf. M a g sei schließlich vollständig verängstigt geworden. Einem Zeugen gegenüber äußerte er kurz vor seinem Verschwinden, daß er es nicht länger aushalten könne und schließlich sich gezwungen sehe, einen verzweifelten Schritt zu tun. Dagegen haben zwei als Zeugen geladene Hamburger Waisensinspektoren bei Hehne durchaus nichts Verdächtigendes wahrnehmen können, und auch der Pastor Michaelson, bei dem dem eines Tages der verstorbene M a g weinend seine Zukunft gesucht hatte, ließ sich durch Hehnes Versicherung, daß der Junge die Schläge verdient habe, beruhigen! —

Der Staatsanwalt ging in seinem Plaidoyer mit dem Angeklagten das ins Gericht und hielt ihm unter Ausdrücken der schärfsten Kritik die ganze Liste seiner Schandthaten, als durch die Weisendeherhebung nachgewiesen, vor. Um so größerer Erstaunen erregte es daher, als der Anklagevertreter trotz alledem „nur“ in zwei Fällen gefährliche Mißhandlung für vorliegend erklärte und eine Geldstrafe beantragte.

Der Gerichtshof sprach den Angeklagten der einfachen Körperverletzung in zwei, der fahrlässigen in fünf Fällen, der vorläufigen Körperverletzung mit gefährlichem Werkzeugen in 12 Fällen für schuldig. Die Angaben der Zeugen werden in dem Urteil als völlig glaubwürdig bezeichnet. Das Vorgehen des Hehne sei als ungeheuerer Brutalität und Ausfluß roherer Wut zu charakterisieren. Der Gerichtshof hält es dagegen nicht für erwiesen, daß M a g vorsätzlich in den Tod gegangen sei oder durch die Mißhandlungen des Hehne dazu getrieben worden sei. Mit 300 Mark Geldstrafe hielt schließlich das Gericht die in Urteil selber als schärfste gebrandmarkten Schandthaten für hinreichend gesühnt, indem es dem Hehne seine bisherige Unbescholtenheit und seinen heiligen Charakter als mildere Umstände zugute hielt.

Wer der Verhandlung aufmerksam gefolgt war, mußte von diesem im Strafmaß unerklärlichen Spruch weniger übermäßig sein. Also in der Jugendvernehmung einer der Gesellen anhefte, daß er es überhaupt nicht begreifen könne, wie man dazu komme, Lehrlinge zu schlagen, meinte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor D e l b r ü c k, darüber könne man wohl geistiger Meinung sein, ob es bei Lehrlingen ohne Ohrfeigen abgehe oder nicht.

Wir sind nicht der Meinung, daß durch Strafen geföhentes Unrecht wieder gut gemacht werden kann, aber das sei doch mit aller Deutlichkeit ausgesprochen: Durch das Urteil der Kieler Strafammer ist das Martyrium und der Tod des unglücklichen M a g für das öffentliche Rechtsempfinden nicht im entferntesten gesühnt.

„Arbeiterkongress“

Vom 20. bis 22. Januar 1907 findet der zweite Deutsche Arbeiterkongress statt, und zwar in Berlin. Dazu sind eingeladen außer den Verbänden, die an dem Frankfurter Kongress teilgenommen haben, alle diejenigen Verbindungen der Arbeiter, Arbeiterinnen, Gehilfen, Bedienten und Angeestellten, die „auf dem Boden der christlichen Weltanschauung“, der „nationalen Gesinnung“ und eine Fortführung der Sozialreform anstreben zu wollen behaupten.

Der Kongress ist nach der Art seiner Zusammensetzung geeignet, den rückschrittlichen Plänen der Regierung Vorspanndienste zu leisten. Sympathischer als ein sogenannter Arbeiterkongress, der diese Wirkung geht, ist offene Reaktion gegen jede Sozialpolitik.

Rentenquerschnit auf Grund des sächsischen Knappschaftsgesetzes.

Der ehemalige Häuer beim Zwidauer Steinlohlenbauverein, Wötcher aus Lauterbach bei Dölsnitz i. B. erlitt im Jahre 1893 bei der Ausübung seines Berufes einen Bruch des linken Armes. Er wurde dadurch auf längere Zeit erwerbsunfähig, nahm aber dann die Arbeit wieder auf und war dann ununterbrochen bis zum 24. Februar 1904 tätig, als sich dann Kniebeschwerden einstellten und er wieder in ärztliche Behandlung gehen mußte. Infolgedessen konnte er auch die Arbeit nicht wieder aufnehmen. Er erkrankte nun am 1. September 1905 beim Bergbauerngericht in Zwidau gegen die Knappschaftspensionskasse Klage und verlangte, ihm vom 15. November 1905 zunächst eine Halbinvalidenrente in Höhe von 1,90 M. pro Woche, im Falle der gänzlichen Erwerbsunfähigkeit aber eine solche von 3,80 M. wöchentlich zu gewähren. Er machte geltend, daß er, entgegen der Ansicht der Pensionskasse, die Arbeit nicht freiwillig aufgegeben habe, sondern er sei lediglich durch den Unfall außer Arbeit gekommen, auch habe er nie beabsichtigt, die Arbeit gänzlich aufzugeben. Die Knappschaftskasse stellte sich dagegen auf den Standpunkt, daß W. freiwillig das Arbeitsverhältnis gelöst habe und sie deshalb auch nicht zur Rentenzahlung verpflichtet sei. Das Bergbauerngericht in Zwidau hat dann auch Wötcher mit seiner Klage abgewiesen. Auf die hiergegen erhobene Anfechtungsklage beim sächsischen Obergerverwaltungsgericht hat dieses die Entscheidung aufgehoben und die Knappschaftspensionskasse des Zwidauer Steinlohlenbergbauvereins verurteilt, dem Kläger das als Halbinvalidenrente zukommende Invalidengeld vom 18. November 1905 an zu bezahlen, ferner auch dem Kläger eine Invalidenrente von 3,80 M. zu gewähren, da die Voraussetzungen zum Bezuge der Rente für Vollinvaliden vorliegen. Zur Begründung dieser Entscheidung führte das sächsische Obergerverwaltungsgericht aus: Die Vererdigung zum Bezuge einer Unterfüllung fällt nach § 17 des Knappschaftsstatutats dann weg, wenn ein Mitglied nach vorhergegangenem Bezuge von Unterfüllung vom Kassenvorstand auf Grund eines Zeugnisses des Knappschaftsarztes für wieder arbeitsfähig erklärt worden ist und die verlangte Wiederannahme der Arbeit verweigert hat. Dieser § 17 ist in diesem Streitsfall nicht anzuwenden, da eine freiwillige Niederlegung der Arbeit von seiten des W. nicht erfolgt ist. Daraus folgt die Verpflichtung der Kasse zur Zahlung der Pension.

Wasserkraft am 19. November. Höhe bei Ruffig — 1,12 Meter, bei Dresden — 1,38 Meter, bei Magdeburg + 1,08 Meter. — U n t e r a: bei Straßburg — 1,07 Meter. — Oder bei Rathor 1,07 Meter. — Rheinmündung + 1,34 Meter. — Oder bei Briege + 1,63 Meter. — Oder bei Haslau Unterpögel — 1,32 Meter.

Gemeinschaftliche Versammlung der Stukkateure, Rauhputzer und Spanner

Freitag, den 23. November, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engel-Ufer 15 (großer Saal).

Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zu den Vereinbarungen zwischen dem Verband der Stukkateure (Filiale Berlin) und der Sektion der Gips- und Zementbranche, Verband der Maurer (Alfordarbeit). Referent: Genosse Gaeje. 2. Diskussion. 143/15
Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwarten
Die Einberufer.

Arbeitervereiner-Verein Berlin.
Donnerstag, 22. November, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engel-Ufer 15 (Saal 5):
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht aus den Anlässen der Reichsversicherungsanstalt (Rekurs- und Revisions-Umschuldungen.)
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Gäste haben Zutritt.
Die Versammlungen finden jeden vierten Donnerstag im Monat statt.
53/13
Der Vorstand.

Fliesenleger und Hilfsarbeiter
Heute abends 8 Uhr, im „Neuen Klubhaus“, Kommandanten-
straße 72:

Ankerordentliche General-Versammlung
des Ortsvereins Berlin Abt. I und II.
Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zur 5. Konferenz. 2. Fortsetzung der Diskussion von der letzten Versammlung. 3. Gewerkschaftliches. 207/5
Mitgliedsbuch legitimiert. — Es sind ganz besonders die Mitglieder der Firma Rosenfeld zu dieser Versammlung eingeladen.
Der Vorstand.

Landmannschaft der Schleswig-Holsteiner zu Berlin.
Mittwoch, 21. November (Bußtag), abends 7 Uhr, in Feuersteins Fest-
saal, Alte Jakobstraße 75: 286/5

Das Tal des Lebens. Dittorischer Schwank in vier
Aufzügen von Max Dreger.
Rezitationsvortrag des Herrn Emil Walkotte.
Landsleute sowie Gäste sind willkommen. Eintritt 30 Pf.
Johannisthaler Volksgarten.

Am Bußtag frische Blut- u. Leberwurst in allbekanntester Güte
wogu freundlichst einladet
Otto Senffleben.
30002*

Tegelort. Restaurant „Zum Schwan“ Tegelort.
Ich empfehle mein Lokal zum Bußtag Vereinen und Herrenpartien.
Die Köchlein: frische Blut- u. Leberwurst. Selbst geschlachtet.
Nachtungslohn Rob. Jurock.

Ein schmackhaftes Mittagessen am Bußtag ist
Seelachs pro Pfund 30 Pf.
Cablian pro Pfund 35 Pf.
Schellfisch pro Pfund 40 Pf.
Hans Zillich, Fischhandlung,
Badstr. 67, Ecke Hochstraße.
2850b

Ausnahme-Offerte!
Statt 5 Mark für nur 2 Mark.
Für jeden Politiker. — Für jeden Gebildeten. — Von der Presse
glänzend besprochen.
Holbachs Soziales System
über natürliche Prinzipien der Moral u. Politik m. e. Unternehmung
über den Einfluß der Regierung auf die Sitten. Nach dem Original
überliefert von A. Umminger. 554 Seiten Hart.
Otto Hütterleins Versand-Buchhandlung, München.
(Königsplatz 4, Schuler) Schillerstr. 48.
Verlag geg. Nachnahme od. Voreinsendung d. Betrages (Bonto extra).

Größte Puppen-Fabrik Berlins
P. R. Zierow,
Berlin N. 37, Schönhauser Allee 179.
Eigene Fabrikation. Gekleidete Puppen.
Größtes Lager v. Kugelgelenkpuppen,
Häutchen, Köpfen, Perücken, Puppen-
artikeln und allen Ersatzteilen.
Reparaturen bitte schon jetzt an meine
Firma gelangen zu lassen.
Kein Laden. Auch Einzelverkauf.

**5 Pf. kostet eine Tasse reine
delikate Fleischbrühe**
Quaglio's Bouillonkapseln
Wo keine Verkaufsstelle, Versand franco ab Fabrik: Berlin O., 27.

Wacholder-Extrakt Marke „Medico“
ein rein natürliches u. heilkräftiges, seit Jahrhunderten glänzend bewähr-
tes Hausmittel mit wunderbarsten Erfolge wirkend, besitzt gegen
Nervenleidens, Gicht, Rheumatische, Blasenleiden, Versäueren
des Urins, Blasenentzündungen, Frauenleiden, Hämorrhoiden, Hämorrhoiden auf
Borst u. Lunge und reinigt das Blut in der vollkommensten Weise.
Vermöge seiner abtödtenden, ausgleichenden Eigenschaften leistet er bei
verschieden u. unheimlichsten Beschwerden unbeschreibliche Dienste und wirkt, die
Wirkung u. Nierenleiden bekämpfend, unbeschreiblich in wohlthätiger
Weise ein. Niemand sollte, ganzheitlich rein u. unverfälscht aus
in Flaschen mit Marke „Medico“ 75 Pf. u. 1.50 u. 2.50 zu
bestellen durch:
**Otto Reichel, Berlin SO. 43, P.-Anstaltstraße
Eisenbahnstr. 4, IV. 4751, 4752, 4753.**
Wo in den Drogerien u. Apotheken nicht erhältlich, Besuche hier frei Haus.
Man verlange ausdrücklich „Medico“ und nehme keinesfalls
brüchlich Marke „Medico“ andere Fassungen.

Orts-Krankenkasse
der
Nadler u. Siebmacher
zu Berlin.
Sonntag, den 2. Dezember 1906.
vormittags 10 Uhr, im Gewerkschafts-
haus, Engel-Ufer 15, Saal 5:
**Ordentliche
General-Versammlung**
Tages-Ordnung:
1. Wahl von drei Vorstands-Mit-
gliedern (1 Arbeitgeber, 2 Arbeit-
nehmer).
2. Verlesung der Protokolle.
3. Wahl des Rechnungs-Ausschusses
pro 1906.
4. Antrag des Vorstandes auf Wä-
nderung des § 13 des Statuts.
5. Verschiedenes.
Die Wahl zum Vorstand findet für
die Arbeitgeber um 9 1/2 Uhr statt.
Die Wahl findet für die Herren Arbeit-
geber und Arbeitnehmer getrennt statt.
Berlin, den 16. November 1906.
Der Vorstand. 213/11
Robert Schmidt, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse
der **Gelb- und Zinngießer**
zu Berlin.
Auf Grund des § 64 des Statuts
geben wir den Mitgliedern und
Arbeitgebern bekannt, daß der in der
General-Versammlung vom 28. Febr.
begn. 1. August 1906 beschlossene,
unter dem 8. Rat begn. 16. Oktober
1906 vom Bezirks-Ausschuss genehmigte
1. Nachtrag des Kassensatuts am
Montag, den 3. Dezember 1906 in
Kraft tritt.
Zur Wänderung gelangen: § 13
Abt. 1 Ziffer 3, § 30, § 50 Abt. 2
Ziffer 2, § 64.
Druckexemplare dieser Wänderung
erhalten die Mitglieder von ihren
Arbeitgebern.
Berlin, 30. November 1906.
Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse
der **Gelb- und Zinngießer**
zu Berlin.
Am Mittwoch, den 28. Nov. 1906,
abends 8 Uhr, findet im Lokale des
Herrn Wollschläger, Wollbergstr. 21, die
General-Versammlung
statt, wozu die Vertreter für das Jahr
1906 hiermit eingeladen sind.
Tages-Ordnung:
1. Verlesung der Protokolle.
2. Entwurf eines Vorstands-
mitgliedes. 2847b
3. Neuwahl von vier Vorstands-
mitgliedern.
4. Wahl des Ausschusses zur
Prüfung der Rechnung des laufenden
Jahres.
5. Verschiedenes.
Berlin, 20. November 1906.
Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse
der **Gelb- und Zinngießer**
zu Berlin.
Am Mittwoch, den 28. Nov. 1906,
abends 8 Uhr, findet im Lokale des
Herrn Wollschläger, Wollbergstr. 21, die
General-Versammlung
statt, wozu die Vertreter für das Jahr
1906 hiermit eingeladen sind.
Tages-Ordnung:
1. Verlesung der Protokolle.
2. Entwurf eines Vorstands-
mitgliedes. 2847b
3. Neuwahl von vier Vorstands-
mitgliedern.
4. Wahl des Ausschusses zur
Prüfung der Rechnung des laufenden
Jahres.
5. Verschiedenes.
Berlin, 20. November 1906.
Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse
der **Stadt Schöneberg.**
Donnerstag, den 29. Novbr. 1906,
abends 8 Uhr,
im Wilhelmshof, hier, Ebersstr. 82,
heiner Saal 1. Treppe:
**Ordentliche
General-Versammlung.**
Tages-Ordnung:
1. Wahl von Vorstandsmitgliedern
für eine zweijährige Amtsdauer u. g.
b) 2 Arbeitgeber,
a) 3 Arbeitnehmer.
2. Wahl dreier Revisoren der Jahres-
rechnung 1906.
3. Aufhebung der Eintrittsgelder
bei Gründung der Beiträge.
4. Unfallversicherung des Portiers.
5. Verschiedenes. 213/13
Schöneberg, den 17. November 1906.
Der Vorstand.
E. Flamm. R. Geist,
Vorsitzender. Schriftführer.

Nur bei geschlossenem Bezug ein-
Kommiss. von 19 verschied.
Ware, lief. gemäss vollständigem
risikolose Beding. uns Fr. u.
Gratisprop. an Jedermann
mit 60 Ct. Extra-Rabatt z. B.
1a Koohzucker Pfd. 0,99
1a Zucker Pfd. 0,13, 2. Tafel-
zucker Pfd. 0,08, Schweden
p. Pack (10 Schacht.) 0,05 usw.
Deutsch. War.-Eink.-Ver. Berlin 47
Hoflager, Leipzigerstr.
101/102 (Equitable),
Chausseestr. 1a, Oranien-
str. 60, Kreuzberg-
str. 30 (ab 15/11), Schö-
neberg, Hauptstr. 129
32 Seilstr. Hauptkatalog
Preis 0,25 wird bei 1. Kom-
miss.-Bezug zurückvergütet.

Freie Volksbühne

Herbst-Fest

Sonnabend, den 24. November, abends pünktlich 8 1/2 Uhr,
in der

**Brauerei Friedrichshain (früher Lipps):
Russischer Tondichter-Abend.**

Mitwirkende:
Fr. Grete Steffens (Lieder zum Orchester) und das **Mozartsaal-Orchester** (60 Künstler).
Zur Aufführung gelangen unter
anderen folgende Komponisten: **Tschaikowsky, Rubinstein, Großmann, Glinka.**
Aus dem Programm ist hervorzuheben: Overture 1812: Der Brand von Moskau. Andante cantabile
aus dem Streichquartett op. 11. Ballettmusik a. d. Op. Feranors.
Festmarken nur bei sofortiger Bestellung zu haben in allen Zahlstellen a 60 Pf. inkl. Programm.
Nach dem Konzert: **Festball.**

Mittwoch, den 21. November (Bußtag):
Berliner Theater: | **Neues Schauspielhaus:**
Nachmittags 3 Uhr: | 18. Abteilung u. abends 8 Uhr: 1 Abteilung:

7/8. Abteilung: | **Sonntag, den 25. November:**
9/10. Abteilung: | 2/3. Abteilung:
Ora et labora | **Der Sturm.**
und **Eine Abrechnung.**

19. Kunstabend im Rathaus: | **20. Kunstabend im Rathaus:**
Goethe Beethoven | **Liliencron Bierbaum**
Mittwoch, den 5. Dezember. | Freitag, den 4. Januar.

Freies Kunstheim. Flugblätter und Antwortkarten liegen in allen Zahlstellen aus.
Die Mitglieder werden ersucht, schleunigst Gebrauch davon zu
machen. **Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.**

Orts-Krankenkasse
für
Friedenan.
Einladung
zur
General-Versammlung
am Mittwoch, den 28. November 1906,
abends 8 1/2 Uhr,
im Restaurant „Gesellschaftshaus“,
Rheinstr. 14.
Tages-Ordnung:
1. Verlesung des Protokolls. 2. Ber-
richt des Vorstandes. 3. Wahl des
Ausschusses zur Prüfung der Jahres-
rechnung (ein Arbeitgeber, zwei Arbeit-
nehmer). 4. Antrag des Vorstandes:
Besetzung über eine den im Kranken-
haus untergebrachten unverschuldeten
Mitgliedern bei der Entlassung aus
demselben zu gewährenden Unter-
stützung. 5. Nachtrag zum § 14 des
Statuts. 6. Verschiedenes.
213/14
Der Vorstand.
Herrn Schölzel, Vorsitzender.
Wah. Stolte, Schriftführer.

Stelias
über 600 Stück
(alle Pelzarten),
sowie alle sonst.
Pelzwaren.
Muffen, Kolliers
Nur eig. Fabrikat
aus best. Material.
Streng reell.
Kein Zwischen-
händler, daher sehr
billig.
F. Kalman
Kürschnerstr.
75, Dresdenerstraße 75
vorn II, 2. Haus v. Thalia-Theater.
Verk. auch Sonntags, u. Wochen-
tags v. 8 Uhr früh bis 9 Uhr abds. *

A. B. Koch
Kohlen-Groß-Handlung
Berlin O. 34, Brombergstr. 15.
Preis für nur 1a Marken ab Maß
von 10 Jtr. an: [29102*
**Preis 1a Halbkiste (bestimmte
Marken):** pr. Jtr. 85 Pf.
1a Diamant (110 bis
120 Stk.) 90 Pf.
1a Jisse u. Astu. 95 Pf.
1a Anthrazit-Cobb. 2,20 Pf.
Roth, Steinkohlen usw. zu den
billigsten Tagespreisen. Anlieferung
frei Stecker je nach Quantum pr. Jtr.
10-15 Pf. mehr. — Bei Original-
Bragens und größeren Abchlüssen
verlangen Sie meine Spezial-Karte.

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung liefert
elegante fertige Herrenmoden
Bestellungen nach Maß. tadellose
Ausführung eigener Werkstatt.
Spezial-Geschäft für
Herren-Bekleidung.
Kein Waren-Kreditgeschäft.
J. Kurzberg
An der Jannowitzbrücke 1, I.
Bahnhof Jannowitzbrücke.

C. Giesen, Juwelier, SO., Oranienstr. 165a.
empfiehlt sein reichhaltiges Lager in
Juwelen, Uhren, Gold-, Silber- und Alfenidewaren.
Spezialität: **Trauringe.** | 1 Dukaten 900/1000 . . . 10,00
6 kar. 833/1000 . von 4,00 an | 1 1/2 Dukaten 900/1000 . . . 15,00
14 kar. 585/1000 von 6,00 an | 2 Dukaten 900/1000 . . . 20,00
Namen gravieren gratis.
Passende Weihnachtsgeschenke
in solidester Ausführung zu billigsten Preisen.
Streng reelle Bedienung. 2962L* **Feste Preise.**

Der Dänische Kapitän-Kautabak
ist vom Patentamt gesetzlich geschützt, es ist daher strafbar,
andere Tabake unter dem Namen
„Kapitän-Kautabak“ zu veräußern.
Man achte genau auf den in jedem Stiefel befindlichen
Zettel mit der Aufschrift:
Dänischer Kapitän-Kautabak (gef. gef. 75658).
Gen.-Vertr.: C. Röcker, Berlin O., Gröner Weg 112. Um 7, 8, 9, 10.
Zu haben in den meisten Zigarrengeschäften.

Billigste u. beste Schreibunterlage, mit aus-
reichendem Bucherständer, verhindert ge-
drückte Stellung beim Schreiben, schont die
Augen. Auf jedem Tisch aufzustellen, ele-
gant u. solide gearbeitet, hübsch lackiert.
Schönstes Weihnachts-Geschenk!
Versand franco gegen Nachnahme.
Größe I für Kinder bis 14 Jahren
Mark 5,50.
Größe II für Erwachsene
Mark 7,50.
Sögel Möbelfabrik
S. m. b. H.
SÖGEL L.H. Für
Kinder
u. Erwachsene.

**H. & P. Uder, Berlin SO. 16,
Engel-Ufer 5.**
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.
Spezialität: **Nordhäuser Kautabak**
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 2454L*
Amt 4, 3014.

Zahnärztliche Klinik
Bella-Allianzestr. 106 I.
Schmerz! Zahnziehen unentgeltlich.Bei künstl. Zähnen, Plomben etc.
Hohe Bezahlung von Gold-, Silber-
sachen u. Kleidungsstücken etc.
Sonntags 10-12 Uhr.

Leihhaus
Berlin, Anklamstr. 2
Charlottenburg, Friedrich-Richardstr. 12.
Hohe Bezahlung von Gold-, Silber-
sachen u. Kleidungsstücken etc.

Möbel Bürgerliche
Wohnungs-
Einrichtungen
eventuell auch auf Teilzahlung
Paul Burow's Möbel-Fabrik
Berlin SW., Lindenstraße 105.

Wir erhalten mit dem Ersuchen um Veröffentlichung folgende

Erklärung.

In den letzten Wochen sind die Einrichtungen und Zustände der Vorwärtsbuchdruckerei in der Öffentlichkeit Gegenstand lebhafter Auseinandersetzungen zwischen einem Teil des Segepersonalis und der Geschäftsleitung gewesen.

Demgegenüber halten wir uns verpflichtet, folgendes zu erklären: Die Vorwärtsbuchdruckerei ist vor vier Jahren auf Wunsch der Genossen Groß-Berlins gegründet worden. Die Gründer gingen dabei von der Absicht aus, daß die aus dem Unternehmen fließenden Gewinne sozialpolitischen Zwecken dienstbar gemacht werden sollen, wobei selbstverständlich dem im Geschäft tätigen Personal günstige, über die allgemein üblichen hinausgehende Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen seien.

Nach diesem Grundsatz ist bisher gehandelt worden. Daneben besteht die Einrichtung, daß Wünsche, Forderungen und Beschwerden des Personals, wenn die Entscheidung der Geschäftsleitung nicht befriedigt, an die Firmeninhaber und die denselben beigeordnete Rechnerkommission zur Endentscheidung gehen. Vor dieser Entscheidung haben die Beschwerdeführer oder Antragsteller Gelegenheit gehabt, ihren Standpunkt in gemeinsamer Besprechung zu vertreten. Erst dann wurde endgültig Bescheid gefaßt, und wenn auch nicht alle Wünsche erfüllt werden konnten, so konstatieren wir, daß die Anliegen soweit irgend möglich erfüllt worden sind.

Wir können also ohne Annäherung sagen, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in ihrer Gesamtheit in unserem Betriebe günstiger sind als in einer anderen Buchdruckerei Berlins. Um so verwunderter, ja verletzter müßten wir sein, als in den Darlegungen und Angriffen, die ein Teil des Segepersonalis gegen unseren Geschäftsführer, Genossen Richard Fischer, richtete, Vorwürfe erhoben wurden, die geeignet sind, unseren Betrieb in einem ungünstigen Licht erscheinen zu lassen.

Wir stellen fest, daß Genosse Richard Fischer bei seinen Dispositionen ausschließlich das Interesse des ihm anvertrauten Geschäftes wahrzunehmen bestrebt war und daß, wenn er nicht immer sofort den an ihn gestellten sehr zahlreichen Wünschen und Forderungen entsprach, er dies mit den ihm obliegenden Pflichten gegen das Geschäft nicht vereinbaren zu können glaubte. Daher lassen sich die gegen ihn gerichteten Vorwürfe in keiner Weise rechtfertigen, umfoweniger als die endgültig getroffenen Maßnahmen mit unserer Zustimmung erfolgten.

Wir müßten daher annehmen, daß, was das Geschäftspersonal an Wünschen, Beschwerden oder Forderungen zu erheben gehabt hatte, durch die vorangegangenen Verhandlungen und Entscheidungen für beide Teile erledigt war. Wenn nun trotzdem und wider Erwarten das Personal der Meinung war, daß es noch besondere Klagen und Beschwerden gegen unseren Geschäftsführer, Genossen Fischer, zu erheben hatte, so konnten wir beanspruchen, daß dieselben in der gewohnten Weise mit uns gemeinsam zum Austrag gebracht würden.

Statt dessen wurde vorgezogen, sie zum Gegenstand öffentlicher Erörterungen zu machen, die durch die Art und Weise, wie sie gepflogen wurden, nicht nur das Geschäft, sondern auch die Parteinteressen auf das Schwerste schädigten — zur Freude unserer Gegner. Wir können hierüber nur unser tiefstes Bedauern aussprechen.

An unsere Gegner aber, welche diese öffentlichen Auseinandersetzungen für ihre unaufrichten, arbeitserfindlichen Parteizwecke auszunutzen versuchten, müßten wir die Frage richten, was geschehen würde, wenn in einem bürgerlichen Betriebe beschäftigte Arbeiter in so freier, ja rücksichtsloser Weise gegen die Leitung desselben vorgehen und sie zum Gegenstand beständiger Angriffe machten. Die eine Tatsache, daß dieses bei uns geschehen kann, beweist mehr als alle Auseinandersetzungen, welche ein Unterschied in der Stellung des Arbeiters in einem sozialdemokratischen gegenüber der in einem bürgerlichen Betriebe vorhanden ist. Nach unserer Meinung würden Arbeiter bei einem gleichen Vorgehen in einem bürgerlichen Geschäft nicht länger im Betriebe geduldet werden.

Berlin, 18. November 1906.

Die Geschäftsinhaber:

A. Bebel, Oskar Zentgraf, Paul Singer.

Die Rechner-Kommission:

Karl Alboldt, Paul Böhm, W. Giescholt, Alwin Körsten, E. Kiepmann, Franz Lucht, A. Schwahn, A. Taubmann, Karl Wollermann.

Zum neuen Ausnahmengesetz gegen die Arbeiterklasse.

Der gegen die Gewerkschaften gerichtete Entwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine gibt, wie wir schon dargelegt haben, der Polizei das Recht, einem Antrage eines Berufsvereins auf Eintragung stattzugeben, wenn der Verein sich der Aktionsfähigkeit und des Streikrechts begibt, und die Rechtsfähigkeit wieder zu nehmen, wenn der Verein gegen das Unternehmerinteresse lüdt. Die Motive selbst geben untreuwillig zu, daß dieselben Bedenken, die nach dem geltenden Recht gegen Eintragung der Vereine bestanden, weiter bestehen, auch wenn der Entwurf die Ausnahmestrichen nicht enthielte. In den Motiven wird in Uebereinstimmung mit den Tatsachen hervorgehoben, daß die gewerblichen Berufsvereine bis jetzt von dem Antrage auf Eintragung in das Vereinsregister insbesondere wegen zweier Nachteile zurückgehalten, die das geltende Recht mit der erlangten Rechtsfähigkeit verhält: 1. die zivilrechtliche Haftung des Vereins und 2. die Vorschriften der §§ 72 und 79 des V. G. B., nach denen dem Amtsgericht auf Verlangen jederzeit ein Verzeichnis der Vereinsmitglieder gewährt werden muß. Dann wird erklärt, daß man allerdings der von der Scharfmacherseite erhobenen Forderung nicht entsprochen habe, dem Berufsverein im Hinblick auf einen möglichen Mißbrauch ihrer wirtschaftlichen Rechtsstellung eine erweiterte Schadenerschaftspflicht aufzulegen. Das ist eine leere Phrase. Steht nicht im Gesetze ausdrücklich, daß die Haftung des Vereins ausgeschlossen ist, so würde die den Interessen der Unternehmerklasse geneigte Rechtsprechung zweifellos das Vermögen des Vereins für haftbar erklären. Selbst die „Germania“ gibt zu, daß den „mehrfach zutage getretenen Bestrebungen gegenüber Arbeiterorganisationen zivilrechtlich für einen Schaden haftbar zu machen, der durch einen von ihnen inaugurierten Streik verursacht ist, es notwendig sein wird, in dem Gesetze das Gegenteil einer Haftung des Vermögens eines Berufsvereins für Streikschaden festzulegen, wenn anders nicht das Koalitionsrecht der Arbeiter auf das schwerste gefährdet erscheinen soll.“

Die Motive halten das andere Bedenken zur Eintragung, das sich auf die Pflicht zur Einreichung des Mitgliederverzeichnisses bezieht, für berechtigt. Der Entwurf stellt aber an Stelle der Verpflichtung zur Einreichung der Mitgliederliste an da Amtsgericht: Verpflichtungen in

§ 11, die noch weit schärfer und den Arbeitern gefährlicher sind, als es eine Einreichung beim Amtsgericht sein würde. Es verlangt der Entwurf, wie wir bereits hervorgehoben haben, daß das Verzeichnis auf Verlangen jederzeit — der Polizei vorzulegen ist. Ueberdies soll aber den Mitgliedern des Vereins jederzeit Einsicht in das Verzeichnis gewährt werden und auf ihre Kosten eine beglaubigte Abschrift des Verzeichnisses erteilt werden. Aus welchem anderen Grunde sollte sich beispielsweise ein Mitglied des Metallarbeiterverbandes das Verzeichnis der 300 000 Mitglieder erteilen lassen wollen, als aus dem, der Unternehmerhaft oder vielleicht auch der Geschäftlichkeit Spitzeldienste durch Mitteilung der Liste zu leisten? Wir wissen nicht, ob dem Zentrumsabgeordneten Giescholt, der sich für das tolle Ausnahmengesetz gegen die Gewerkschaften so stark ins Zeug legt, auch diese Spitzelbestimmung entgangen ist.

Selbst die zahme „Germania“ muß zugeben, daß der Gesetzentwurf gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter gerichtet ist. Sie schreibt:

Vor allem müßte erwartet werden, daß das Koalitionsrecht der Arbeiter absolut intakt bleibe. Die Stellung des Gesetzentwurfes zur Frage des Koalitionsrechts der Arbeiter muß daher auch den springenden Punkt in der Beurteilung der Vorlagen bilden... es läßt sich nicht bestreiten, daß einige Bestimmungen dazu angetan sind, Fallstricke für das Koalitionsrecht der Arbeiter zu bilden. Es gilt das in erster Linie von der Bestimmung des § 15, inwieweit einem Berufsvereine die Rechtsfähigkeit auch soll entzogen werden können, wenn er eine Arbeiterausperrung oder einen Arbeiterausstand herbeiführt oder fördert, die mit Rücksicht auf die Natur oder die Bestimmung des Betriebes geeignet sind, die Sicherheit des Reiches oder eines Bundesstaates zu gefährden, eine Störung in der Versorgung der Bevölkerung mit Wasser oder Beleuchtung herbeizuführen oder eine gemeine Gefahr für Menschenleben zu verursachen. Diese Bestimmung ist so unklar und dehnbar, daß sie unmöglich eine Form für die Handhabung des Gesetzes abgeben kann... Diese Bestimmung ist derartig, daß sie bei einiger „Auslegungswilligkeit“ der Behörden durch die mit der Entziehung der Rechtsfähigkeit für das Vermögen des Vereins verbundenen Folgen nahezu jeden Streik von Arbeitern ausfichtslos machen kann. Mit „Wasser“ und „Beleuchtung“ hängen die Arbeiten der Banarbeiter, der Metallarbeiter, der Arbeiter in den Elektrizitätswerken usw. zusammen, vor allem aber die Kohlenförderung, und wenn die gebachte Bestimmung Gesetz würde, würde in Zukunft jeder größere Vergarbeitsstreik unmöglich sein. Auch der Begriff „gemeine Gefahr“ ist diesem Maße viel zu wenig konstant, und seine Auslegung würde zweifellos eine so willkürliche werden, daß damit schließlich jede Lohnbewegung unterbunden werden könnte. In erster Linie ist daher zu fordern, daß jene Bestimmung eine Fassung erhält, die eine rechtmäßige Ausübung des Koalitionsrechtes der Arbeiter, also auch des Streikrechtes, durchaus unhindert läßt.

Mit dem Anschluß der Eisenbahnarbeiter und der Landarbeiter vom Koalitionsrecht ist die „Germania“ einverstanden! Sie erklärt:

An den durch § 15 bewirkten Ausschluß der Eisenbahnarbeiter von der Geltung des Gesetzes stoßen wir und nicht, da von vornherein das Gesetz nur für „Gewerbetreibende“ und „gewerbliche Arbeiter“ im Sinne der Gewerbeordnung gedacht ist, was — nebenbei bemerkt — auch die nur zu billige Ausschließung der Landarbeiter bedingt.

Das führende Blatt der Zentrumsparthei spricht sich also ausdrücklich gegen das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter und der Landarbeiter aus. Sie sieht hierbei im schriftlichen Gegenstand zu der Stellung, die Windthorst, Reichensperger usw., ja selbst gegen die Stellung, die vor 30 Jahren der Abgeordnete Stumm einnahm, als er ausdrücklich die Aufhebung der Koalitionsbeschränkungen auch der Landarbeiter verlangte. Der Teil der Zentrumsparthei, der unter ländlichen Arbeitern verbreitet wird, spricht sich natürlich bei der Doppelwährungspolitik, die die Zentrumsparthei treibt, für das Koalitionsrecht der ländlichen Arbeiter aus. So schreibt die „Märkische Volkszeitung“:

„Der Geist der Kengstlichkeit vor dem Scharfmachertum durchweht das ganze Gesetz. Immer und immer wieder stößt man auf Ausdrücke, aus denen die Rechtsprechung unter Umständen zahllose Schlingen für die Arbeiterklasse konstruieren kann.“

Die Vorlage heißt offiziell: „Entwurf eines Gesetzes betreffend die gewerblichen Berufsvereine“. Darin liegt die erste Quelle großer Bedenken. Man will, wie das in den Motiven ausdrücklich zugegeben wird, nur diejenigen Arbeitergruppen unter die Wohlthaten dieses Gesetzes stellen, die der Gewerbeordnung unterstehen. Die ländlichen Arbeiter, die doch auch heute mit Ausnahme von Hannover und Hessen das Recht zum Zusammenfluß, wenn auch nicht zum Streifen haben, ferner die Arbeiter des Staates und der Gemeinden sollen ausdrücklich von den Rechten ausgenommen werden, die hier in diesem Gesetze vergeben werden sollen. Die Kengstlichkeit, die sich in dieser Haltung ausdrückt, sehen wir überall in dem Entwurf wieder.“

Das führende Blatt der Zentrumsparthei, die „Germania“, steht in der Beurteilung des Gesetzentwurfes selbst hinter Scharfmacherorganisationen zurück. So schreiben z. B. die „Berliner Neuesten Nachrichten“:

„Die Sozialdemokratie hat sofort erkannt, daß die Vorlage in ihrer gegenwärtigen Gestalt ihr schwerlich neuen Machtzuwachs bringen wird. Andererseits ist es naheliegend, daß die von sozialistischem Geiste erfüllten Gewerkschaften unter den vorliegenden Umständen darauf verzichten werden, eine Berechtigung sich nutzbar zu machen, die sie zu einer Abstützung in politischen Dingen verpflichten will. Wir sind sogar im Zweifel, ob auch nur die nationalen und christlichen Arbeiterorganisationen durchweg freudigen Herzens einem Gesetz beipflichten werden, das ihnen zwar ein seit langem ersehntes Recht zuerkennt, zugleich jedoch ihrer Tätigkeit feste Schranken zieht. Für die Stellung dieser Kreise wird die genaue Uebersetzung maßgebend sein, was für sie vorteilhaft ist: die Rechtsfähigkeit mit den ihr anhängenden Kautelen zu erwerben oder auf dem bisherigen Boden unverändert stehen zu bleiben? Wie die Entscheidung fallen wird, läßt sich nicht voraussetzen; die Meinung aber sollte man abtun, daß die Arbeiterorganisationen um der Rechtsfähigkeit willen zu erheblichen Opfern bereit sein könnten. Die bisherige Praxis hat zur Genüge bewiesen, daß die finanzielle und vermögensrechtliche Entwicklung der mächtigsten Vereine durch das Fehlen der formalrechtlichen Begünstigung nicht allzusehr beeinträchtigt wird. Der Gesamtheit wäre anzurathen, die Tragweite des Gesetzentwurfes nicht zu überschätzen. Die praktischen Konsequenzen der Vorlage lassen sich zurzeit noch gar nicht übersehen.“

In der freisinnigen Presse wird die Gefährlichkeit des Gesetzentwurfes teilweise anerkannt. So schreibt die „Vossische Zeitung“: „Wer solchen dehnbaren Vorschriften, wie sie die Vorlage enthält, das Wort redet, der will mit der anderen Hand nehmen, was er mit der einen gegeben hat.“ Auch die „Frankfurter Zeitung“ gibt zu, daß der § 15 „an die selbige Zuchthausvorlage erinnert und etwas von dem Kaufmännischen enthält, mit dem diese Vorlage so reichlich durchsetzt war.“ Indes erklärt sich die „Frankfurter Zeitung“, die sich so gern ein sozialpolitisches Märchen umhängt, für die im Entwurf gutgeheißene Pflicht der Berufsvereine! Ihr Urteil über den gesamten Entwurf geht dahin: „Im ganzen ist es also ein Entwurf, der

weder zu großem Entzücken noch zur Entrüstung herausfordert. Mag er Gesetz werden oder nicht — man wird sich in jedem Falle trösten können.“

Die Arbeiterklasse muß auf der Hut sein, um das geplante Ausnahmengesetz zu Fall zu bringen. Die katholischen Arbeiter sehen an der Haltung der Zentrumsparthei von neuem, daß auf sie und auf die Staatsgewalt das Wort zutrifft: Für das Elend des kleinen Mannes haben sie kein Auge, er muß zusehen, wie ihm die unentbehrlichsten Waren verteuert werden durch Schutzzölle, deren Ertrag in die Taschen der Unternehmer wandert und wird durch parteiische Gesetze verhindert, mit vereinten Kräften seine gerechten Ansprüche auf erhöhten Lohn durchzusetzen. Die Zentrumsparthei hat die unentbehrlichsten Waren verteuert und sucht nunmehr Arm in Arm mit den anderen Brotvertenerern den Arbeitern die Möglichkeit zu nehmen, durch vereinte Kräfte durch Gebrauch des Koalitionsrechtes wenigstens einen Teil des Schadens, den es den Arbeitern zugefügt hat, wieder weit zu machen.

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

„Die Religion der Sozialdemokratie.“ Kanzelreden von Josef Dieggen. Siebente vermehrte Auflage. Mit einem Vorwort von Eugen Dieggen.

Von der Aufnahme dieser Broschüre zeugt der Umstand, daß sich von derselben jetzt bereits die 7. Auflage notwendig gemacht hat.

Gemeindevahlen.

Die Stadtverordnetenwahlen in Frankfurt a. O., die bei sehr schwacher Beteiligung stattfanden — von 7263 Wählern erschienen 1747 an der Urne — brachten unseren Genossen kein Mandat, aber einen Stimmenzuwachs von 56, während die bürgerlichen 122 Stimmen verloren. Unsere Genossen erhielten 584, die Bürgerlichen 1163 Stimmen.

In Altenburg haben die Genossen ein Stadtverordnetenmandat eingeholt. Die Gegner erhielten 1294, die sozialdemokratischen Kandidaten 1250 Stimmen. Gegen die Vorwahl stieg die sozialdemokratische Stimmenzahl um rund 400, die der Gegner um rund 580. Die Wahlbeteiligung betrug 71 Proz. Die Gegner hatten einen riesigen Schlepperdienst arrangiert. Leute, die sich sonst nie um eine Wahl kümmerten, wurden an die Urne gebracht. Die Sozialdemokratie kämpfte ohne Schlepper.

In Hensburg haben unsere Genossen bei den Stadtverordnetenwahlen keinen Fortschritt zu verzeichnen. Die ausschließlichen Gegner wurden wiedergewählt. Die Wahlbeteiligung betrug 45 Proz.

In Elmsborn erhielten die sozialdemokratischen Kandidaten 292, die bürgerlichen 842 Stimmen. Gegen die Vorwahl stiegen die sozialdemokratischen Stimmen um rund 50.

In Harpen (Ruhrgebiet) wurde in der dritten Abteilung der sozialdemokratische Kandidat mit 177 Stimmen gegen 23 bürgerliche gewählt. Die Wahlbeteiligung war gering, die Zahl der Wahlberechtigten beträgt 648.

Zu der Niederlage bei der Gemeinderatswahl in Gera schreibt das dortige Parteiblatt:

... eine verlorene Schlacht. Diese Tatsache ist nicht zu leugnen und kann nicht beschönigt werden. Die Zahl der gegnerischen Stimmen ist gestiegen, die der unserigen zurückgegangen. Bei 14 Kandidaten hatten im vorigen Jahre die Gegner eine durchschnittliche Stimmenzahl von 2529, diesmal 2543, wir hingegen im vorigen Jahre 2212, diesmal 2178. Die Gegner vereinigten diesmal auf ihre Kandidaten 33 057 Stimmen, wir nur 28 300. Durchschnittlich haben also die gegnerischen Kandidaten einen Vorsprung von 364 Stimmen. Es ist den Gegnern auch diesmal gelungen, das gesamte Würgerturn gegen uns mobil zu machen. Innungsausssch, Beamtenvereine, Krämer und Kommerzienräte bilden eine geschlossene Masse gegen die sozialdemokratische Arbeiterschaft; die gegen die Sozialdemokratie im allgemeinen und den Genossen Beiterlein im besonderen geschleuderten infamen Verdächtigungen des „Geraischen Tageblattes“ haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Zu dem gegnerischen Wahlsieg haben weiter auch die edlen Streikbrecher ihr gut Teil beigetragen und schließlich war es den Gegnern möglich, auch noch eine ganz erhebliche Stimmenzahl aufzubringen dadurch, daß für Altiengefellschaften und Stiftungen, die als juristische Person gelten, gewählt wurde. Demgegenüber steht ungewisselhaft fest, daß einige hundert Arbeiterwähler am Donnerstag ihrer Wahlpflicht nicht genügt haben. Ein Teil mag verhindert gewesen sein dadurch, daß er auswärts beschäftigt war. Diesen aber wäre es möglich gewesen, durch Vertreter ihr Wahlrecht ausüben zu lassen. Doch das erklärt den Ausfall der Wahl allein noch nicht. Es müssen tiefere Ursachen vorhanden sein. Diese herauszufinden, ist eine sehr ernste und dringende Aufgabe der nächsten Versammlung des sozialdemokratischen Vereines.“

Die Stadtverordnetenwahlen der dritten Abteilung in Ruhlfhausen i. Th. ergaben die Wahl zweier bürgerlicher Kandidaten, während zwei Sozialdemokraten mit zwei Mischmaschkandidaten in die Stichwahl kommen. Trotzdem der ganze bürgerliche Mischmasch sich zum Kampf gegen die Sozialdemokratie zusammengeschlossen hatte, betrug die Mehrheit nur etwa 100 Stimmen, bei einer Beteiligung von 30 Prozent aller Wahlberechtigten.

Totenliste. In Wien starb nach längerem schmerzhaften Leiden der Genosse Emil Kralik an Herzlähmung. Er war Redakteur an der „Wiener Arbeiterzeitung“. Seit der Umwandlung des Blattes in ein Tagesblatt hat er dem Redaktionsstab angehört und abwechselnd den lokalen, den sozialpolitischen und den kommunalen Teil bearbeitet. Wer das Wiener Parteigorgan liest, kennt ihn als „Habakuk“, den Sonntagsplauderer voll goldenen Humors. Kralik war ursprünglich Sege, dann Redakteur des österreichischen Buchdruckerfachblattes „Vorwärts“, das er schrieb und legte, bis er in die „Wiener Arbeiterzeitung“ eintrat. Dann aber war er noch Redakteur des Wipplattes unserer österreichischen Genossen, der „Mühldater“, die er zu großer Entwicklung und großem Ansehen führte. Kralik ist nur 43 Jahre alt geworden.

Reizhäuser-Jünger. In Augsburg sind die Buchdrucker aus dem Gewerkschaftsartikel ausgestiegen. Die allenthalben, so waren auch in Augsburg Erhebungen darüber veranstaltet, wer von den organisierten Arbeitern die Parteipresse liest. Die Buchdrucker verwagerten die Ausfüllung der Listen und traten aus dem Kartell aus. Kommentar überflüssig.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Von Parteileidenschaft verblendete Leute.

Wegen Gendarmenbeleidigung wurde Genosse Th. Müller von der Breslauer „Volksmacht“ zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. In der „Volksmacht“ war aus Deutsch-Lissa berichtet worden, daß ein Gendarm anlässlich eines Wirtschausestivals gegen verschiedene Personen in sehr rigoroser Weise vorgegangen sei. In der Verhandlung stellte sich heraus, daß er eine Frau an der Brust gepackt und sie beisse gestoßen hatte, daß er einen Mann am Hals gepackt hatte, so daß später die Fingerabdrücke zu sehen waren. Eine zweite Frau ist daraufhin vorzeitig von einem toten Kinde entbunden worden, und gegen den Gendarm steht auf ihre Anzeige ein Verfahren vor dem Kriegsgericht. Ein Zeuge erklärte, in Deutsch-Lissa hat man sich gewundert, daß die

„Vollmacht“ den Bericht „in so schwacher Form“ gebracht habe. Es sei viel schlimmer gewesen, als in der „Vollmacht“ zu lesen war; aber die Medailleure seien zu vorsichtig und schwächeln immer alles ab. Interessant war aus der Aussage der Frau Ebeling, daß ihre in Deutsch-Rissa von keiner Seite Rat und Hilfe gegen den Geldarm zuteil wurde; schließlich hat sich der Verein Frauenwohl in Breslau ihrer angenommen und sie auf den richtigen Weg für ihr Vergehen betreten.

Der Geldarm und seine Kollegen behaupteten völlig korrekt gehandelt und nur Angriffe abgewehrt zu haben.

Das Gericht schenkte nur den Beamten Glauben. Zwar seien die Behauptungen durch die Zeugen der Verteidigung als richtig bestätigt, aber diese Zeugen hätten sich als völlig unzuverlässig erwiesen. Diesen von Parteilichkeiten verdorbenen Leuten habe der Angeklagte aber Glauben geschenkt.

Es ist die alte Leier: der Beamte ist glaubwürdig, der Bürger, der gegen ihn zeugt, nicht. Und Sozialdemokraten sind zudem „von Parteilichkeit verdorbenen Leute“, denen man überhaupt nichts glauben darf, wenn sie Beamte beschuldigen. So ist's recht im Deutschen Reich, dem Lande der „vollendetsten Rechtsgarantien“.

Aus Industrie und Handel.

Hohe Durchschnittslöhne und ihre Ursachen.

Gegenwärtig werden von den Montanindustriellen im gesamten deutschen Bergbau die kräftigsten Anstrengungen gemacht, um der Welt zu „beweisen“, daß dieöhne „sprunghaft“ gestiegen sind. Welchen Wert man dergleichen Aufmachungen, in denen die Lohnnachweise der Anknüpfungspunkten und Berufsgegenständen herhalten müssen, beizumessen hat, das hat schon eine Verhandlung vor der Strafkammer in Essen vor einiger Zeit bewiesen. Eine Zuschrift aus Bergmannsreisen an die „Arbeiterzeitung“ in Dortmund bietet einen neuen Beleg dafür, wie die hohen Durchschnittslöhne — gemacht werden. Der Mann schreibt:

Vor einiger Zeit war ich plötzlich gezwungen, krank zu feiern, der Arzt hatte Krankenbehandlung angeordnet. Ich war also genötigt, mir auf der Suche einen Krankenschein ausstellen zu lassen. Der Steiger kam meinem Wunsch nach, dann bedeutete er mir, daß ich mit dem Schein zum kaufmännischen Bureau der Zeche müsse, damit er dort den Vermerk meiner Lohnklasse erhalte. Ich ging auch hin und nahm mir mein Lohnbuch mit, damit ich nicht benachteiligt werde. Aber in dieser Beziehung hatte ich mich umsonst gefordert, ich kam besser weg wie ich hoffen konnte. Laut Lohnbuch hatte ich im letzten Monat auf 27½ Schichten 157 Mark verdient, in der Lohnliste auf dem kaufmännischen Bureau, die augenscheinlich amtlichen Meßstab dient, stand aber, ich habe in 24 Schichten 157 Mark verdient. Mein Lohn stimmte also, aber es fehlten mir 8½ Schichten. Nehulich war es mit den zwei vorhergehenden Monaten, mein Lohn stimmte jedesmal, aber immer fehlten Schichten, insgesamt in den drei Monaten elf Schichten. Die Folge war nun, daß ich auf meinem Krankenschein eine höhere Lohnklasse verzeichnet bekam und dadurch auch mehr Krankengeld erhielt, als mir eigentlich zustand. Später habe ich meine Entdeckung mit mehreren Kameraden besprochen und da stellte es sich heraus, daß ich ihnen gar nichts neues erzählte, sie mußten selbst schon von diesen Praktiken aus eigener Erfahrung. Es kann also keinem Zweifel unterliegen, daß es sich um systematische Fälschungen handelt, die einen bestimmten Zweck haben müssen, den zu erkennen nicht allzu schwer ist. Da die Listen zur amtlichen Statistik verwendet werden, so kann es sich nur darum handeln, die Durchschnittslöhne höher erscheinen zu lassen, wie sie in Wirklichkeit sind. Denn wenn, wie in meinem Fall, in drei Monaten elf Schichten zu wenig berechnet werden, so muß der Durchschnittslohn erheblich höher erscheinen. Wenn es dann in amtlichen Lohnstatistiken heißt, der Durchschnittslohn hat 4,28 R. betragen, betrug er in Wirklichkeit vielleicht nur 3,80 oder 3,90 R. So werden die Vergleiche, so wird auch die Öffentlichkeit betrogen. Ob die Regierung von dieser zweierlei Durchführung der Zeche über die Löhne der Vergleiche Kenntnis hat? Es ist nicht anzunehmen, denn die Zechenverwaltungen üben gerade den Versuch, um auch die Regierung zu täuschen. Vielleicht wird man meine Behauptungen ablehnen, aber wahr sind sie doch. Viele Vergleiche werden es bezeugen können.“

Mendelssohn und Jzowski. „Nietich“ (14. November) meldet: „Die Auslandsreise des Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten Jzowski hat ein reales Ergebnis gezeitigt. Der Paniker Mendelssohn hat eingewilligt, für die Rückzahlung der Hälfte der bei ihm aufgenommenen kurzfristigen Schuldzinsen die Frist zu verlängern und zwar unter Bezahlung von 6½ Prozent Zinsen für die Zeit der Fristverlängerung.“

Der Standard-Del-Truß unter Anklage. Die amerikanische Regierung hat ihre Klage gegen den Del-Truß anhängig gemacht. Es sind 70 Zentralen, die sich zu dem großen Truß vereinigen, der 90 Prozent des ganzen Geschäftes in Del in den Vereinigten Staaten unter sich hat. Durch geheime Verträge mit den Eisenbahnen wurde alle Konkurrenz aus dem Felde geschlagen. Das Eigentum des Trußes wurde von diesem als 60 Millionen Dollar wert angegeben; dagegen wurde festgestellt, daß der Truß von 1882 bis 1895 an Dividenden 512 Millionen Dollar ausgezahlt und außerdem ein großes Kapital angesammelt hat, dessen Höhe die Regierung nicht feststellen konnte. Die Jahresdividenden während der letzten neun Jahre schwankten zwischen 33 und 48 Prozent. In der Anklage werden Kodeseller und seine Verbündeten „Verschwörer“ genannt. Der Standard-Del-Truß ist der mächtigste und reichste Truß der Welt.

Deutsche Interessen in Dänisch-Westindien. Im Anschluß an die Aufklärungen über die deutsch-dänisch-westindische Schwindel-Lotterie, über die der „Vorwärts“ in Nr. 248 kurz berichtete, brachte „Social-Demokrat“ dieser Tage zwei längere Artikel über das Interesse, das das offizielle Deutschland und deutsche Kapitalisten daran haben, daß jene Inseln nicht an Amerika verkauft werden. Der Artikel ist die Frage vorangestellt: „Ist Dänemark Schirmbreit für deutsche Interessen?“, und es scheint tatsächlich, daß die dänischen „Patrioten“ mit ihrer Agitation gegen den Verkauf der Inseln, ihrem Gerede von der wirtschaftlichen Hilfe, die den Inseln zuteil werden sollte, und schließlich mit der Lotteriegründung weniger ihrem Vaterlande und dessen Kolonien als vielmehr dessen Kapitalinteressen dienen.

Der Passagier- und Handelsverkehr nach Westindien und Mittelamerika liegt größtenteils in Händen der Hamburg-Amerikalische und der Freiburger von St. Thomas dient ihr hierbei als Basis. Würde diese dänische Insel in den Besitz der Vereinigten Staaten übergehen, so würde das zweifelslos den Interessen dieser Gesellschaft schweren Schaden bringen. Als früher, vor einer Reihe von Jahren unter den verschiedenen konservativen Ministern Dänemarks über das Schicksal der Inseln debattiert wurde, tauchte auch der Gedanke auf, sie, statt sie an Amerika zu verkaufen, Deutschland als Kaufobjekt für Nord-Südverkehr anzubieten, in der Meinung, daß gewisse Streife in Deutschland stark an einer Herrschaft über die Insel, vor allem über St. Thomas, interessiert wären. Aber man mußte wohl damit rechnen, daß Amerika es schließlich billigen würde, wenn eine europäische Großmacht Neuwerbungen in Westindien machen wollte. „Hat Deutschland Dänemark über den Verkauf der Inseln Vorstellungen gemacht und ist die Ablehnung des Verkaufsvertrages eine Folge davon?“ Dies ist die zweite Frage, die unser Bruderorgan stellt. Die diplomatischen Verhandlungen mit anderen Mächten werden ja auch in Dänemark vor dem Volke geheim gehalten. Aber das Zusammenstreben gewisser Erscheinungen deutet darauf hin, daß man auch diese Frage bejahen kann, besonders wenn man das Verhältnis Wilhelms II. zu dem mächtigen Direktor Wallin der Hamburg-Amerika-Gesellschaft in Betracht zieht. Seit 1864 fanden sich Dänemark und Dänemark sehr kühl gegenüber, und es wurde auch nicht viel besser, nachdem Wilhelm II.

1888 nach seiner Thronbesteigung in Kopenhagen war. Vierzehn Jahre lang wurden dann keine Besuche zwischen den beiden Höfen getauscht. Darum erregte es auch großes Aufsehen, als plötzlich zur selben Zeit, da die Entscheidung über den Inselhandel bevorstand, offiziell erklärt wurde, daß das Verhältnis zwischen beiden Ländern recht freundschaftlich wäre. Am 22. Oktober 1903 vertwarf das Landsting den von Amerika gutgeheißenen Kaufvertrag mit 82 gegen 32 Stimmen. Am 26. Oktober reiste der Dänenkönig Friedrich zum Besuch des Berliner Hofes und von allen Seiten wurde das als eine politische Begebenheit angesehen, bestimmt eine Annäherung zwischen beiden Ländern einzuleiten. Am 2. April selbigen Jahres kam der Kaiser nach Kopenhagen und zeigte sich so außerordentlich herzlich dem König gegenüber, den er 14 Jahre lang nicht gesehen hatte. — Wenn einmal die geheime Geschichte dieser plötzlichen Annäherung klargelegt werden kann, wird man gewiß erkennen, wie Max Wallin an den Drähten gezogen hat.“ „Social-Demokrat“.

Neben dem dänischen Hof war es vor allem die dänisch-afrikanische Kompagnie, die für Ablehnung des Inselverkaufs agitierte, und diese Gesellschaft richtete, gleich nachdem sie dies erreicht hatte, eine westindische Dampferlinie ein, von der einstellige Leute meinten, daß sie zur Förderung des Handels mit dem Mutterlande dienen sollte. Sie gründete auch ein Kontor in St. Thomas, das aber wieder aufgehoben wurde, sobald die patriotische Bewegung in Dänemark abgeflaut war. Nun werden die Geschäfte im Kontor der Hamburg-Amerika-Gesellschaft erledigt. Die westindische Linie ist offenbar nur noch eine Fiktion der Hamburger Gesellschaft, die sich, nach langem Konkurrenzkampf, mit jener dänischen Gesellschaft sowie mit der norwegischen Dampfschiffahrt — sowohl über den Verkehr nach Ostafrika wie auf dem Atlantischen Ozean geeinigt hat. Die dänischen „Oskafaten“ haben auch dafür gesorgt, daß einer ihrer alten Kapitäne Gouverneur auf den Inseln wurde, und dessen erste Regierungshandlung war, daß er den Repräsentanten der Hamburg-Amerika-Gesellschaft in St. Thomas zum königlichen Mitglied des Kolonialrates machte.

Wo die wirtschaftlichen Interessen so stark verbunden sind, ist es leicht begreiflich, daß sich deutsches Kapital bereit fand, eine Lotterie zu unterstützen, die Dänemark, vorläufig auf drei Jahre, einen Zuschuß zu den Inseln sichert. Dem dänischen Volke sollte natürlich weisgemacht werden, daß Ehre und Wohl des Vaterlandes die Erhaltung des Inselbesitzes erforderten.

Aus der Frauenbewegung.

Zur gest. Beachtung.

Die Adresse der Zentralvertrauensperson der Genossinnen Deutschlands ist ab 20. November 1903

Dittlie Waader,

Berlin S.W., Lindenstr. 3, letzter Hof parterre. Dortselbst befindet sich auch das Bureau der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Brieg. Donnerstag, 22. November bei Weniger, Werderstr. 28: Vortrag. Genossin Kimmritz: „Arbeiterchaft und Sittlichkeit“.

Pankow. Donnerstag, 22. November, 8½ Uhr, bei Großkur, Perlmorstr. 27: Vortrag. Genossin Jäger: „Die Zukunft des jungen Proletariats“.

Gerichts-Zeitung.

Rehmen Sie die Mißgabel und schlagen Sie dem Manne damit übers Kreuz!

Ein interessanter Schuymann beschäftigte am Sonnabend das Essener Schöffengericht. Der Polizeiergeant Wilhelm Steiof trat als Kläger auf, weil er „ein netter Hüter der Ordnung“ genannt war. Er und der Tischlermeister Jakob R. wohnen zusammen in einem Hause. Im Juni dieses Jahres erhielt St. eine Fuhrer Miß, er beauftragte den Fuhrer, den Miß direkt unter dem Parterresfenster des St. abzuladen. R., der das hörte, erkundigte sich nun, wie lange der Miß dem dort lagern solle. Als er von dem Polizeiergeanten ganz barisch zur Antwort erhielt: „Das geht Sie gar nichts an!“ protestierte er gegen das Abladen des Mißes vor seinem Fenster. Dieser Protest veranlaßte den Polizeiergeanten, dem Fuhrer zu sagen: „Rehmen Sie die Mißgabel und schlagen Sie dem Manne damit übers Kreuz!“ R., der nicht recht gehört zu haben glaubte, meinte darauf: „Was, Sie als Hüter der Ordnung beauftragen den Fuhrer, mich mit der Mißgabel zu schlagen?“ Statt ihn einer Antwort zu würdigen, rief der Polizeiergeant dem Fuhrer nochmals zu: „Schlagen Sie ihm mit der Mißgabel übers Kreuz!“ Wer das grüßte Maul hat, dem muß es gestopft werden! Dieser Vorfall wurde durch Zeugen betwiesen und schließlich auch von dem Polizeiergeanten Steiof zugegeben. Der Vorsitzende rief ihm daraufhin zwar mehrfach, den ihm von St. wiederholt angebotenen Vergleich anzunehmen und die Kosten zu übernehmen. Statt dessen aber erklärte Steiof, er sei der Befehle, denn St. habe ihn gekränkt und beschimpft, denn er habe erklärt, er (St.) sei ein netter Hüter der Ordnung. Er wolle keinen Vergleich, sondern er ziehe das Urteil des Gerichtshofes vor. Er wurde darauf infolge der von St. erhobenen Wiberklage zu 50 Mark Geldstrafe event. zehn Tagen Haft und zur Tragung sämtlicher Kosten verurteilt. In der Urteilsbegründung wurde hervorgehoben, daß eine solche Aufforderung zur Gewaltthatigkeit, und noch dazu seitens eines Polizeiergeanten, eine große Rohheit voraussetze und daß der Kläger zu der ihm zugeschriebenen Bezeichnung: „St. sei ein netter Hüter der Ordnung“, voll und ganz berechtigt gewesen sein würde. — Führt wahr — ein netter Hüter der Ordnung.

Abtreibung.

Der praktische Arzt Dr. Heinrich Goldberg hatte sich gestern in Gemeinschaft mit der Frau Maria G. wegen Verbrechen wider das leimende Leben vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Das Erkenntnis ging dahin: die Frau G. wurde wegen versuchten und vollendeten Verbrechen gegen den § 218 des Strafgesetzbuches zu sieben Monaten Gefängnis, der Angeklagte Dr. G. wegen Weisung dazu zu einem Jahre drei Monaten Gefängnis unter Anrechnung von drei Monaten der erlittenen Untersuchungshaft verurteilt.

Zum Prügelrecht der Lehrer.

Der Stadtschullehrer Groger zu Ratibor war eines Tages durch den Schüler Wilpert, den Sohn eines Sattlermeisters, in seiner Mittagsstube gestört worden. Der Knabe piß nämlich nahe seiner Wohnung längend auf einer Blechpfanne. Er unterlagte es dem Jungen, der piß aber lustig weiter, in dem Glauben, er habe es nicht nötig, nach dem Lehrer zu hören, dessen Schüler er zwar früher war, der aber jetzt einer anderen Klasse vorstand. Wilpert junior soll dem Lehrer auch die Junge gezeigt haben. Am anderen Tage mußte er sich in der Schule bei Groger melden und wurde von ihm streng gezüchtigt. Ein Arzt stellte verschiedene Strichen auf dem Rücken fest. Der Vater klagte gegen den Lehrer und gegen diesen wurde auch vom Schöffengericht das Hauptverfahren eröffnet. Die Regierung zu Doppeln erhob jedoch zugunsten des Lehrers den Konflikt, mit der Begründung, daß der Lehrer Groger in Ausübung seines Amtes gehandelt und seine Amtsbefugnisse nicht überschritten habe. Das Recht der Züchtigung habe ihm auch gegenüber einem solchen Schüler seiner Schule, der einer anderen Klasse angehörte, zugehört. — Der achte Senat des Oberverwaltungsgerichts erklärte auch den Konflikt der Regierung für begründet, so daß das Verfahren gegen den Lehrer endgültig eingestellt ist. Eine Ueberechnung der Amtsbefugnisse könne unter den obwaltenden Umständen nicht angenommen werden.

Die für das Prügelrecht der Lehrer im Gegensatz zum Reichsgericht eintretende bedauerliche Praxis des Oberverwaltungsgerichts ist dem Ansehen der Lehrer nicht förderlich, schädlich dem Interesse der Kinder.

Die geschlechtliche Aufklärung der Jugend.

Zu diesem Kapitel lieferte eine Gerichtsverhandlung in Nürnberg sehr interessantes Material. Ein 14jähriger Junge stand unter der Anklage eines Verbrechen wider die Sittlichkeit. Im Einverständnis mit einem 6 Jahre alten Mädchen ging er mit diesem in eine Ecke der Stadtmauer, um — wiederum im Einverständnis mit dem Mädchen — das angusshauen, was ihm, dank der verkehrten Erziehungsmethode, bisher als ein buntes Geheimnis und inselgeheimes als etwas Interessantes und Anreizendes galt. Handlungen, wie sie sonst Sittlichkeitsverbrechen begehen, unternahm er an dem Mädchen nicht, er wollte lediglich seine, durch besondere, nachher noch zur Erwähnung kommende Umstände aufs höchste gespannte Neugierde befriedigen. Ein Schuymann, darauf aufmerksam geworden, überraschte die beiden, worauf sie — auch das Mädchen — davonliefen.

Vor Gericht bemühte sich nun der Vorsitzende, festzustellen, ob der als Sittlichkeitsverbrecher auf der Anklagebank sitzende 14jährige Jube die notwendige Einsicht seiner strafbaren Handlung bei Begehung der Tat gehabt habe.

Mehrere Zeugen und Sachverständige wurden vernommen. Ein Kriminalwachmeister war auf Grund seiner „Polizei-wissenschaften“ zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Junge die erforderliche Erkenntnis besitzen haben müsse. Das gleiche Gutachten gab ein früherer Lehrer des Angeklagten. Zwei andere Lehrer dagegen erklärten, daß der geistig wenig begabte Knabe wohl gewußt habe, daß das, was er tue, sündhaft sei, daß er aber auf keinen Fall das Bewußtsein gehabt haben könne, dadurch auf die Anklagebank zu kommen. Die Tat sei lediglich als Hörsübentrick aufzufassen. Zu dem gleichen Gutachten kamen auch zwei ärztliche Sachverständige. Die Ausführungen des einen ärztlichen Sachverständigen waren ganz besonders interessant, weil er als sehr oft in Anspruch genommener Hausarzt der Familie diese und speziell den Knaben sehr genau kennt. Er sagte, die Eltern seien von jeher um ihre Kinder sehr besorgt gewesen und hätten sie sehr sorgfältig und in gutem Sinne erzoogen. Der Vater sei ein sehr solider Arbeiter, die Mutter etwas zu gut. Wenn der Junge zu Schleichigkeiten gekommen sei, dann nur durch schlechte Gesellschaft, denn in der Familie herrsche nach seiner langjährigen Beobachtung ein sehr guter Ton und über „unschöne“ Dinge werde nie ein Wort gesprochen.

Im Laufe der Verhandlung wurde auch festgestellt, daß der Junge bis zu seiner Entlassung aus der Schule über sexuelle Fragen vollständig unwissend war. In seiner Familie war über „unschöne“ Dinge niemals gesprochen worden, der Jube bekam aber im Geschäft über sexuelle Dinge von Gesellen Aufklärung und zwar in äußerst schmutziger Weise. Diese unlautere Aufklärung auf sexuellem Gebiet ist nach dem Gutachten die unmittelbare Ursache des unter Anklage stehenden Sittlichkeitsverbrechen des in die geschlechtliche Reife eintretenden Jungen.

Nach dem bekannten Schema der meisten Staatsanwälte „bewies“ der Vertreter der Anklage in „überzeugender“ Weise, daß der Knabe verurteilt werden müsse. Die wissenschaftlichen Gutachten der Sachverständigen galten ihm nichts. Er beantragte für den noch in den Kinderschuhen stehenden Angeklagten 2 Monate Gefängnis!

Nach einem längeren Plaidoyer des Verteidigers sprach das Gericht den Angeklagten auf Grund der Gutachten frei.

Dieser Prozeß zeigt wieder mit großer Deutlichkeit die ganze Verfehrtheit unseres Erziehungssystems. Anstatt daß man mit dem Kinde von frühester Jugend an über geschlechtliche Dinge ganz so unbefangenen spricht, wie man von sonstigen Naturdingen zu reden pflegt, hat man in Schule und Haus seit Jahrhunderten dem Menschen seinen ängstlichen, innerlich unwahren Schein vor allem, was mit den natürlichen Vorgängen und Erscheinungen des Geschlechtslebens zusammenhängt, eingepflanzt und eingepaukt, hat die Aufklärung der Jugend über geschlechtliche Fragen, die im Leben doch eine so große Rolle spielen, schlechten Büchern oder schlechter Gesellschaft überlassen, ohne daran zu denken, daß diese Art Aufklärung nie aus lauterer Quellen fließt, nie in wohlmeinender Absicht erfolgt, nie in einer sachlich, objektiven und beurteilensfreien Einführung in das entlegene Gebiet besteht und nie von dem sittlichen Ernst getragen wird, dessen sie unbedingt bedarf, wenn die sittliche Reinheit des Kindes trotz erfolgter Aufklärung gewahrt bleiben soll. Man denkt in unserer heutigen Gesellschaft nicht daran, daß die frühe Geheimniskrämerei notwendigerweise lästerliche Neugierde erwecken muß, wie es im vorliegenden Falle geschah, und läßt die Tatsache ganz außer Betracht, daß die Unwissenheit, die geschlechtlichen Dinge als etwas Natürliches, Harmloses zu betrachten, die Erzeugung und Neugierde für später abtumpft und den Reiz des Geheimnisvollen ein für allemal nimmt.

Die Lehre aus diesem Prozeß ist also — für alle! — die: Bemühen wir uns, der Jugend im frühesten Alter nach und nach über die hauptsächlichsten Fragen des Geschlechtslebens volle Klarheit zu verschaffen und gewöhnen wir uns vor allem selbst daran, über diese Dinge nur ernst zu denken und ernst zu sprechen. Dann wird auch Gerichten keine Gelegenheit mehr gegeben sein, über solche als über Vergehen gegen die Sittlichkeit befinden zu müssen.

Versammlungen.

Die Angeklagten der Firma Hildebrand versammelten sich am Donnerstagabend im Kolberger Salon, um die gegenwärtige Lage im Betriebe zu besprechen. Die Firma hatte sich durch eine Versammlung in der Fabrik, eingeleitet und überwacht von den R e i s e r n, die „Justizreden“ der Arbeiter in einer Resolution beschließen lassen. Man arbeitete dem Einfluß der Organisation mit aller Macht entgegen; trotzdem haben sich nicht mehr wie 28 Arbeiter abtrünnig machen lassen. Die übrigen bleiben treue Mitglieder des Verbandes und werden ebenso viele Agitatoren sein, bis sämtliche etwa 1200 Angestellte organisiert sein werden. Der Besuch war ein guter und die Beteiligung an der Diskussion eine rege. Vorläufig gilt es noch agitatorische Kleinarbeit zu verrichten, bis die Organisation stark genug ist, um mit energischen Schritten vorgehen zu können.

Die folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Hildebrand, sämtlich in ihren zuständigen Verbänden organisiert, protestieren mit aller Entrüstung gegen die im Betrieb selbst abgehaltene Versammlung, wofolbst ein Vertrauensvotum für die Firma künstlich konstruiert worden ist, und zwar zu dem Zweck, die öffentliche Meinung irre zu führen und die Firma Hildebrand um jeden Preis als humanitäre Arbeitgeberin hinstellen zu können. Die Versammelten sprechen ihren Organisationen nach wie vor ihr volles Vertrauen aus, wenn sie auch in jener Versammlung aus leichtbegreiflichen Gründen nicht so auftreten konnten, wie es im Interesse von Recht und Wahrheit notwendig gewesen wäre. Sie sprechen ferner den interessierten Mächtern und Leitern jener Komodie ihre tiefste Verachtung aus, da diese Herren nur ihre eigenen, servilen Interessen, nicht aber die der schlecht bezahlten und schlecht behandelten sonstigen Angestellten der Firma zum Ausdruck gebracht haben.“

Aus allen diesen Gründen versprechen die Versammelten, fest und treu zu ihren Organisationen zu halten, um so durch Einigkeit ein Nachhaken zu werden, an dem auch endlich einmal der Hebermut der Firma Hildebrand elend Schiffbruch leiden wird und muß.“

Leser- und Diskutierklub „Südost“. Dienstagsabend 6½ Uhr im Tollsborf, Görlicherstr. 52.

Für den Inhalt der Zeitschrift übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 20. November. Anfang 7 1/2 Uhr.
Cyberhaus. Orpheus und Eurpyle. II. Teil. Anfang 8 Uhr.
Schauspielhaus. Das Glasband. Neues Opernhaus. Geschlossen.
Deutsches. Das Wintermärchen. Vorzug. Anfang 8 Uhr.
Neues Schauspielhaus. Die Hochzeitsfeier.
Weiten. Schützenjagd.
Central. Tausend und eine Nacht.
Berliner. Sherlock Holmes.
Schiller O. (Wagner-Theater.) Die rote Robe.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Radiosches Theater.) Der Hochtourist.
Neues. Die Condottieri.
Komische Oper. Lakmé.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Deutsches. Ein Decker Gatte.
Deutsch-Amerikanisches. Im wilden Westen. Der Hauptmann v. Köpenick.
Thalia. Wenn die Bombe platzt!
Zuifan. Ein Kind des Glücks.
Bernhard Rose früher Carl Weiß.
Trionum. Der Hausfreund.
Walhalla. Spezialitäten.
Novello. Spezialitäten.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Kaffee. Die beiden Champignons.
Folies Caprice. Serenissima August XXVI. — Das Nobel. — Das Provinzmädel.
Vollage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Wintergarten. Spezialitäten.
Urania. Teubenerstraße 18/19. Im wissenschaftlichen Theater: 8 Uhr: Sagen.
Hörsaal 8 Uhr: Dr. R. v. Unruh: Das Petroleum.
Sternwarte. Javalstr. 57/62. Im Theatersaal: Abends 8 Uhr: Dr. F. Ristenpart: Die Zeit auf der Erde. Der Kalender.
Ferdinand Bonn.
Berliner Theater. Heute und folgende Tage:
Sherlock Holmes. Anfang 8 Uhr.
Theater des Westens. Station Zoolog. Garten, Kantstr. 12. Heute abend 8 Uhr (Guthschneide ungenügend):
Schützenjagd. Rich Berner a. G.
Wittwoch 8 Uhr: Oratorium Die Schöpfung. Guthschneide ungenügend.
Neues Schauspielhaus. Dienstag, den 20. November: **Die Hochzeitsfeier.** Anfang 8 Uhr. **Wittwoch geschlossen.**
Neues Theater. Anfang 8 Uhr.
Die Condottieri. Donnerstag: Die Condottieri. Freitag zum 1. Male: Kinder.
Kleines Theater. Abends 8 Uhr zum 122. Male: **Ein idealer Gatte.** **Wittwoch (Suhlay) geschlossen.** **Donnerstag zum 123. Male.** Freitag zum 124. Male: **Ein idealer Gatte.** **Sonntag 8. 1. Male:** Die Feinde. **Eigenen (3 Akte) von Maxim Gorki.**
Komische Oper. Abends 8 Uhr: **Lakmé.** **Wittwoch geschlossen.** **Donnerstag: Hoffmanns Erzählungen.** **Freitag: Carmen.** **Sonntag: Die Bohème.** **Sonntag abend: Lakmé.** **Montag: Hoffmanns Erzählungen.**
Lortzing-Theater. Bellealliancestr. 7/8. Dienstag, d. 20. November, 7 1/2 Uhr: **Undine.** **Abonnement gültig.** **Wochen-Rittwoch geschlossen.** **Donnerstag: Die Fledermaus.**
Lustspielhaus. Täglich 8 Uhr: **Sufarenfieber.** **Wittwoch geschlossen.**
Deutsch-Amerikanisches Theater. Jed. Abend 8 U. Gastsp. A. Philipp: **Im wilden Westen** und **Herr „Hauptmann“**
v. KÖPENICK. **Sonntag 8 1/2 Uhr.** **Kleine Preise.** **Die Reise durch das Märchenland.** **Sonntag abend Gastsp. A. Philipp: ER und ICH.**

Urania
Wissenschaftliches Theater.
Heute im Theater **Sizilien.**
Abends 8 Uhr:
Hörsaal 8 Uhr: Dr. M. v. Unruh:
Das Petroleum.
Invalidenstr. 57/62, Sternwarte.
Im Theatersaal:
Abends 8 Uhr Dr. F. Ristenpart:
Die Zeit auf der Erde. Der Kalender.

Zentral-Theater.
(Cigarette). 8 Uhr:
Tausend und eine Nacht.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 31.
Abends 8 Uhr:
Ein Kind des Glücks.
Wittwoch: Geschlossen.
Donnerstag: Sherlock Holmes.
Freitag zum 1. Male: Desjola.
Sonntag abend 4 Uhr Kindervorstellung:
Die sieben Raben.
Abends: Rote Weiber.
Sonntag nachmittag geschlossen.
Abends: Sherlock Holmes.
Montag: Rote Weiber.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute, Anfang 8 Uhr:
Triplepatte.
Schwank in 3 Akten v. Tristan Bernard
und André Godefernaud.
Comte Robert de Gondan:
Richard Alexander.
Wittwoch geschlossen. Donnerstag
und folgende Tage: Triplepatte.
Totensonntag nachmittag keine Vor-
stellung. Totensonntag abends 7 1/2 Uhr:
Frau-Frau.

Rixdorfer Theater
Bergstraße 147.
Dienstag, den 20. November 1906:
Das Glück im Winkel.
Schauspiel in 3 Akten von Hermann
Eudermann. Anfang 8 Uhr.

Bernhard Rose-Theater
früher Carl Weiß-Theater.
Große Frankfurterstr. 132.
Abends 8 Uhr:
Ausgewiesen.
Soziales Volksstück in vier Akten von
Karl Böttcher.
Billetvorverkauf für 8 Tage vorher
von 10-1 Uhr an der Theaterkasse.
Wittwoch geschlossen. Donnerstag u.
Freitag: Der Millionärbauer. **Son-**
abend Premiere: Die neue Welt.
Sonnt.: Der Glückner v. Notre Dame.

Metropol-Theater
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 9 Bildern
von Julius Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Dirigent M. Roth.
In Szene gesetzt von Direktor
Richard Schultz.
Massary, Wolff, Bender,
Giampietro, Josephi.
Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.
Bußtag geschlossen.

Winfergarten.
Heute:
Ruth St. Denis
die berühmte
indische Tänzerin
u. das interessante
Spezialitäten-
Programm.
Bros. Permann, The 3 Urmas -
Excursions. Sisters Taper -
Angelo's. Isabella Kunstel. O.K. Sato.
La Villa a. Kom. Jongleur.
Sandmalerei. Maria Vincent
Das Millman. Trio. Oper in Madrid.
Staley's Ver- Ujem Hai San
wandlungsakt. Chinesentrup.
D. mus. Kappell. Clotilde Florida
Im sonnigen. Span. Flöziere.
Spanien. Engl. Der Biograph
ballerische. aus 1. Wandaufen.
gel. von d. John 2. Die Nachsch.
Tiller. In a Land. im Automob.

W. Noacks Theater.
Direktion Rob. Dill. Sprennerstr. 16.
Der Trompeter von Säckingen.
Berner Kirchofer: Dir. Robert Dill.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Ehren- und Vorzugskarten gültig.
Wittwoch keine Vorstellung.
Donnerstag 8. letzten Male: **Idese.**

Gustav Behrens
Theater,
Berlin O.,
Frankfurter
Allee 83.
Das vollständig neue
November-Programm.
Der Hauptmann v. Köpenick
Großer Vorverkauf.
22 Nummern.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 5 1/2 Uhr.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wagner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die rote Robe.
Schauspiel in vier Akten von Eugen
Scribe. Deutsch von Anne St. Gère.
Wittwoch, abends 8 Uhr:
Oratorium-Aufführung:
Die Jahreszeiten.
Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr:
Der Hochtourist.
Schiller-Theater N. (Friedr.-W. Th.).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Der Hochtourist.
Schwank in 3 Akten von Kurt Kraus
und Max Real.
Wittwoch geschlossen.
Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr:
Frau Inger von Oestrot.

Typographia
Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer.
Gegr. 1879. — Chormeister Alexander Weinbaum. — M. d. A.-S.-B.
Sonntag, den 25. November (Totensonntag)
im Festsaal der „Neuen Welt“, Hasenheide:
KONZERT.
Mitwirkende: Helona Hartwig (Sopran), Herzogl. Braun-
schweig. Hofopernsängerin; Alfred Wittberg (Violine); Joseph
Rytkind (Bratsche). Anfang 8 1/2 Uhr.
Kinder unter 6 Jahren haben keinen Zutritt.
Eintrittskarten a 40 Pf. sind zu haben bei den aktiven Mit-
gliedern, sowie den bekannten mit Plakat belegten Zahl-
stellen des Vereins.

Zirkus Schumann
Ganz Berlin
spricht nur
noch von
Größten Tigergruppe
wilde Dressur
10 wilde Königstiger 10
und von den
5 Königen der Luft
Les 5 Alex in ihren phäno-
menalen Leistungen. Ferner
Les 5 Piroscoffis
und das Sensations-Programm.
Um 10 Uhr: Die große Ausstattungs-
Pantomime: Ein
Tag in Monte Carlo.

Passage-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Josefine Dora
neueste Schlager.
Mary Irber
von den „11 Scharfeisten“ in
München.
Georg Kaiser
„Wassische“.
Damen-Jiu-Jitsu
japanischer Ringkampf.

Apollo
Theater
Nur noch 10 Tage!
Liane d'Eve. Die Original-
Rathgeber-Tänzerin.
Die Seldoms. Plastische Darstell.
1 Dame, 3 Herren. Neue Bilder
und das große November-Programm.
Berlin im Omnibus
mit dem Omnibus-Trio.

Fröhels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Eines erstklassige Kleinstspieltheater.
Nach der Vorstellung: **Gr. Tanz.**
Tanzleistung: B. Sachse.
Anf. Sonntag 5, Donnerstag 8 Uhr.

Fröhels Allerlei-Theater.
Schönhauser Allee 148.
Gastspiel Bernhard Rose-Theater.
Lenore,
die Gräbesbrant.
Schauspiel mit Gef. in 3 Abteilungen.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Billetvorverkauf:
Krieger & Oberbeck, Rastamaniallee 1.
Rond. Handwerker, Schönh. Allee 153.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner
Sänger
Anfang
Sonntags
8, Sonntags
7 Uhr.

Zirkus Busch.
Dienstag, den 20. November 1906,
abends 7 1/2 Uhr:
Rom.
Große Original-Ausstattungs-
Pantomime des Zirkus Busch in
7 Bildern.
I. Bild: Im Hause des Neikos.
II. Bild: Das Brunnengebiet Herod.
(Radium-Ballett). III. Bild: Im
Sens. IV. Bild: Die großen
Kampfschiffe des Zirkus Caligula.
Vergilianne, Schwertkämpfer,
Kriegskämpfer, Ringkampf zu Fuß u.
zu Pferde. Faustkämpfer. Die
Todesfahrt über die zerprengte
Brücke. V. Bild: Im Herod Palast.
VI. Bild: Das große Opferfest im
Tempel des Kaiser. Brand und
Zusammensturz des Tempels.
Wissensspiele. Bilder
aus der römischen Vergangenheit.
VII. Bild: Phantastische Allegorie
in 1000 Bildern u. Wasserpielen.
Ferner: Nur noch wenige Tage:
Monsieur Romeo
staunenerregende Automobil-
Experimente. Ueberfahren mit
einem 70 PS. Fiat-Bogen.
(Gewicht 30 Pfd. schwer und vier
Zerlegen). Zur Verfügung gestellt
b. d. H. A. Co. G. m. b. H.,
Berlin. Herr Schumann, Re-
zeptions- u. Herr Burkhardt-Football,
Schlichter, und das große
Gala-Programm.

Folies Caprice.
Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
Serenissimus August XXVI.
Vorher: **Das Provinzmädel**
und **Das Modell.**
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf an der Theaterkasse
von 10-2 Uhr u. bei Wertheim.

Trianon-Theater.
Täglich 8 Uhr:
Der Hausfreund.
Wittwoch geschlossen.

Berliner Prater-Theater
Rastamen-Allee 7-9.
Dienstag, den 20. November 1906:
Mutterlegen.
Anfang 8 Uhr.
Wittwoch 8 Uhr: **Am Altar.**

Walhalla-
Varieté-Theater
Weinbergsweg 19/20.
Am Rosenthaler Tor.
Das effektvolle November-Programm.
Das schwarze
Udel-Quartett
(Original Black Troubadours).
Die fluge Rosa!
14 vorzügliche
Spezialitäten
14
Anfang 8 Uhr.
Nunmehr überall bekannt.

Kasino-Theater
Lottfingerg. 37. Täglich 8 Uhr
Die
beiden
Champignol.
Sonntag 4 Uhr: **Die goldene Brücke.**

Welt-Ausstellungs-
Biograph (St. Louis)
Theater lebender
Photographien mit
abwechslndem
Abnormen-Prgr.
Verbindung mit größter Filma-
fabrik Frankreichs, daher täglich
neueste Bilder.
Den ganzen Tag Vorstellung.
Otto Pritzkow, Münzstr. 16.

Charlottenburg!
Freie Volkshühne.
Sonnabend, den 24. November,
abends 8 Uhr.
Schiller-Theater N., Schauspielf. 25:
Theater-Vorstellung.
Zur Aufführung gelangt:
Der Hochtourist.
Schwank von Kurt Kraus u. Max Real.
N.B. Diese Vorstellung findet nur
für alle Mitglieder statt und
müssen die Vereinsmarken bis zum
Freitag, den 23. November, gefleht
sein. 297/7
Eine Wiederholung der Aufführung
für neu eintretende Mitglieder
und Gäste findet am 1. Dezember
statt. Hierzu sind Gaskarten in be-
schränkter Anzahl zum Preise von
50 Pf. in allen Zahlstellen zu haben.
Das Winterfest der Volks-
hühne findet am Sonntag, den
2. Dezember, im großen Saal des
„Volkshauses“ statt.
Eintrittskarten hierzu gleichfalls in
allen Zahlstellen. Der Vorstand.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Hrsse.
Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Der glänzende
November-Spielplan.
Neu: Little Fred Neu!
der 16jährige Entsehungskünstler:
Befreiung aus der Zwangsjacke!
Arsène Argolia
Gunde- und Tanden-Dressur.
Dazu: **10 Attraktionen 10**
und: **Eine vom Ballett.** Lust-
spiel.
Familienarten, zum halben Kassen-
preise gültig, in allen Barbier-
Friseur- u. Haarangelegten gratis.
Sanssouci. Kottbuser-
str. 4a.
Direktion W. Reimer.
Heute Dienstag:
Theater-Abend.
Zum ersten Male:
Arbeit schändet nicht.
Sollst du m. Gef. in 3 Akten
von Neilligen.
Jeden Sonntag, Montag u.
Donnerstag:
Nord. Sänger und Tanzkränzen.
Sonntags Beginn 5, Wochen 8 Uhr.
Jeden Dienstag: Theater-Abend.

Colosseum
Dresdenerstr. 97.
Vollständig neues
PROGRAMM.
Kunstlerkonzert u. Volks-Kabarett.
Buggenhagen
Horitzplatz.
Jeden Dienstag:
Gustav Gottschalk-Gesellschafts-
Konzert. Solisten-Abend.

Neu-Tivoli
Treptow
Neue Krug Allee 59.
Am Bußtag, den 21. Nov.:
Gr. Wurstessen.
Bogu ergeht einladet
2000! Fritz Preuß.

Der Kenner
raucht
No. 61
hochfeine
6 Pf. Cigarre
vorzüchlicher würziger Geschmack.
J. NEUMANN
Cigarren-Fabriken - 103 Filialen.
Davon in Berlin:
Brunnenstr. 32, Ecke Anklamerstr.
Chausseestr. 16, Ecke Invalidenstr.
Chausseestr. 36/37, Ecke Schwartz-
kopffstraße.
Dresdenerstr. 5, Ecke Adalbertstr.
Friedrichstr. 171, E. Franzos. Str.
Gertraudenstr., Eck Breitestr. 20a.
Invalidenstr. 148, Ecke Bergstr.
Jerusalemstr. 41, Eck Krausenst.
Kaiser Wilhelmstr. 19, Eck Münzstr.
Markgrafstr. 17, Ecke Junkerstr.
Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstr.
Potsdamerstr. 57/58, Eck Bülowstr.
Prinzenstr. 91, Ecke Ritterstr.
Rosenthalerstr. 48, Ecke N. Schön-
hauserstraße.
Uhlandstr. 33, E. Lietzenburgerstr.
Wallstr. 14a, Ecke Neue Grünst.
Wienerstr. 22, Ecke Grünauerstr.
Rixdorf: Bergstr. 140.

Sozialdemokratischer Verein
für den
5. Berliner Reichstagswahlkreis.
Nachruf.
Unser langjähriges Mitglied
Georg Feuerherrn
ist nach langem, schwerem Leiden
am Donnerstag, den 15. November
verstorben.
Ehre seinem Andenken!
945/19 Der Vorstand.

Sonntag abend 10 1/2 Uhr ver-
storb unser lieber Kollege und
Mitarbeiter
Fritz Weichardt.
Wir werden sein Andenken in
Ehren halten.
Das Personal der Buchdruckerei
G. Bernstein.
Die Beerdigung findet Mittwoch
(Bußtag), nachmittags 3 Uhr, von
der Leichenhalle des Neuen
Thomas-Nachhofes, Rixdorf,
Dormannstraße, aus statt. 48490

Deutscher Senefelder-Bund.
Todes-Anzeige.
Am 16. November verstarb unser
Kollege und Mitglied, der Stein-
drucker
Johannes Voigt
im Alter von 40 Jahren an der
Lungenentzündung.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 20. November,
nachmittags um 4 Uhr, von der
Leichenhalle des Emmaus-Kirch-
hofes, Rixdorf, Dormannstraße,
aus statt.
Die Verwaltung der Filiale I.

Verband der freien Gast- und
Schankwirte Deutschlands.
Zahlstelle Straus-Rummelsburg.
Todes-Anzeige.
Am 17. November starb unser
Mitglied, Kollege
Woldemar Schlechte
(Wing Albersstr. 10.)
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, nachmittags 3 Uhr, vom
Krankenhaus Prinz Albersstraße
aus statt.
Um rege Beteiligung erucht
70/00 Die Ortsverwaltung.

Zentralverein für alle in der Hut-
branche beschäftigten Arbeiter
und Arbeiterinnen.
Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 17. d. M.,
verstarb unser Kollege
Woldemar Schlechte
Die Beerdigung findet Witt-
woch (Bußtag), nachmittags 3 Uhr,
vom Krankenhaus Rummelsburg-
Vorhang, Prinz Albersstraße
aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung bittet
294/00 Der Vorstand.

Tischler-Verein zu Berlin
E. H. No. 89.
Unser Mitglied, Mitbegründer
des Vereins, Herr
Karl Menger,
Reichenbergerstr. 106,
ist am 13. November im Alter
von 64 Jahren gestorben.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung erfolgt am
Dienstag nachmittags von der Leichen-
halle des Emmaus-Friedhofes in
Rixd. 199/11
Der Vorstand.

Für die Beweise aufrichtiger Teil-
nahme anlässlich des Todes meines
Tochter **Erna** sagen wir allen Ver-
wandten und Freunden unseren
herzlichsten Dank.
Ober-Schönweide.
Gustav Schmidt, Anna Schmidt
und Kinder.

Danksagung.
Für die herliche Teilnahme bei
der Beerdigung meines lieben
Mannes und guten Vaters
Fidelius Deufel
sagen wir allen Verwandten,
Freunden, Bekannten und Kollegen
den herzlichsten Dank. 180/9
Marie Deufel und Tochter.

Dr. Simmel, Prinzen-
str. 41,
Spezialarzt für
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4
Hygienische
Bedarfsartikel, Neues Katalog
in Empfohl. viol. Aerie u. Prof. grat. u. u.
H. Dinger, Gummivarzweck
Berlin W. Friedrichstraße 21/22.

Turmstr. 76

Warenhaus

Lachmann & Scholz

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
doppelte
Rabattmarken.



Advertisement for M. Schulmeister, Schneidermeister, featuring a man in a suit and listing various clothing items like Paletots, Jackett-Anzüge, etc.

Advertisement for Spiritus-Glühlicht (Spirit Lamp) by Lampen und Brenner, located in Berlin NW. 7.

Advertisement for Pelzwaren-Fabrik S. Schlesinger, featuring a fur coat and listing items like Pelz-Stolas, Muffen, etc.

Advertisement for F. August Schmidt, Köpenickerstr. 116, selling Schnupf-, Rauch- und Kautabake.

Advertisement for Brauerei Ernst Engelhardt Nachf., Berlin-Pankow, featuring Caramel-Malz bier.

Advertisement for Hochschule für Operette, Variété und Ballettkunst, located in Berlin, Steglitzerstraße 35.

Lottery results for 12. Ziehung 5. Kl. 215. Kgl. Preuss. Lotterie, listing various winning numbers and prizes.

Lottery results for 12. Ziehung 5. Kl. 215. Kgl. Preuss. Lotterie, listing various winning numbers and prizes.

Lottery results for 12. Ziehung 5. Kl. 215. Kgl. Preuss. Lotterie, listing various winning numbers and prizes.

Lottery results for 12. Ziehung 5. Kl. 215. Kgl. Preuss. Lotterie, listing various winning numbers and prizes.

Zur Landtagswahl im dritten Berliner Landtagswahlkreise.

Wahlmänner-Stichwahlen finden heute und am Donnerstag statt und zwar wählt die III. Abteilung heute von vormittags 11 Uhr bis abends 7 Uhr, die II. Abteilung am Donnerstag, den 22. November d. J., von vormittags 11 bis nachmittags 5 Uhr, die I. Abteilung ebenfalls am Donnerstag, den 22. November d. J., von nachmittags 5 bis abends 7 Uhr.

Stimmen, welche für andere als die zur engeren Wahl stehenden Kandidaten abgegeben werden, sind ungültig. In unserer Sonntagsnummer haben wir die Wahlbezirke bekanntgegeben, die für uns in Frage kommen. Zu diesen Bezirken kommen noch folgende hinzu:

- Urwahlbezirk 964. Swinemünderstr. 52-58 und 74-77. Wahllokale: Swinemünderstr. 77 bei Jung. II. Abteilung: Hermann Döring, Schneidermeister, Swinemünderstr. 77. Karl Kuf, Tischler, Swinemünderstr. 55. Urwahlbezirk 1200. Fennstr. 35-44. Am Nordhafen 1-8. Wahllokale: Steeger, Am Nordhafen 6. 2. Abteilung: Paul Krudi, Fennstr. 44. Paul Dahmann, Nordhafen 8.

Im 1103. Wahlbezirk ist das Wahllokal zur Stichwahl nach Spenerstr. 5 zu Wohlstand verlegt.

Im 887. Urwahlbezirk befindet sich das Wahllokal Hochmeisterstr. 18 bei Kuy nicht Hochmeisterstr. 48.

Im 948. Urwahlbezirk Rügenerstr. 8 bei Schwarze.

Insofern bei den Stichwahlen sich unsere Gegner gegenüber setzen, haben wir an denselben keinerlei Interesse und unsere Genossen enthalten sich in diesem Falle ihrer Stimmabgabe.

Anderes liegt es dagegen in den Bezirken, in denen Wahlmänner unserer Partei mit den Gegnern in die Stichwahl kommen. Da ist es unter allen Umständen geboten, daß unsere Wähler von ihrem ohnehin geringen Wahlrecht Gebrauch machen. Ausdrücklich sei bemerkt, daß zu diesen Stichwahlen auch diejenigen Wähler ihr Wahlrecht ausüben können, die bei der ersten Wahl nicht gewählt haben. Die Stichwahlen erfolgen in der gleichen Form wie die ersten Erstwahlen. Die Wahl wird pünktlich geschlossen, gleichviel, ob sich noch Wähler im Wahllokale befinden, die noch nicht gewählt haben. Gehe deshalb jeder so zeitig wie möglich zur Wahl.

Außerdem ist es aber dringend geboten, daß sich zahlreiche Parteigenossen bereit finden, Wahlhilfe zu leisten. Ist auch die propagandistische Tätigkeit vor der Wahl die Hauptfache, so müssen doch heute sich genügend Genossen zur Verfügung stellen, um die säumigen Wähler an ihre Pflicht zu erinnern.

Im V. Wahlkreis bittet der Vorstand dringend die Mitglieder, welche es irgend ermöglichen können, sich heute von 10 Uhr früh an dem Wahlkomitee zur Verfügung zu stellen. Das Bureau des Komitees befindet sich an diesem Tage bei Wirth, Auguststr. 51 und am Markt der Vorstand von jedem Genossen, der einige Stunden erübrigen kann, tätige Mithilfe.

Alle übrigen Genossen, die helfen können, wollen sich beim Genossen Fahrrow, Ravenstr. 6 einfinden. Diese Aufforderung wollen besonders die Genossen beherzigen, deren Bezirke heute nicht zur Wahl stehen.

Die Wahlbureau sind an folgenden Stellen:

- Das Zentral-Wahlbureau ist bei Karl Fahrow, Ravenstr. 6. Amt III, 2137, aufgeschlossen. Das Bureau für die I. Abteilung ist bei Julius Bernau, Schredterstr. 23. Amt III, 33. Für die 2. Abteilung bei Heimann, Dunderstr. 79. Amt III, 5304. Für die 3. Abteilung bei Friedr. Gauls, Schönhauser Allee 57. Amt III, 3754. Für die 4. Abteilung bei Fritz Wille, Drummstr. 188. Amt III, 6325. Für die 5. Abteilung bei Fritz Bergmann, Drummstr. 79. Amt III, 2672. Für die 6. Abteilung bei Agthe, Pfugstr. 5. Amt III, 2271. Für die 7. Abteilung bei Karl Wachtstein, Salzweberstr. 16. Amt II, 2791. Für die 8. Abteilung bei J. Casar, Alt-Moabit 119. Für die 9. Abteilung bei Fritz Jieg, Wiesenstr. 29. Amt II, 1233. Für die 10. Abteilung bei Heinrich Sauerweier, Ragstr. 16. Für die 11. Abteilung a) bei Waghgänger, Prinzen-Allee 82. Für die 11. Abteilung b) bei Hoffmann, Swinemünderstr. 47. Arbeiter! Parteigenossen! Ruht das winzige Wahlrecht, das Euch noch gelassen ist, aus. Gerade heute kommt es auf jede Stimme an. Eine Stimme kann den Ausschlag geben. Stellt Euch außerdem dem Wahlkomitee zur Verfügung und tragt somit zu einem guten Abschluß der Wahlmännerwahlen bei.

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Mittwoch, den 21. November (Vahstag), eine Herrenpartie stattfindet. Abfahrt früh 7 1/2 Uhr vom Görlitzer Bahnhof bis Grünau. Treffpunkt im Wendenschloß. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Charlottenburg. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Volkshaus, Rosenstr. 3, die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt. Der Arbeitersekretär Genosse E. Dittmer spricht über: „Die materialistische Geschichtsauffassung“; ferner werden in dieser Versammlung die Delegierten zur Kreisgeneralversammlung gewählt werden. — Gleichzeitig weisen wir hiermit auf die am Vahstag vom V. Bezirke arrangierte Herrenpartie nach Winkelswerder zum „alten Freund“ hin. Treffpunkt 9 Uhr vormittags bei Partsch, Sefenheimerstr. 11. Der Vorstand.

Leptow-Saumschulenberg. Am Dienstag, den 20. cr., 8 1/2 Uhr, findet in Speers Festsälen die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Emil Eichler über „Jena und Kuerstedt“. 2. Stellungnahme zur preussischen Landeskonferenz und 3. Wahl der Delegierten zur Kreisgeneralversammlung. Genossen! Sorgt für einen guten Besuch der Versammlung. Der Vorstand.

Adenick. Heute abend 8 Uhr: Versammlung des Wahlvereins im Lokale des Genossen Karl Seidel, Grünauerstraße. Referent: Genosse F. Ewald. Die Genossen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.

Ziegel. Heute Dienstag, den 20. November, abends 8 1/2 Uhr, findet beim Genossen H. Schmidt, Schlieperstr. 64, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderem: Vortrag des Genossen Max Schütte über: „Jena und Kuerstedt“. — Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Friedenau. Heute abend 1/2 9 Uhr Versammlung bei Grube, Kaiser-Allee. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Wahl von Delegierten zur Generalversammlung. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Zahlreiches Besuch erwartet Der Vorstand.

Nieder-Schönhausen. Die Mitglieder des Wahlvereins unternehmen am Vahstag eine Rappartie nach Stolpe an der Nordbahn. Treffpunkt morgens 1/2 8 Uhr bei Dider, Eichenstr. 70. Rege Beteiligung erwünscht. Für diejenigen, die bis Hermsdorf fahren wollen, Treffpunkt um 10 Uhr daselbst im Forsthaus, früher Dintel. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die juristische Sprechstunde

wird nicht mehr in der Lindenstr. 69 abgehalten, sondern Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Handelskafé Bellealliance, Durchgang auch Lindenstraße 101).

Um Irrtümer zu vermeiden, sei darauf aufmerksam gemacht, daß briefliche Anfragen für den juristischen Briefkasten vor wie nach an die Redaktion des „Vorwärts“, Lindenstraße 69, zu adressieren sind.

„Hurrabrüllanten.“

Des Dänenkönigs „Ginzug“ in Berlin soll am Montag programmgemäß vor sich gegangen sein. Wir ersehen das aus den bürgerlichen Blättern, die der Reugier ihrer Leser pflichtschuldigst darüber berichten. Sie stellen fest, daß die „Ginzugsträße“ diesmal nur einen einfachen Schmud erhalten hatte, und daß die Menge der Schaustufigen geringer als sonst bei solchen Gelegenheiten war. Aber an Leuten, die sich in der Rolle von Hurraschreibern gefielen, hat es dennoch nicht gefehlt.

Gefeht hat auch nicht die Abordnung der städtischen Behörden Berlins, die bei Fürstenbesuchen am Brandenburger Tor anzutreten und ihre Wüdlinge zu machen hat. Wilhelm II. hatte durch seinen Oberhofmarschall den Oberbürgermeister „bitten lassen, die hohen fremden Gäste namens der städtischen Behörden von Berlin auf dem Pariser Platz mit kurzer Kurede begrüßen zu wollen“. Daraufhin hatte der Magistrat allergehorfamst beschlossen, zehn Mann aus seiner Mitte abzuordnen, und die Stadtverordnetenversammlung war vom Magistrat ersucht worden, dasselbe zu tun. Die Versammlung, d. h. ihre aus Freisinnsmännern bestehende Mehrheit, tat's auch, wie sie's bisher immer getan hat — und so traten die zehn Mann vor schriftsmäßig mit an und halfen Wüdlinge machen und Hurra schreien.

Bei dieser Hurraschreierei des Freisinn fällt uns ein, was ein freisinniger Stadtverordneter — Herr Perls, der keine Bernegroß — in der letzten Nummer seines Wochenblattes seinen paar Lesern über „sozialdemokratische“ Hurraschreierei zu erzählen weiß. Er behauptet schlankeweg: „Wie können die Herren „Genossen“ so tapfer schmäheln über das verderbte, im Knechtendienste verkommene Bürgerturn, das den Fürsten huldigt und des Männerstolzes vor Königsthronen sich nur gleich einer verkümmerten Sage erinnert! Aber man sehe sich doch einmal die Hurrabrüllanten an, die bei Berliner Paraden die Straßen besäumen und die Geheimnisse der Uniformen und die Herlichkeiten der Hofkutschen mit einer Inbrunst verfolgen, die einem ausgedienten Marsallwacht Ehre machen würde! Das sind dieselben Leute, die bei den Wahlen die Heerschaaren der Sozialdemokratie stellen.“ Das Phantasiegebilde „sozialdemokratischer Hurrabrüllanten“ ist ein Lieblingsstigma des Herrn Perls. Denselben Unsinn hat derselbe Herr Perls schon damals produziert, als er noch in der „Berliner Zeitung“, die später infolge Abonnentenschwundes zu einem Straßenblättchen zusammenschumpfte, selbstgefällig schwagen durfte. Der Mann tut, wie wenn er meinte, daß Arbeiter bei Paraden oder Fürstenbesuchen die Arbeit einstellen, um nach den „Linden“ zu laufen und Hurra zu brüllen. Rein, dazu haben nur die Leute Lust und Zeit, aus deren Reihen bei den Wahlen das Häuflein der Freisinnigen und ihrer konservativen Bundesgenossen sich rekrutiert.

Mit der ewigen Wiederholung seines blöden Schwabes will dieser Freisinnige die Aufmerksamkeit davon ablenken, daß der Freisinn immer und immer wieder das Geld der Steuerzahler hergibt, damit es in buntem Flitter vergeudet werde, immer und immer wieder die Vertreter der freisinnigen Stadtverordnetenmehrheit nach dem Brandenburger Tor scheidt, damit sie Dienerchen machen und Hurra schreien.

Die Stadt Berlin und die E. C. B.

Der Stadtverordnetenversammlung ist eine Magistratsvorlage über den Abschluß eines neuen Abkommens zu dem Vertrag zwischen der Stadtgemeinde Berlin und der Aktiengesellschaft Berliner Elektrizitätswerke vom 1. April 1869 zugegangen. In diesem Vertrage heißt es: „Die Leistungsfähigkeit der in dem gegenwärtigen Weichbilde errichteten (Primär-) Stationen darf einschließlich der für Bahnzwecke erforderlichen Elektrizität 42 500 Kilowatt nicht übersteigen. Die Berliner Elektrizitätswerke verpflichten sich, für Erweiterungen außerhalb des jetzigen Weichbildes gelegenen Werke über eine Leistungsfähigkeit von 37 000 Kilowatt hinaus die Zustimmung des Magistrats nachzusuchen.“ Im Sommer haben die Berliner Elektrizitätswerke angezigt, daß die Anlagen bereits das Maximum des Vertrages erreicht hätten usw. Die Berliner Elektrizitätswerke haben weitere Anmeldungen auf Stromlieferungen nicht mehr angenommen. Die Verhandlungen ergaben, daß eine Befreiung der eingetretenen Schwierigkeiten mit einer einfachen Abänderung der Aufhebung dieser Bestimmung nicht zu erreichen sei. Die Berliner Elektrizitätswerke erklärten nämlich, daß sie ohne teilweise Neuordnung des Vertragsverhältnisses nicht in der Lage seien, die zur Erweiterung der Werke bis zum Ablauf des Vertrages erforderlichen Mittel — rund 40 Millionen Mark — sei es durch Ausgabe neuer Aktien-Obligationen aufzubringen. Als besonders hinderlich wurde die Bestimmung hingestellt, wonach die Stadt bei Ablauf des Vertrages das Recht hat, nach ihrer Wahl entweder das Vertragsverhältnis fortzusetzen oder die Werke zum Buch- oder Tagwerte zu übernehmen oder aber das Vertragsverhältnis zu kündigen, derart, daß die Berliner Elektrizitätswerke die Abgabe von Strom unter Benutzung der städtischen Straßen einstellen, die Leitungen auf ihre Kosten entfernen und den früheren Zustand der Straßen wieder herzustellen oder daß sie die in den Straßen liegenden Kabel der Stadt umsonst überlassen müssen. Die Berliner Elektrizitätswerke wiesen nun darauf hin, daß, solange die letzte Möglichkeit bestände und sie befürchten

müßten, ihre Werke durch eine Kündigung der Stadt ohne Übernahme der Werke größtenteils entwertet zu sehen, sie außer Stande seien, das erforderliche Kapital für die Erweiterung und Neuanlagen zu beschaffen. Sie machten deshalb die Aufgabe dieser Bestimmung zur unbedingten Voraussetzung der Erweiterung und verlangten ferner eine Neuordnung des Vertragsverhältnisses nach zwei Richtungen, nämlich die Hergabe eines Teils des im Falle der Übernahme der Werke der Stadt umsonst zuzufallenden Erneuerungsfonds zur Verwendung für die Erweiterungsbauten und ferner eine Neuregelung der Berechnung der Reingewinnbeteiligung der Stadt in einem für die Aktionäre der Gesellschaft günstigeren Sinne. Der Magistrat hat diese beiden Punkte abgelehnt, dagegen beschlossen, die von den Berliner Elektrizitätswerken angestrebte Abänderung des § 31 unter Forderung gewisser Gegenleistungen zu bewilligen, weil ohne diese Änderung die Beschaffung der Kapitalien für eine Erweiterung mindestens sehr erschwert werden würde. Es ist sehr wahrscheinlich, daß der Magistrat sich 1913 für die Übernahme zum Buch- oder Tagwerte entscheidet, falls sie den Vertrag nicht verlängern will. Die Berliner Elektrizitätswerke haben zugestanden: Sie übernehmen die Verpflichtung, ihre Werke so zu erweitern, daß sie jedem im Berliner Weichbilde auftretenden Bedürfnis nach Elektrizität genügen können; sie räumen ferner der Stadt das Recht ein, bei Gestaltung des Tarifs für Kraftstrom genehmigend mitzuwirken, während bisher der Tarif der freien Festsetzung der Gesellschaft unterlag. Die Berliner Elektrizitätswerke verpflichten sich ferner, der Stadt Berlin, wenn diese 1915 die Innenwerke, nicht aber das Werk Oberspree übernehmen sollte, im Bedarfsfälle zu einem gewissen niedrig bemessenen Preise Elektrizität auf eine bestimmte Zeit zu liefern; sie haben sich ferner bereit gefunden, die fortlaufende Ermäßigung des Uebernahmepreises, die bisher 10 v. H. betrug, auf 15 v. H. des Buch- oder Tagwertes zu erhöhen und haben sich schließlich der Bestimmung unterworfen, keine für die Versorgung Berlins bestimmte Station zu bauen oder bestehende zu erweitern, ohne vorher hierzu die Genehmigung des Magistrats eingeholt und erhalten zu haben. Diese Zugeständnisse hat der Magistrat als eine ausreichende Gegenleistung für die Aufgabe des städtischen Rechts — der Herstellung des ursprünglichen Zustandes — vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung — angehen und dem Abkommen mit den Berliner Elektrizitätswerken (vorbehaltlich der Genehmigung der Generalversammlung) zugestimmt. Nach dem neuen Abkommen sind reaktionelle Änderungen des alten Vertrages notwendig. Die Berliner Elektrizitätswerke haben sich anheischig gemacht, falls das Abkommen bis zum 1. Dezember 1906 genehmigt wird, die zunächst erforderlichen Erweiterungen und Neubauten so schnellst möglich vorzunehmen, daß die Inbetriebsetzung der neuen Kummelsburger Kraftstation mit einer Leistung von 12 000 Kilowatt und die Vergrößerung der Moabit Central um ebenfalls 12 000 Kilowatt (zusammen 36 000 PS.) im Spätherbst 1907 erfolgen kann. Hierzu würde erforderlich sein, daß die Berliner Elektrizitätswerke am 1. Januar 1907 mit dem Bau beginnen und die erforderlichen Lieferungsanträge, die schon vorbereitet sind, am Anfangs Dezember d. J. noch schließen können. In diesem Falle wollen die Berliner Elektrizitätswerke Anmeldungen zur Lieferung von Strom für den 1. Februar n. J. wiederum annehmen. Die Vertreter der Stadt werden durch die gegenwärtige Sachlage in eine besonders schwierige Situation gebracht. Alles das wäre vermieden worden, wenn Magistrat und Stadtverordnetenmehrheit nicht dem Grundsatze huldigten, solche wichtigen Unternehmungen dem Privatkapital zur Ausbeutung zu überlassen und sich jederzeit den Anträgen der sozialdemokratischen Stadtverordneten, die Strom- und Lichterzeugung in eigene Regie zu übernehmen, angeschlossen hätten. Jetzt haben die Berliner Elektrizitätswerke das Monopol und stellen der Stadt die Bedingungen. Ob die Stadtverordnetenmehrheit im Jahre 1913 für Übernahme der Werke in eigene Regie zu haben ist, erscheint uns noch nicht so ganz sicher.

In unserer Sonntagsnotiz: „Hofbesuch und Schule“, ist von der Beteiligung des Bürgertums an den „politischen“ Festtagen, an denen es uns nicht mangelte, die Rede. Es muß heißen: patriotischen Festtagen.

Verordnung betreffend Beschäftigungszeit im Handelsgewerbe. Auf Grund der §§ 105b Absatz 2, 105e und 41a der Reichsgewerbeordnung und in Gemäßheit der Ziffern 133, 134, 135 und 137 der Ausführungsanweisung zur Reichsgewerbeordnung vom 1. Mai 1904 wird für den Landespolizeibezirk Berlin folgendes bestimmt:

1. Im Handelsgewerbe, jedoch mit Ausschluß der Bank-, Wechsel- und Lotteriegewerbe, dürfen, abweichend von der allgemeinen festgestellten sonntäglichen Beschäftigungszeit, Gehälfen, Lehrlinge und Arbeiter an den beiden letzten Sonntagen vor Weihnachten, nämlich am 16. und 23. Dezember 1906,

A. in Berlin, Charlottenburg und Rixdorf von 8 bis 10 Uhr vormittags und von 12 bis 8 Uhr nachmittags, B. in Schöneberg von 8 bis 9 1/2 Uhr vormittags und von 11 1/2 bis 8 Uhr nachmittags beschäftigt werden.

Der Verkauf von Bad- und Konditorwaren, von Fleisch und Wurst, der Milchhandel und der Betrieb der Vorkosthandlungen ist an den genannten beiden Sonntagen schon vor Beginn der allgemeinen Verkaufszeit, und zwar von 5 Uhr morgens an, desgleichen der Handel mit Rohreis von 6 Uhr morgens an zulässig.

Der Handel mit Brennmaterialien (Holz, Kohlen, Koks, Weisheits, Torf und Kohlenanzündern) ist an den obigen zwei Sonntagen, abweichend von der obigen Bestimmung, nur während der Zeit von 5 bis 10 Uhr vormittags gestattet.

2. Von dem allgemeinen Verbot der Beschäftigung von Gehälfen, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe am 25. Dezember 1906, dem ersten Weihnachtstage, werden, soweit der Gewerbebetrieb in offenen Verkaufsstellen stattfindet, ausgenommen:

a) der Handel mit Milch A. in Berlin, Charlottenburg und Rixdorf während der Zeit von 5 bis 10 Uhr vormittags und von 12 bis 2 Uhr nachmittags, B. in Schöneberg während der Zeit von 5 bis 9 1/2 Uhr vormittags und von 11 1/2 bis 2 Uhr nachmittags;

b) der Handel mit Bad- und Konditorwaren einschließlich Konfitüren und mit Fleischwaren A. in Berlin, Charlottenburg und Rixdorf während der Zeit von 5 bis 10 Uhr vormittags, B. in Schöneberg während der Zeit von 5 bis 9 1/2 Uhr vormittags;

c) der Handel mit Kolonialwaren, mit Vorkostwaren, mit Bier und Wein, mit Tabak und Zigarren A. in Berlin, Charlottenburg und Rixdorf während der Zeit von 8 bis 10 Uhr vormittags, B. in Schöneberg während der Zeit von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr vormittags;

d) der Handel mit Rohreis A. in Berlin, Charlottenburg und Rixdorf während der Zeit von 5 bis 10 Uhr vormittags, B. in Schöneberg während der Zeit von 5 bis 9 1/2 Uhr vormittags;

e) die Rettungsaktionen in Berlin, Charlottenburg, Rixdorf und Schöneberg während der Zeit von 4 bis 8 Uhr vormittags.

Bezüglich der Beschäftigungszeit im Handel mit Blumen am ersten Weihnachtstage ergibt demnach folgende Verordnung. Bemerklich wird, daß nach § 12 Absatz 3 der für den Stadtkreis Berlin erlassenen Verordnung über die Sonntagsruhe im Gewerbebetriebe mit Ausnahme des Handelsgewerbes vom 21. März 1895 am ersten Weihnachtstage in dem Gewerbebetriebe der Volkereien und Bierbrauereien die Versorgung der Kundschaft mit Milch beginn, Bier während derselben Stunden gestattet ist, während der ein Handel mit diesen Produkten in offenen Verkaufsstellen zugelassen ist.

Für die Versorgung der Kundschaft mit Rohreis gelten an den

Die schönste Zierde für den Christbaum



ist einzig und allein unser neues, gefällig geschmücktes Christbaum-Glockengeläut mit liegenden, läutenden Engeln und mit Krippe u. Viehstern.

Märchenhaft wirkt dieses einzigartige Schmuckstück als Christbaumspitze oder Tischdecoration. Ganze Höhe 29 Zentimeter.

Garant für gutes Funktionieren. Preis 1,25 M. und 20 Pf. für Porto bei Vorherrensendung (auch Briefmarken). Rücknahme 20 Pf. mehr. Bei 2 bis 10 Stück für Porto nur 50 Pf. mit einzuladen.

Wenn nicht gefällt, Geld retour.

Nur bei uns zu haben!

Weihnachts-Pracht-Katalog über Christbaumschmuck, Spielwaren, Puppen, Solinger Stahlwaren, Haushaltungartikel, Waffen, Gold-, Silber-, optische und Musikwaren, Rauchwaren, gratis und franco. 213/1

Kirberg & Comp., Foche b. Solingen, Stahlwarenfabrik. Ältestes Versandhaus des Solinger Industriebezirks.

Trockka Schmackhaft, leicht verdaulich Fertigt zum Gebrauch. Nahrhaft für Kinder, Kranker und Reconvaleszenten. Garantiert reiner Milchkakao mit Zuckerzusatz. Haupt-Bureau: Berlin SW., Belle-Alliance-Platz 7/8.

Der Wille bestimmt

den Wert der Tat. Die deutsche Presse ist wertlos, weil sie ein trauriges willenloses Werkzeug in den Händen des Groskapitals ist, weil sie nicht den Mut hat, gegen die haarsträubenden Zustände an den Produkten- und Effektenbörsen, wodurch ein Börsen- und Wirtschaftskrach, wie ihn die Welt noch nicht gesehen hat, Lebensmittelmangel, enorme Preissteigerungen, eine Hungersnot, die Revolution heraufbeschworen wird, vorzugehen.

Peter Roseggers neuester Roman „Die Försterbuben“ erscheint soeben in der Monatschrift „Der Lürmer“ (9. Jahrgang). Probehefte bereithalten gratis durch die Buchhandlungen sowie vom Verlag Greiner & Pfeiffer, Stuttgart 46.

Jedes Wort 10 Pfennig. Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Größe Posten Japaner- und Perser-Teppiche, 2 Meter lang, 2,85, 3,65, 5,85, Bettvorleger, Stuhl, 0,88, 0,88, 1,25, 1,85, 2,15, 2,05, 2,95 ufm., nur so lange Vorrat. 20608*

Möbelangebote. Im Anhalter Bahnhof, Blücherstr. 25, Anhalter Innenbahnhof, direkt Hochbahnstation Rüdernbrücke, stehen verschiedene Einrichtungen zum Verkauf. Darunter befinden sich hochmoderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Salonarmaturen, Paneele, Sofas, Bibliotheken, Kassetten, Aufbaumöbel, Bronzebronzen, Delgemälde, Schreibtische, 28,00, Ruhebetten mit prachtvoller Dimandee 22,50, wunderbare Säulenträume 30,00, hochelegante Salonteppiche schon 14,00 bis zu allerersten Saalteppichen, allerliebste Zimmerteppiche 8,00, reichgelegte Uebergardinen, Spanischflores, Kälbgardinen, Steppdecken, Salonbilder, Standuhren, prachtvolle Tischlampen 5,00, verschiedene Gelegenheiten. Uebernahme vollständiger Barrenlager, Wirtschaften, Kontormaschinen, Nachlässe zum schnellen Verkauf und Verleigerung. Otto Hübels Anhalter Bahnhofverleigerung. * Speichermöbel, wenig gebrauchter, vorliegend gewesener Möbel, Büfets, Tischgarnituren, Säulenträume 35,00, Paneele, Sofas, Salonteppiche, Kleiderbügel, Verfüß, Ausziehbüch 12,00, Kassetten, Ruhebetten, Kuchelbetten 25,00, bunte Kucheneinrichtung, Gardinen, Marmor-tischen, Spiegel, Spiegelständer 15,00, alles Gelegenheitskäufe. Möbelreicher Drummstr. 182. 19418*

500 Kart Garzelen, Hochwald, Äder, im höchsten, prächtigen, romantischen Eggersdorf bei Strausberg, fünf Minuten vom Bahnhof, mitten im Walde. Verkauft täglich Terrain; nur der bekannte Otto Joers, Panow, Ullabellweg 10. 28535

Wäsche! Wäsche! frischgeschlachtet, äußerst billige Preise, sind zu verkaufen Samariterstr. 21. Weißbrot-Verkauf. 180/10*

Verstorbene. Ein Holz, Komiker, Gesellschaft, Orupstr. 8. 27775

Deutsch. Buchhändlerverband (Zahlstelle Berlin). Achtung! Buchbinder und Buchbinderei-Arbeiterinnen. Die Buchdrucker von E. Bartels, Weihenstepfer, Generalstr. 8, wegen Nichtanerkennung des Tarifs gesperrt.